

Südtirol: Europa im Kleinen

SÜDTIROL:

EUROPA
IM KLEINEN

50 JAHRE
ZWEITES
AUTONOMIE-
STATUT

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Giorgio Mezzalana: | |
| Der Weg zur Autonomie | 6 |
| Der Blick von außen | 22 |
| Adina Guarnieri: | |
| Etappen der Südtiroler Zeitgeschichte | 24 |
| Hans Karl Peterlini: | |
| Autonomie ist ein offener Aushandlungsprozess | 42 |
| Franz Complojer: | |
| Die Bedeutung des Zweiten Autonomiestatuts für die ladinische Volksgruppe in Südtirol | 59 |
| Marianna Kastlunger: | |
| Gesichter der Autonomie | 60 |
| Esther Redolfi: | |
| Autonomie verpflichtet | 82 |
| Der Blick von außen | 95 |
| Marc Röggl und Günther Rautz: | |
| Südtirol als Beispiel für die Welt | 98 |
| Der Blick von außen | 108 |
| Arno Kompatscher: | |
| In gemeinsamer Verantwortung | 110 |
| Autorinnen und Autoren | 118 |

Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg begann die lange, oft beschwerliche und von Hindernissen geprägte Reise in Richtung Autonomie.

Es war ein komplexer politischer Prozess, der Regierungen, Diplomaten sowie die Bevölkerung forderte und die Beziehungen zwischen lokalen und zentralen Entscheidungsträgern auf eine harte Probe stellte. Doch das Bekenntnis zu demokratischen Werten im Dialog zwischen den beteiligten Regierungen und Bozen sorgte am Ende dafür, dass die vielen strittigen Fragen konstruktiv und offen für institutionelle Erneuerung gelöst werden konnten.

1

Der Weg zur Autonomie

Vom Gruber-Degasperi-
Abkommen zum Paket

Giorgio Mezzalana



Startpunkt der Autonomie: Ministerpräsident Alcide De Gasperi und Außenminister Karl Gruber verhandeln und unterzeichnen am 5. September 1946 den Pariser Vertrag.

Das Erbe

Verschiedene Sprachgruppen und Nationalitäten prägen seit jeher die Geschichte dieser alpinen Grenzregion. War es einst ein Gebiet, in dem man zusammenlebte, sich austauschte und vermischte, verwandelte der Nationalismus den Landstrich am Übergang zwischen deutschem und italienischem Sprachraum in ein umstrittenes, umkämpftes Territorium. Reisenden, die das Land um das Jahr 1900 durchquerten, präsentierte sich Südtirol entweder als südlichste deutsche oder als nördlichste italienische Provinz, je nachdem, ob sie vom Norden oder vom Süden kamen.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wurde Tirol, das 600 Jahre lang zum Hause Habsburg gehört hatte, durch die neu gezogenen Staatsgrenzen geteilt. Bereits 1915, mit der Unterzeichnung des Londoner Vertrages, hatte sich das Königreich Italien im Gegenzug für den Kriegseintritt aufseiten der Triple Entente den Gebietsanspruch auf das Trentino und den südlich des Brenners gelegenen Teil Tirols zusichern lassen. 1919 wurden diese Vereinbarungen im Rahmen der Friedensverhandlungen von Saint-Germain bestätigt. Die Entscheidung, die neue Grenze am Brennerpass zu ziehen, hatte militärische und strategische Gründe, schließlich handelte es sich um eine markante natürliche Grenze. Die Alliierten hingegen sahen darin eine Art Gegenleistung für den Verzicht Italiens auf Teile Dalmatiens und vor allem auf die Stadt Fiume, das heutige Rijeka. Die Angliederung des südlichen Tirols, bestehend aus dem heutigen Südtirol mit mehrheitlich deutschsprachiger Bevölkerung und dem Trentino mit mehrheitlich italienischsprachiger Bevölkerung, an das Königreich Italien war ein drastischer Einschnitt. Es stellte sich die

Frage, wie in dem neuen italienischen Staatskontext die Beziehung zwischen der Zentralregierung und den Minderheiten, die eine Selbstverwaltung anstrebten, künftig gestaltet werden sollte.

Mit dem Aufstieg des Faschismus wurden die kleinen Autonomiezugeständnisse der liberalen Regierungen zurückgezogen.

Während die Vertreter der liberalen Regierungen den Südtirolern kleine Zugeständnisse in Richtung einer autonomen Verwaltung gemacht hatten, wurden diese mit dem Aufstieg des Faschismus zurückgezogen. Noch unter Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti (Juni 1919–Juni 1920) legten politische Vertreter der Südtiroler Bevölkerung, die sich unter dem Namen „Deutscher Verband“ zusammengeschlossen hatten, der Regierung in Rom einen Gesetzesentwurf vor. Dieser sah die Schaffung einer einheitlichen, mit weitreichenden Selbstverwaltungsrechten ausgestatteten Provinz vor – ohne das Trentino. Doch die heftige Gegenreaktion der Nationalisten und der Verfechter eines zentralistischen, unitaristischen Staates machte schnell klar, dass die politischen Voraussetzungen für die Umsetzung eines solchen Vorhabens nicht gegeben waren. Kaum waren die liberalen Regierungen Geschichte, begann unter dem Einfluss Mussolinis ein radikales Entnationalisierungsprogramm. Der deutschsprachigen Minderheit wurden selbst grundlegende Rechte verwehrt. Zwar setzten sich

die Südtirolerinnen und Südtiroler mit verschiedenen Formen passiven Widerstandes zur Wehr (Stichwort Katakombenschulen), sahen sich dafür aber mit den autoritären, repressiven Methoden des Faschismus konfrontiert. In den 20 Jahren faschistischer Italianisierungspolitik in Südtirol wurde ein massiver

Die italienische Durchdringung war gewissermaßen vor den ersten Kehren der Taleinfahrten stehen geblieben und schaffte es nicht, den „deutschen Charakter“ Südtirols auszulöschen.

Bevölkerungszustrom aus den alten Provinzen in Gang gesetzt, der durch die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, vor allem in der Hauptstadt Bozen, und durch Projekte zur Bodenverbesserung noch verstärkt wurde. Zu einer weiteren Beschleunigung des italienischen Zuzugs kam es 1939 durch die Option,

mit der die Voraussetzungen für eine erzwungene Umsiedlung der Südtiroler nach Nazideutschland geschaffen wurden. Nach dem Ende des Faschismus lebte in Südtirol eine beträchtliche italienischsprachige Minderheit, die etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte, aber sehr ungleichmäßig über das Land verteilt war und sich vor allem auf die städtischen Gebiete konzentrierte. Die italienische Durchdringung war gewissermaßen vor den ersten Kehren der Taleinfahrten stehen geblieben und Mussolinis Plan, den „deutschen Charakter“ Südtirols auszulöschen, war nicht aufgegangen. Während der 18 Monate Besatzung durch die Nationalsozialisten erlangte das Deutsche wieder die Vorherrschaft.

Faschismus und Nationalsozialismus ließen zwischen den Sprachgruppen und selbst in den eigenen Reihen tiefe Gräben entstehen: Zwischen der italienischen und der deutschen Volksgruppe wurden Vorurteile geschürt und beide Seiten fanden ausreichend Gründe, sich als Opfer der Regime und als unterdrückte Minderheiten zu fühlen.



Faschistische Machtzeichen: Einweihung des Siegesdenkmals in Bozen, 12. Juli 1928

Südtirol in den Händen der Großmächte

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb das Schicksal Südtirols ungewiss. Den Kampf gegen den Nazifaschismus hatte auf Landesebene eine Widerstandsbewegung ausgefochten, die sich aus zwei Teilen zusammensetzte: einer italienischen Gruppe rund um das Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) und einer deutschsprachigen Gruppe von vorwiegend Nicht-Optanten aus den Reihen des Andreas-Hofer-Bundes (AHB). Zwar war man durch das gemeinsame Ziel verbunden, die Diktatur zu zerschlagen, über die künftige Rolle der Provinz Bozen gingen die Meinungen von CLN und AHB jedoch weit auseinander: Das CNL vertrat die Ansicht, dass Südtirol bei Italien bleiben müsse, während der deutschsprachige Teil des Widerstands für ein Selbstbestimmungsrecht und die Rückkehr zu Österreich eintrat. Diese Position vertrat auch die Südtiroler Volkspartei (SVP), die als Sammelpartei der gesamten deutschsprachigen Minderheit am 8. Mai 1945 überwiegend von Personen gegründet wurde, die sich in der Option für ein Verbleiben in Südtirol entschieden hatten.

Die Südtirolfrage – bei Weitem zu komplex, um auf lokaler Ebene gelöst zu werden – landete auf den Verhandlungstischen der Siegermächte, was die internationale Dimension, die den Konflikt von der Annektierung bis heute kennzeichnet, bestätigte. Die Entscheidung über die Beibehaltung oder die neuerliche Verschiebung der Brennergrenze war für die Interessen und Machtverhältnisse zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich von wesentlicher Bedeutung. Europa riskierte zum Testfall

für den Kalten Krieg zu werden, und die Zukunft des Südtiroler Landesgebiets innerhalb neu definierter Staatsgrenzen geriet zur Marionette auf der großen europäischen Bühne.

Angesichts der geopolitischen Schlüsselstellung Südtirols in der Nähe des sowjetischen Einflussbereichs (der Osten Österreichs war bis 1955 von der UdSSR besetzt) und der Stärke der kommunistischen Partei in Italien (Partito Comunista Italiano), lag es vor allem im Interesse der USA, der Expansionspolitik der Sowjets einen Riegel vorzuschieben und Italiens Integrität als Staat mit allen Mitteln zu unterstützen. Ein Verlust Südtirols hätte Italien destabilisiert und die gewünschte Abgrenzung zum Ostblock unterminiert.

Auch wirtschaftliche Gründe beeinflussten die Entscheidung über den Verbleib Südtirols bei Italien. Die Wasserkraft, deren Nutzung in 20 Jahren Faschismus mit dem Bau großer Kraftwerke massiv vorangetrieben worden war, stellte eine unverzichtbare Ressource für den Wiederaufbau des Landes dar. Auch die großen Industriebetriebe im Norden deckten ihren Energiebedarf mit Strom aus Südtirol – einer Ressource, von der die gesamte Südtiroler Bevölkerung profitieren konnte.

1946 bestätigte der Rat der vier Außenminister in Paris die bereits im September 1945 getroffene Entscheidung und besiegelte die Brennergrenze endgültig. Der österreichische Antrag auf eine Angliederung Südtirols an Österreich wurde abgelehnt.

Ein Abkommen mit Weitblick

Die Entscheidung der Siegermächte warf nun die Frage auf, wie mit einer deutschsprachigen Minderheit im Inneren des italienischen Staates umgegangen werden sollte. Die politischen Beziehungen zwischen Rom und Wien litten zu jenem Zeitpunkt bereits unter den Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft Südtirols, was die Lösung des Problems erschwerte. Unter der Schirmherrschaft des britischen Außenministers Ernest Bevin übernahm Großbritannien eine Vermittlerrolle und brachte Italien und Österreich für bilaterale Verhandlungen an einen Tisch. Nach Ansicht der Alliierten sollte eine diplomatische Lösung für die Südtirolfrage gefunden werden, um – im gesamteuropäischen Kontext betrachtet – die freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehung zwischen den zwei Staaten diesseits des Eisernen Vorhanges zu stärken.



Freundliche Begrüßung: Wehrmachtssoldaten werden in Rentsch willkommen geheißen, 9. September 1943

Weitblick und gegenseitiges Vertrauen waren auch die Basis für das Abkommen, das die beiden Außenminister Italiens und Österreichs, Alcide De Gasperi und Karl Gruber, am 5. September 1946 in Paris unterzeichneten. Im ersten von drei Punkten wurde die vollständige rechtliche Gleichstellung der deutschsprachigen und italienischsprachigen Bevölkerung der Provinz Bozen vereinbart, „im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles“. Darüber hinaus sollten die deutschen

Schulen wieder eröffnet und die während des Faschismus italianisierten Familiennamen wieder eingedeutscht werden. Der Gebrauch der deutschen Sprache sollte in allen öffentlichen Ämtern möglich sein und die Stellen im öffentlichen Dienst sollten nach einem angemesseneren Verhältnis zwischen den beiden Volksgruppen verteilt werden. Im zweiten Punkt sicherte die italienische Seite der Provinz autonome Gesetzgebungs- und Verwaltungsrechte zu, wobei offen blieb, für welchen territorialen Rahmen diese gelten sollten. Im letzten Punkt des Abkommens einigte man sich „im Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit“ darauf, die Frage der Staatsbürgerschaft zu revidieren, die sich aus dem 1939 zwischen Hitler und Mussolini geschlossenen Abkommen zur Option ergeben hatte. Zudem beschloss man eine Reihe von Erleichterungen für den grenzüberschreitenden Verkehr von Personen und Waren zwischen Österreich und Italien sowie die gegenseitige Anerkennung gewisser akademischer Grade und Universitätsdiplome.

Das Gruber-Degasperi-Abkommen wurde als Anhang IV dem Friedensvertrag mit Italien beigefügt. Es war das Produkt intensiver Vermittlungsbemühungen, die laut dem italienischen Botschafter in London Nicolò Carandini von beiden Seiten Zugeständnisse erforderten: Souveränitätseinbußen aufseiten des italienischen Staates und den Verzicht auf Gebietsansprüche vonseiten Österreichs. Das Abkommen war ein Signal der Entspannung, das auf dem gegenseitigen Vertrauen der Vertragsparteien fußte. Man verpflichtete sich, die einzelnen Punkte beherzt umzusetzen. Offen blieben zunächst Fragen zu den genauen Inhalten und der Reichweite der Autonomie, was die italienische Regierung nach Rücksprache mit den Vertretern der deutschen Minderheit zu klären gedachte. Das Abkommen stellte beide Seiten vor viele neue Herausforderungen, doch man setzte weiterhin auf Vertrauen und Dialog, ohne die man keinen Schritt vorangekommen wäre. Vor allem aber besaßen beide Parteien den erforderlichen Weitblick, um die Autonomie als Eckpfeiler der Wiedererrichtung der politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung in dieser Grenzregion zu erkennen – im Geiste guter diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Ländern eines sich neu formierenden Europas.

Wiederaufbau

Wenige Monate nach der Befreiung war angesichts der ungewissen Zukunft Südtirols die Euphorie über das Kriegsende den wachsenden Spannungen zwischen der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Bevölkerung gewichen. Eine Momentaufnahme der Stimmung im Land findet sich im Monatsbericht der Carabinieri vom September 1945. Dort ist die Rede von unvereinbaren Gegensätzen der Volksgruppen, die daher rührten, dass sich in der Provinz beide Seiten sozusagen für die „Hausherren“ hielten. Mit seltener Klarheit, wenn auch in saloppem Ton, brachte der Bericht auf den Punkt, wie sich die Südtiroler und die Italiener positioniert hatten: Die einen erhoben historisch gewachsene Gebietsansprüche und forderten, nach einer langen Zeit der Unterdrückung das Schicksal ihrer Heimat wieder selbst in die Hand nehmen zu dürfen, die anderen erachteten die in zwei Jahrzehnten Faschismus errungenen Privilegien als nicht verhandelbar.

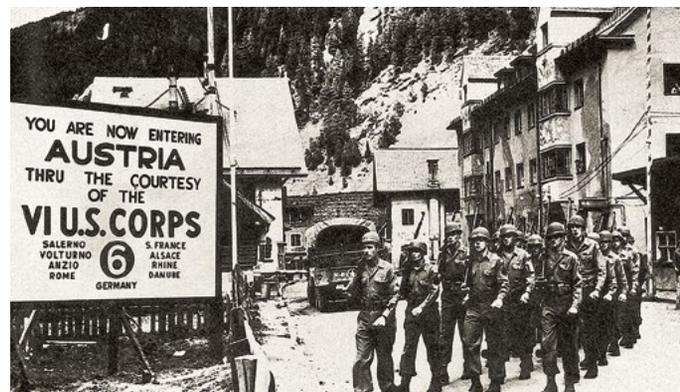
Die Spannungen zwischen der italienischen und der Südtiroler Bevölkerung führten in der Nachkriegszeit zu einer Verhärtung der ethnischen Positionen.

Als Erbe des Faschismus blieb bis Mitte der 1950er-Jahre die soziale Trennung in der Arbeitswelt stark von der ethnischen Herkunft der Erwerbstätigen geprägt: Die deutschsprachige Bevölkerung war vorwiegend in der Landwirtschaft tätig (67 %), die italienischsprachige hingegen vor allem in der Industrie (62 %) und im Dienstleistungssektor, und hier insbesondere in der öffentlichen Verwaltung (35 %). Ungleichmäßig war auch die geografische Verteilung der Volksgruppen: Ein Großteil der Südtiroler lebte auf dem Land oder in kleineren Ortschaften, während sich die Italiener auf städtische Räume konzentrierten (vor allem auf die Hauptstadt Bozen).

Schwierigkeiten bei der Wiedereröffnung von Produktionsbetrieben, Wohnungsknappheit, Versorgungspässe und hohe Lebenshaltungskosten machten den unmittelbaren Zusammenhang zwischen sozialem Status und ethnischer Herkunft noch deutlicher. Als die italienische Regierung nach dem Krieg die Industrieproduktion und den sozialen Wohnbau wieder aufnahm, wertete die deutschsprachige Bevölkerung dies als Versuch, die Italianisierungspolitik des Faschismus weiterzuführen. Ähnlich dachte man über Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer, Vertriebene, Wohnungs- oder Arbeitssuchende aus anderen italienischen Provinzen, die man als subversive Bedrohung des Gleichgewichts zwischen den Sprachgruppen in Südtirol empfand. Ängste wurden zusätzlich durch das immer noch ungewisse Schicksal geschürt, das dem Großteil der Südtiroler Optanten bevorstand, vor allem jenen, die tatsächlich ausgewandert waren.

Nicht nur in Südtirol, sondern in ganz Italien musste man im Zuge des Wiederaufbaus erkennen, dass eine vollständige Säuberung öffentlicher Stellen von Beamten mit faschistischer Vergangenheit kaum möglich war. So führten die Spannungen und Gegensätze zwischen der italienischen und der Südtiroler Bevölkerung in der Nachkriegszeit zu einer Verhärtung der ethnischen Positionen. Dabei wurde nicht selten vergessen, dass auch die eigene Seite mit den Nazis und Faschisten Kompromisse eingegangen war. Stattdessen gab es auf beiden Seiten Versuche, sich zu rechtfertigen und sich von den Jahren der Diktatur zu distanzieren, nicht zuletzt, um das Ansehen der eigenen Sprachgruppe zu stärken.

Beibehaltung der Brennergrenze: Amerikanische Truppen am Brenner, Mai 1945





▲ Bilaterale Treffen: Italiens Außenminister Attilio Piccioni (Zweiter von links) und sein österreichischer Amtskollege Bruno Kreisky (Zweiter von rechts) in Venedig, 3. August 1962

◄ Anschläge in Serie: Zerstörter Volkswohnbau für italienische Einwanderer in der Bozner Reschenstraße, 27. März 1961



Das Gruber-Degasperi-Abkommen: ein beispielhaftes, modernes Ordnungsprinzip, das sich für ganz Europa als Vorbild zur Lösung von Minderheitenkonflikten anbot.

Erste Schritte in die Autonomie

Die faschistische Diktatur hatte sämtliche Hoffnungen auf Selbstverwaltung zunichtegemacht, aber es war ihr nicht gelungen, den Autonomiegedanken ganz zu vertreiben. Bereits vor 1914, dann unmittelbar nach der Annektierung und später im Zuge der antifaschistischen Widerstandsbewegung hatte der Streit um die Grenzziehung und den Umgang mit der deutschen Minderheit die politische Debatte stets am Laufen gehalten. Die vielen Autonomiemodelle, die in Trentino-Südtirol nach Kriegsende ausgearbeitet wurden, zeugen von einem starken Wunsch nach Selbstverwaltung, der sich quer durch alle Parteien und Verbände zog. Lebhaftige Diskussionen über Zentralismus oder Regionalismus entbrannten in Rom während der Sitzungen der Verfassungsgebenden Versammlung, aber vor allem in Trient und Bozen. Gegensätzliche Positionen wurden in verschiedenen Instanzen immer wieder überdacht, wodurch nach und nach ein neues, fortschrittliches Autonomiekonzept heranreifen konnte, das sich auf die Vereinbarungen des Pariser Vertrages stützte und sowohl Formen der staatlichen Souveränitätseinschränkung als auch den internationalen Schutz ethnischer Minderheiten vorsah. Am Ende des Prozesses stand ein beispielhaftes, modernes Ordnungsprinzip, das sich für ganz Europa als Vorbild zur Lösung verschiedener Minderheitenkonflikte anbot.

Im Gruber-Degasperi-Abkommen wurde jedoch der geografische Rahmen, innerhalb dessen die Autonomie angewendet werden sollte, offengelassen, was zu Konflikten zwischen Rom und den Vertretern der deutschen Minderheit führte. Degasperi trat von Anfang an für ein regionales Autonomiekonzept gemeinsam mit dem Trentino ein, um den Autonomiebestrebungen der Trentiner entgegenzukommen und gleichzeitig auch ein Gleichgewicht der „Ethnien“ in diesem Gebiet herzustellen. Die Südtiroler Volkspartei hingegen verfolgte unverändert das Ziel einer Autonomie für Südtirol allein.

Die Definition des geografischen Rahmens und des inhaltlichen Umfangs der Autonomie musste auf Initiative der Regierung erfolgen, die laut Punkt 2 des Abkommens auch verpflichtet war, Vertreter der deutschen Bevölkerung anzuhören. Erste Vorschläge für ein

regionales Autonomiestatut für Trentino-Südtirol wurden 1946 von Silvio Innocenti, Staatsrat unter Degasperi, ausgearbeitet. Sie fanden jedoch nicht die erforderliche Mehrheit unter den beteiligten politischen Akteuren. Vor allem die Südtiroler Volkspartei beharrte auf einer Autonomie auf Provinzebene. Im April 1947 präsentierte die SVP dem Regierungschef ein eigenes Projekt, das die Gründung von zwei getrennten Regionen vorsah, eine Region Südtirol und eine Region Trentino, jedoch mit gemeinsamen Gremien (Regionalrat und Regionalregierung), die bei Themen, die für beide Seiten relevant sind, über gesetzgebende und administrative Kompetenzen verfügen sollten. Diesen Vorschlag wertete Degasperi als Entgegenkommen der SVP und akzeptierte ihn als Ausgangspunkt für die Beratungen der sogenannten Siebenerkommission, die in der Zwischenzeit eingerichtet worden war, um einen endgültigen Entwurf für ein neues Autonomiestatut zu verfassen. Die Tatsache, dass keine lokalen Vertreter in der Kommission saßen, sorgte für Kritik aus Bozen und Trient. Man fühlte sich von den Verhandlungen ausgeschlossen und beäugte die „römische“ Handhabung des Problems argwöhnisch. Die Spannungen zwischen Rom und Bozen verschärfen sich weiter mit der Verabschiedung des Verfassungsartikels 116 durch die Verfassungsgebende Versammlung, der insgesamt fünf italienischen Regionen „besondere Formen und Arten der Autonomie“ gewährte, darunter „Trentino-Tiroler Etschland“. Die explizite Nennung der beide Provinzen umfassenden Region löste in der SVP scharfe Reaktionen aus, denn man fühlte sich von Degasperi betrogen und beschuldigte ihn, zuungunsten der Südtiroler ein „doppeltes Spiel“ gespielt zu haben. Als dann am 2. November 1947 den politischen Vertretern der Region ein Entwurf des Autonomiestatuts vorgestellt wurde, hagelte es Kritik, Protest und Änderungsforderungen. Die SVP zeigte sich höchst unzufrieden und verlangte die Wiederaufnahme der Verhandlungen – ohne Erfolg. Dennoch präsentierte sie ihre Änderungsvorschläge. Anfang des neuen Jahres gelang es der Südtiroler Delegation nach intensiven Verhandlungen mit Regierungsvertretern, umfassende Änderungen des Sonderstatuts durchzusetzen: die Rückgabe der Gemeinden Neumarkt und Salurn an die Provinz Bozen, die Übertragung zahlreicher

Legislativkompetenzen von der Region an die Provinzen und die Einführung von Artikel 14, gemäß dem die Region ihre Verwaltungsfunktionen in der Regel den Provinzen überträgt. Genau die fehlende Umsetzung dieser Klausel war es, die in dieser frühen Phase der Autonomiekrise erbitterte politische Auseinandersetzungen auslöste. Das Erste Autonomiestatut für die Region Trentino-Tiroler Etschland wurde am 31. Januar 1948 von der italienischen Verfassungsgebenden Versammlung beschlossen und am 26. Februar mit dem Verfassungsgesetz Nummer 5 verabschiedet.

Weniger als zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten zeigten sich die Mängel des ersten Statuts.

Vorboten der Eskalation

Weniger als zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten hatte sich das erste Statut als wenig geeignet erwiesen, die Umsetzung der Autonomie und die Beziehungen zwischen Rom, Trient und Bozen zu regeln. Gründe zur Unzufriedenheit gab es für die Südtiroler reichlich: Die Gleichstellung der Landessprachen bestand lediglich auf dem Papier, die öffentlichen Stellen blieben ein Privileg der Italiener und der soziale Wohnbau orientierte sich überwiegend an den Bedürfnissen der italienischsprachigen Bevölkerung. Die italienische Regierung kam mit der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen nicht voran. Ohne Übertragung der Kompetenzen blieb die Autonomie der Provinz jedoch wenig mehr als ein leeres

Versprechen. Der Abgang Degasperi und Grubers (1953) als Garanten des Abkommens in dessen Geist und Wortlaut, läutete in den Beziehungen zwischen Italien und Österreich eine neue Phase ein. Degasperi selbst hatte am Ende seiner Amtszeit als italienischer Ministerpräsident die regionalen Vertreter der Democrazia Cristiana (DC) noch aufgefordert, die Vorgaben des Pariser Abkommens und des Sonderstatuts bestmöglich in die Tat umzusetzen. Österreich stand kurz vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages (1955) und würde sich fortan, auf Drängen der Südtiroler, auf dem außenpolitischen Parkett als Schutzmacht der deutschen Sprachgruppe positionieren. Doch in Italien konzentrierten sich die Regierungen nach Degasperi zunehmend auf die Stärkung des Zentralismus und zeigten wenig Bereitschaft, die verfassungsmäßig vorgesehene Dezentralisierung auf den Weg zu bringen.

Angesichts der schleppenden Fortschritte bei der Umsetzung der Autonomie war man in der SVP zunehmend der Meinung, dass der Dialog zwischen Rom und Bozen wenig Erfolg versprach. Der im September 1953 vom italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Pella eingebrachte Antrag auf eine Volksabstimmung in Triest verschaffte der SVP Gelegenheit, das Recht auf Selbstbestimmung anzusprechen, das der Südtiroler Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg verwehrt worden war. In der Folge startete die Partei eine Sensibilisierungskampagne. Man verfolgte damit zwei Ziele: zum einen, die internationale Aufmerksamkeit wieder auf Südtirol zu lenken, und zum anderen, den Druck auf Wien zu erhöhen, sich der Causa der Südtiroler wieder in vollem Umfang anzunehmen. Es war etwa einen Monat später, am 28. Oktober 1953, als Kanonikus Michael Gamper – unumstrittene moralische Instanz und geistliche Leitfigur der

deutschsprachigen Minderheit – wegen der vermeintlich anhaltenden italienischen Zuwanderung vor einem „Todesmarsch“ der Südtiroler warnte. Das Datum war kein Zufall, ist es doch der Jahrestag des Marsches auf Rom. Die Aussage, die übrigens auf fehlerhaften Zahlen beruhte, rief ein lautes Echo hervor. In Innsbruck kam es zu Kundgebungen und politischen Stellungnahmen der Tiroler Landesregierung unter dem frisch gewählten Landeshauptmann Alois Grauß (ÖVP), der es zur „nationalen Pflicht“ erklärte, den Südtiroler Brüdern zu Hilfe zu eilen und zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im Februar 1954 übergab die SVP der italienischen Regierung eine „Denkschrift“, die die mangelhafte Umsetzung des Gruber-Degasper-Abkommens beklagte. Damit eröffnete die Partei offiziell die Phase des politischen Widerstandes gegen das Erste Autonomiestatut, das auch zwischen Italien und Österreich noch lange für Unstimmigkeiten sorgen sollte. In einer Reaktion auf das Schreiben äußerte der italienische Ministerpräsident den Verdacht, dass die Vertreter der deutschsprachigen Minderheit in Wirklichkeit ein anderes Ziel anstrebten: die Selbstbestimmung. Denkbar schlechte Voraussetzungen also für die dringend notwendige Beschäftigung mit den in der Denkschrift beanstandeten Punkten.

Nicht Worte, sondern Taten

Jetzt sei der Karren nicht mehr aufzuhalten, kommentierte der österreichische Botschafter Johann Schwarzenberg im Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen Vittorio Zoppi die Kundgebung zur Südtirolfrage am 24. November 1953 in Innsbruck. Damit kündigte sich an, wie rapide sich das Klima zwischen Rom, Bozen und Wien aufgrund der Südtirolfrage nun verschlechterte. Die Abwehrhaltung der italienischen Politik gegenüber den Forderungen der deutschsprachigen Minderheit war eine der Kurzschlusshandlungen in dieser Krise. Die diplomatischen Vertretungen in Österreich, die über die Entwicklungen jenseits des Brenners gut informiert waren, pochten weiter auf die Notwendigkeit zumindest kleiner Zugeständnisse. Doch das Büro des italienischen Ministerpräsidenten hielt daran fest, keinerlei Zugeständnisse machen zu wollen, und vertrat zudem die Ansicht, man brauche nicht mit Wien über die Umsetzung des

Pariser Vertrages in Gespräche einzutreten, da das Thema eine inneritalienische Angelegenheit sei, die es zwischen Rom und Bozen zu lösen galt. Die harte Linie der italienischen Regierung erzielte den gewünschten Effekt: die Schwächung der Führungsriege der SVP. Davon betroffen war jedoch der gemäßigte bürgerlich-liberale Flügel (mit Erich Amonn und Josef Raffener), sodass nun die Befürworter einer verstärkten „Volkstumspolitik“ und eines kämpferischeren Auftretens in Rom freie Bahn hatten. Auf politischer Ebene führte die Abwehrhaltung der Regierung also nicht zu einer schwächeren SVP, sondern vielmehr zu einer Verhärtung ihrer Position. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich diese Entwicklung, als die Parteiführung 1957 von einer Gruppe junger Politiker (darunter auch der spätere Obmann Silvius Magnago) übernommen wurde, die für eine Politik der Taten und nicht nur der Worte stand.

In Südtirol kam es zunehmend zu Spannungen zwischen Ordnungshütern und der deutschsprachigen Bevölkerung, die italienische Rechte positionierte sich bei öffentlichen Kundgebungen als Sprachrohr für die Ängste der Italiener, und es flogen bereits die ersten Strommasten in die Luft. Die Zeichen einer Eskalation häuften sich. Mit der Kundgebung auf Schloss Sigmundskron, bei der Magnago das „Los von Trient!“ proklamierte, bewiesen die deutschsprachigen Südtiroler in einer friedlichen Demonstration ihre Einigkeit darüber, dass die geltende Autonomie nichts weiter sei als Fassade. Als nächsten Schritt im Streit um das Erste Autonomiestatut zog sich die SVP 1959 aus dem Regionalrat zurück.

Südtirol vor der UNO: Die österreichische Delegation bei der Vollversammlung, 30. Oktober 1960



Die Südtiroler suchten nun zunehmend jenseits der Staatsgrenzen nach Beispielen für unterdrückte Minderheiten, Unabhängigkeitsbewegungen und internationale Lösungsansätze, die man als Grundlage für ein neuerliches Aufrollen der Südtirolfrage heranziehen konnte. Nachdem Österreich mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages seine Souveränität wiedererlangt hatte, trat es nun als dritte Partei auf den Plan und holte die Streitfrage, die bisher fast ausschließlich zwischen Bozen und Rom verhandelt worden war, aus der Ecke, in die sie die italienische Regierung gedrängt hatte. Auf Initiative Österreichs kam das Südtirolproblem im Jahr 1960 auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen und wurde damit offiziell zur internationalen Frage erhoben. Die Lösung des Konflikts sei, wie es dann in der Resolution der Generalversammlung hieß, in der Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen zwischen Italien und Österreich zu suchen. Es war eine Einladung zum Dialog und eine Bestätigung für Wien, sich weiter in der Südtirolfrage engagieren zu dürfen.

Im Strudel der Gewalt

Ende der 1950er-Jahre war die Krise um das Erste Autonomiestatut voll entbrannt, doch weder auf politischer noch auf diplomatischer Ebene war eine Lösung in Sicht. Die italienische Regierung schloss eine Ausweitung der Autonomie für die deutschsprachige Bevölkerung kategorisch aus, in Bozen bestand man hingegen auf dem Recht zur Selbstverwaltung. Die Südtirolfrage wurde zu einem Sicherheitsproblem. Geheimdienste und Sicherheitskräfte berichteten von zunehmendem Aktivismus innerhalb regierungskritischer Kreise und einer steigenden Gewaltbereitschaft der Sprengstoffattentäter. Radikalen Splittergruppen, die für Selbstbestimmung und eine Loslösung von Italien kämpften, war es gelungen, sich in den gemäßigten Protest der Südtiroler Minderheit gegen die italienische Regierung einzuschleusen. Während der Kundgebung auf Schloss Sigmundskron etwa verteilten militante Vertreter des neu gegründeten „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) – jener Untergrundorganisation, die später überwiegend für die Sprengstoffanschläge in Südtirol verantwortlich sein sollte – ein Flugblatt, das die Südtiroler dazu aufrief, sich auf den Überlebenskampf für ein freies Südtirol vorzubereiten.

Ihr Motto war nicht das „Los von Trient!“, sondern das „Los von Rom!“, und es wurde dabei in unausgegorener und unpassender Weise auf Bestrebungen jener Völker Bezug genommen, die zur gleichen Zeit für ein Ende des Kolonialismus kämpften.

Die ersten Bomben mit der Handschrift des BAS explodierten im Jahr 1957. Anfangs zerstörten sie nur symbolische Ziele (Denkmäler und Gedenksteine, wie etwa das Grab von Ettore Tolomei), doch bald wurden die gewaltsamen Übergriffe immer gezielter eingesetzt, sodass sie schließlich als politische Angriffe eingestuft wurden.

Es herrschte die Überzeugung vor, dass Gewalt der falsche Weg sei.

Das 1959 begangene 150-Jahr-Jubiläum des Tiroler Freiheitskampfes unter Führung von Andreas Hofer (1809) entfaltete sowohl in Österreich als auch in Südtirol eine starke politisch-ideologische Symbolwirkung. Es gab große öffentliche Kundgebungen, die radikalisierte Gruppen als Bühne nutzten, um separatistische Ideen zu schüren. Die Spannungen zwischen den ethnischen und politischen Gruppierungen gaben Anlass zur Sorge, umso mehr, als die Feierlichkeiten ein ganzes Jahr lang dauern sollten und die Südtirolfrage dabei eine zentrale Rolle spielte.

Die Attentate nahmen zu, gleichzeitig intensivierten sich die Kontakte zwischen militanten BAS-Aktivisten aus Südtirol und Nordtirol. In einer Geheimversammlung am 1. Juni 1961 im schweizerischen Zernez plante man gemeinsam die sogenannte Feuernacht. Die in jener Nacht gezündeten Bomben läuteten eine lange Zeit des Terrors ein, der nicht nur materiellen Schaden anrichtete, sondern auch Menschenleben forderte. Doch die Sprengstoffattentäter erreichten mit ihren Bomben nicht, wie erwartet, die Herbeiführung einer Lösung, sondern eine weitere Verschärfung des Konflikts. Von Anfang an verurteilten sowohl die Landeskirche als auch die SVP die Angriffe. Auch in der Bevölkerung herrschte die Überzeugung vor, dass Gewalt der falsche Weg sei. Die Antwort der Zentralregierung ließ nicht lange auf sich warten: Südtirol wurde unter Militäraufsicht gestellt. Nun richteten erstmals auch die italienischen Medien ihre Aufmerksamkeit auf diese so ferne, bisher lediglich als



Treffen in Bozen: Innenminister Mario Scelba und Landeshauptmann Silvius Magnago vor dem Regierungskommissariat, 18. Juni 1961

fremdartig wahrgenommene Welt. Südtirol wurde nun als feindlich eingestuft, die Berichterstattung beschränkte sich jedoch auf die Oberfläche der Attentate. Über die Hintergründe und die zugrunde liegende Unterdrückung wurde wenig bis gar nicht berichtet.

Der Schlüssel zum Dialog

Die Verfolgung der Straftaten war nicht die einzige Reaktion Roms auf die Feuernacht. Obwohl zu diesem Zeitpunkt sicherlich ein wenig freundschaftliches Klima herrschte – und auch auf die Gefahr hin, dass der falsche Eindruck entstehen könnte, die Gewalt hätte zu dieser Wende geführt –, schlug die italienische Regierung ein internes Treffen vor und ebnete den Weg für die Wiederaufnahme des Dialogs. Damit war der Zeitpunkt gekommen, an dem alle Seiten Verantwortung übernehmen mussten, ausgehend von der einhelligen Verurteilung der Attentate. Erstmals seit der Annektierung legte man den Grundstein für eine politische Neubewertung

des Konflikts zwischen der italienischen Regierung und der deutschsprachigen Minderheit.

Mit der sogenannten Neunzehnerkommission, die auf Initiative des italienischen Innenministers Mario Scelba eingesetzt wurde, kehrte das Südtirolproblem in den Zuständigkeitsbereich der Innenpolitik zurück, wo zuallererst die Wogen zwischen Rom und Bozen geglättet werden mussten. Die Kommission mit beratender Funktion hatte eine heikle Aufgabe: ein Abkommen auf den Weg zu bringen, das von beiden Seiten mitgetragen werden konnte. Alcide Berloffo, der die Einsetzung der Kommission angeregt hatte, unterstrich in einem Brief an Scelba deren Bedeutung: „Sie beschäftigt die verantwortungsbewusstesten Köpfe Südtirols, wehe, wenn sie scheitert. Wehe uns allen!“ Die SVP unter der Führung von Silvius Magnago bekräftigte die Bereitschaft, zu der notwendigen Annäherung beizutragen und offen für eine Wiederaufnahme der Gespräche zu sein.

Im November 1961, wenige Monate nachdem die Neunzehnerkommission ihre Arbeit aufgenommen hatte, fand in Bozen der IV. Kongress der Freunde und Mitarbei-

ter der Zeitschrift „Il Mulino“ zum Thema „Eine Politik für Südtirol“ statt. Das klare Bekenntnis der Organisatoren zur Autonomie, ihre kritische Haltung gegenüber dem Zentralstaat sowie ein föderalistischer Grundgedanke ermöglichten einen offenen Meinungs austausch zwischen den vertretenen Parteien. Hochrangige Exponenten der SVP, die Spitze der Südtiroler DC (Lidia Menapace und Giuseppe Farias) sowie angesehene Redner wie Altiero Spinelli und Umberto Segre verliehen dem Kongress nicht nur politisches Gewicht, sondern bewiesen auch, dass guter Wille und die Bereitschaft zum Dialog Berge versetzen können. Von diesem Geist war die Neunzehnerkommission getragen und er wurde zum Leitfaden der Südtirolpolitik der Mitte-links-Regierung in den folgenden Jahren.

Ein wichtiges friedensstiftendes Zeichen kam von der Südtiroler Landeskirche unter Bischof Joseph Gargitter, der immer wieder daran erinnerte, wie wichtig es sei, einander zuzuhören, solidarisch zu sein, den Staat, aber auch die Minderheiten zu respektieren. Als 1964 die Entscheidung fiel, die Grenzen der Diözesen von Trient und Brixen zu verschieben und an das Gebiet der Provinzen anzugleichen, hatte der Schritt wohl nicht nur kircheninterne Beweggründe, sondern wurde auch als Wegweiser in Richtung Autonomie gewertet.

Die Neunzehnerkommission tagte von September 1961 bis April 1964, begleitet von einer Zunahme der Anschläge. Viele komplexe Fragestellungen aus unterschiedlichsten Bereichen lagen auf dem Verhandlungstisch und verlangten nach einer Lösung, angefangen beim Bildungswesen und Sprachgebrauch über die Vergabe öffentlicher Stellen nach Sprachgruppenzugehörigkeit, Volkswohnbau und Rückabwicklung der Option bis hin zur Nachbesserung der Autonomie auf Provinzebene. Auch Themen aus Wirtschaft, Handel und Kreditwesen wurden erörtert. Das Ergebnis der Beratungen der Neunzehnerkommission, das in einem Bericht zusammengefasst und der italienischen Regierung übergeben wurde, war vielversprechend. In der Zwischenzeit hatten sich auch die Beziehungen zwischen den Provinzen Bozen und Trient beziehungsweise zwischen den regierenden Mehrheitsparteien verbessert. Der erzielte Kompromiss stärkte die Autonomie der Provinzen, wovon föhlich auch das Trentino profitierte.

Die persönlichen Treffen hinter verschlossenen Türen schufen ein Klima des Respekts und Vertrauens und ermöglichten eine für alle zufriedenstellende Konfliktlösung.

Ein „Paket“ für Südtirol

In seiner Antrittsrede im Dezember 1963 nannte der neue italienische Ministerpräsident Aldo Moro die Arbeit der Neunzehnerkommission explizit als Basis für die Lösung der Südtirolfrage. Zum ersten Mal gab es eine reine Mitte-links-Regierung, ein Vorteil für Südtirol. Der Wille zum Dialog zwischen Regierung und den Minderheitenvertretern und die Suche nach Kompromissen, die für beide Seiten tragbar waren, hatten den Weg für die Errichtung eines neuen Autonomiegebäudes geebnet. Das Fundament, auf dem es stand, war das neu gefasste Vertrauen zwischen den Konfliktparteien, sowohl innerhalb Italiens als auch zwischen Italien und Österreich. Dank der Errungenschaften der Kommission wollten die beiden sozialdemokratischen Außenminister Giuseppe Saragat und Bruno Kreisky sich auf eine Beilegung des Streits einigen. Doch das sogenannte Kreisky-Saragat-Abkommen kam nicht zustande, da die SVP die Übereinkunft an sich als unbefriedigend und die Übertragung einiger Kompetenzen auf die Provinz Bozen als unzureichend einstufte. Danach stagnierten die bilateralen Verhandlungen weitgehend etwa eineinhalb Jahre, die direkten Gespräche zwischen Rom und Bozen wurden jedoch weitergeführt.

Immer radikalere Sprengstoffattentate mit steigenden Opferzahlen führten zu einer merklichen Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und machten den langen Weg zu einer Lösung des Südtirolkonflikts noch steiniger, als er ohnehin schon war. In dieser kritischen Phase des Streits setzte sich Aldo Moro aktiv für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Wien und mit den Vertretern der

Paketabschluss international: die Außenminister Aldo Moro und Kurt Waldheim beim abschließenden Gespräch zu Paket und Operationskalender in Kopenhagen, 30. November 1969



deutschsprachigen Minderheit ein. Die persönlichen und hinter verschlossenen Türen stattfindenden Treffen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Josef Klaus und dem Obmann der SVP Silvius Magnago, bei denen noch offene Fragen geklärt wurden, schufen ein Klima des Respekts und Vertrauens. Nur so konnte man einer für alle zufriedenstellenden Konfliktlösung näherkommen.

Im August 1966 legte die italienische Regierung schließlich das Maßnahmenpaket zur Lösung des Südtirolkonflikts vor. In 137 Punkten zugunsten der Südtiroler Bevölkerung deckte es alle wichtigen Bereiche ab: den Gebrauch der deutschen Sprache in Landesämtern und vor Gericht, die Rücknahme der Option, den ethnischen Proporz, die Schule, Schutzmaßnahmen für die ladinische Minderheit, den sozialen Wohnbau, die Regelung der Autonomiekompetenzen zwischen Region und Provinz sowie Garantiebestimmungen für den Schutz der Rechte der Sprachgruppen. Der Parteiausschuss der SVP nahm das Paket an und legte es der Landesversammlung zur Abstimmung vor, nachdem einige letzte Punkte mit Rom abgeklärt und ein Fahrplan zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Österreich und Italien festgelegt worden waren. Alle Seiten waren nun zu einer Einigung bereit. Magnago erkannte, dass sich eine zufriedenstellende Lösung abzeichnete, und stellte sich der internen politischen Auseinandersetzung mit den vielen Parteimitgliedern, die das Paket ablehnten. Österreich strebte einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft an und brauchte dafür die Unterstützung Italiens, zusätzlich wirkte sich die ungelöste Südtirolfrage

negativ auf das innenpolitische Gleichgewicht aus. Auch für die italienische Regierung unter Aldo Moro spielten innenpolitische und europäische Belange eine Rolle: Die Beilegung des Streits sollte den Grundstein für eine Ausöhnung mit dem deutschen Sprachraum legen und für gute Beziehungen mit dem neutralen Österreich sorgen, was sich auch positiv auf ein konstruktives Gesprächsklima mit Jugoslawien und indirekt mit den Ostblockstaaten ausgewirkt hätte. So wollte Moro einen Beitrag zur schrittweisen politischen Entspannung in Europa leisten. Innenpolitisch war die Beilegung des Südtirolkonflikts die bestmögliche Antwort auf die Eskalation der Attentate.

Die Annahme des Pakets durch die außerordentliche Landesversammlung der SVP erfolgte zwar mit hauchdünner Mehrheit, bestätigte jedoch die politische Linie Silvius Magnagos, der in seiner Position hart geblieben war, sich aber stets bereit für den Dialog und eine offene Auseinandersetzung mit der italienischen Regierung gezeigt hatte. Die weiteren Schritte erfolgten rasch, schließlich sollte das Kapitel nun endgültig abgeschlossen werden: Am 30. November 1969 einigten sich die Außenminister Aldo Moro und Kurt Waldheim in Kopenhagen auf die Punkte des „Operationskalenders“. Der Erklärung von Kanzler Josef Klaus am 1. Dezember, in der er den Terrorismus in Südtirol scharf verurteilte, folgte eine Woche später die Aufhebung des italienischen Vetos gegen einen EG-Beitritt Österreichs. Noch vor Jahresende stimmten sowohl das italienische als auch das österreichische Parlament dem komplexen Einvernehmen in der Südtirolfrage zu. ■

Der Blick von außen

Im Herzen Europas spannt sich die Südtiroler Autonomie wie eine Brücke vom deutschen zum romanischen Sprachraum, sowohl im ideellen als auch im konkreten Sinne. Völlig zu Recht gilt sie als Vorbild für die demokratische Beilegung von Konflikten, denn sie ist das Ergebnis eines komplexen politischen Prozesses, dessen erfolgreichen Abschluss am Ende des Zweiten Weltkrieges niemand für möglich gehalten hätte. Vom Pariser Vertrag, auf den Gruber und De Gasperi sich dank ihrer politischen Weitsicht einigen konnten, bis heute hat die Autonomie – wie jeder politische Prozess – laufend Anpassungen erfordert. Ich kann mich persönlich noch an jedes einzelne Thema, das wir verhandelt haben, erinnern, egal ob sprachlicher oder wirtschaftlicher Natur. Genau hier sehe ich die Aufgabe der Politik: anhand detaillierter Analysen den Problemen auf den Grund zu gehen und sich mit aller Kraft für deren Lösung einzusetzen. In Südtirol ist das gelungen, sodass die Landesautonomie heute ein wertvoller Schatz ist – für Italien und für Europa.

Prof. Romano Prodi

Italienischer Ministerpräsident von 1996 bis 1998 und von 2006 bis 2008, Präsident der Europäischen Kommission von 1999 bis 2004

Die Beziehungen zwischen Österreich und Südtirol sind traditionell von größter freundschaftlicher Verbundenheit geprägt. Südtirol ist heute auch in den seit Langem exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Italien ein wichtiges verbindendes Element und stets Thema – und häufig sogar Ort – meiner Zusammentreffen mit dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella. Die Südtiroler Autonomie wird international als beispielgebendes Modell für den Schutz von Minderheiten angesehen. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein. Gemeinsam werden wir auch weiter an ihrem Erhalt und ihrer Weiterentwicklung arbeiten.

Dr. Alexander Van der Bellen

Bundespräsident der Republik Österreich seit 2017

Südtirol ist im Völkerrechtsbüro des österreichischen Außenministeriums Chefsache. Der Ausbau der Autonomie Südtirols, das durch die Autonomie ausgeübte, fortbestehende Selbstbestimmungsrecht, die besondere Wahrnehmung der Schutzfunktion Österreichs im Interesse der friedlichen Entwicklung und des Wohlstands von Südtirol, das sind Themen, die mich überall beschäftigen: am Schreibtisch, auf Dienstreisen, bei Vorträgen und Seminaren, am Wochenende, im Urlaub. Die Achtung nicht nur der individuellen, sondern auch der kollektiven Rechte von Volksgruppen und Minderheiten ist ein wichtiger Baustein für die weitere Entwicklung Europas und eine Voraussetzung für den Frieden auch in anderen Erdteilen.

Univ.-Prof. Botschafter Dr. Helmut Tichy

Leiter der Sektion Völkerrechtsbüro und Amtssitz im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten der Republik Österreich

Südtirol ist für mich untrennbar mit Silvius Magnago, dem „Vater“ der Autonomie Südtirols, verbunden. Auf einer Tagung deutscher Studenten in Innsbruck Ende der 1950er-Jahre konnte er, geläutert durch seine Vergangenheit, uns jungen Menschen Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden und Freiheit vermitteln. Nicht durch die Anwendung von Gewalt, sondern durch den Dialog sollte dem Rechtsstaat Italien das Recht auf Autonomie für die Südtiroler abgerungen werden. Das ist durch viele Jahre beharrlicher Arbeit gelungen. Südtirol wurde durch die Erreichung der territorialen Autonomie zu einem hervorragenden Lösungsbeispiel für große Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Die Region ist unter Erhaltung der traditionellen Strukturen eine der reichsten in Europa und für die Zukunft gut gerüstet.

Dr. Hans Heinrich Hansen

Hauptvorsitzender der Deutschen Minderheit in Dänemark von 1993 bis 2006, Präsident der FUEV von 2007 bis 2016

Das Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts vor 50 Jahren markiert den Beginn einer erfolgreichen Entwicklung, die nicht selbstverständlich war und heute auf europäischer und internationaler Ebene als beispielgebend für den Schutz von Minderheiten angesehen wird. Die 1992 abgegebene Streitbeilegungserklärung beweist, dass auch schwierige und oft schmerzhaft, weit in die Vergangenheit zurückreichende Probleme lösbar sind, wenn sich alle Beteiligten ernsthaft um eine Lösung bemühen. Italien und Österreich sind heute bilateral und innerhalb der EU durch enge und freundschaftliche Beziehungen verbunden. Ich bin zuversichtlich, dass die Fortsetzung des gemeinsamen Weges in der Südtiroler Autonomieentwicklung in eine positive und prosperierende Zukunft führen wird.

Dr. René Pollitzer

Österreichischer Botschafter in Italien von 2015 bis 2020

Mit dem Zweiten Autonomiestatut ist es unseren politischen Vorvätern gelungen, einen tiefen Graben zu überwinden, den Schiffbruch des Autonomieprojekts abzuwenden und den Geist des Pariser Vertrages zu bewahren. Mit Mut zum Dialog und institutionellem Ideenreichtum richteten sie den Blick in die Zukunft und läuteten eine Ära des Friedens und des Fortschritts ein, die in Europa ihresgleichen sucht. Sie schufen den Grundstock für eine dynamische, umfassende Autonomie, die verantwortungsbewusst und im Einklang mit dem europäischen Gedanken agiert. Unsere beiden „autonomen Gemeinschaften“ brauchen auch weiterhin diesen Dialog („einander hören“, nicht „einander ignorieren“) und diesen institutionellen Ideenreichtum (um das Zusammenleben unserer Bürger, trotz aller Verschiedenheiten, in einer sich verändernden Welt neu gestalten zu können). Wir müssen den Blick auch heute wieder in die Zukunft richten.

Lorenzo Dellai

Präsident der Autonomen Provinz Trient von 1999 bis 2012, Präsident der Paritätischen Zwölferkommission für die XVII. Legislaturperiode

Die Grundlagen für eine positive Lösung der Südtirolfrage wurden auch durch den Beitrag der Trentiner Bevölkerung auf nationaler und lokaler Ebene geschaffen. Die politischen Eliten des Trentino begleiteten und unterstützten, trotz anfänglicher Missverständnisse, die Suche nach Lösungen, die eine vollständige Verwirklichung der Autonomie unter Anerkennung des legitimen Anspruchs auf Minderheitenschutz ermöglichten. Gleichzeitig konnte durch das gemeinsame Statut auch die Trentinofrage eine angemessene Lösung finden. Aufbauend auf die Ergebnisse des vergangenen halben Jahrhunderts wollen wir weiter zusammenarbeiten und unsere Zukunft auf der Grundlage der Autonomie, des Zusammenlebens und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestalten.

Dott. Maurizio Fugatti

Präsident der Autonomen Provinz Trient seit 2018

Adina Guarnieri

1900–1920: *Ein Kontinent ordnet sich neu*

Nationalismus und Krieg erschüttern Europa

Elektrizität, Autos, Schienenverkehr: Das neue Jahrhundert begann fortschrittlich. Doch die Belle Époque war dem Untergang geweiht, die Stimmung geprägt von kolonialem Machthunger und Herrenmenschentum. Der Geruch des Krieges lag bereits in der Luft.

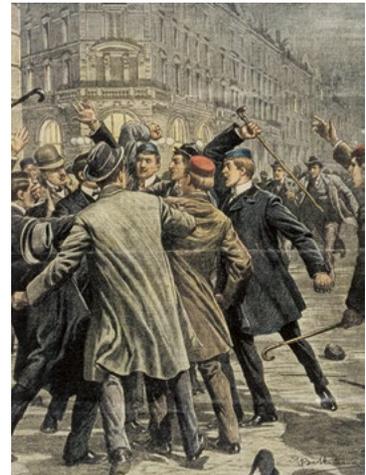
Vielvölkerstaat in Bedrängnis

Nationalistische Strömungen zündelten um 1900 an vielen Pulverfässern, vor allem in Österreich-Ungarn. Im Osten griff der Panlawismus um sich – im Süden träumte der italienische Irredentismus nach 1861 vom Ende der „Zwangsehe“ mit dem Kronland Tirol.

1900 lebten in Tirol 950.000 Menschen: 55,6 Prozent davon sprachen Deutsch, 42 Prozent Italienisch und 2,4 Prozent Ladinisch. Das konsolidierte Zusammenleben zerbrach am Kräfteressen zwischen deutschnationalen Idealen und den Sezessionsbestrebungen der Trentiner Irredenta. **1904** kam es bei der Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ein junger Mann, August Pezzey, kam ums Leben.

Eine Autonomie für Trient?

Die Forderungen des Trentino nach Autonomie wurden von den deutschen Parteien in Tirol, allen voran vom deutschnationalen Tiroler Volksbund geschlossen abgelehnt. Im Süden rumorte es, und auch in den Dolomiten erstarkte das Bewusstsein für die ladinische Kultur. In diesem Klima politischer Instabilität sollte mit dem *Centenaire* von 1809 die Tiroler Landeseinheit als Sinnbild für die Unteilbarkeit des Habsburgerreiches zelebriert werden. 30.000 Menschen fanden sich **1909** zur Jubiläumsfeier am Bergisel ein. In Trient kam es zu Eierwürfen gegen Doppeladlersymbole.



Nationalistische Tumulte an der Universität Innsbruck bei der Eröffnung der italienischen Rechtsfakultät, 3. November 1904



◀ Titelseite der illustrierten Beilage des „Corriere della Sera“ zum Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914

◀ Abfahrt von Meraner Standschützen an die Front, Pfingsten 1915

1914: Schüsse in Sarajewo

Am 28. Juni **1914** fielen Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie in Sarajewo einem Attentat zum Opfer. Das Deutsche Reich solidarisierte sich mit der Donaumonarchie und arbeitete aktiv auf einen Krieg hin. Am 28. Juli erklärte Franz Joseph I. Serbien den Krieg – unverzüglich folgte die Mobilisierung der Entente. Siegesicher zog die k. u. k. Armee in den Krieg. Das Motto lautete: „Serbien muss sterben.“ Doch der erhoffte Blitzkrieg wurde zu einem mehr als vier Jahre dauernden Flächenbrand.

1915: Eine neue Front entsteht

Italien trat am 23. Mai **1915** an der Seite der Entente in den Krieg ein. Österreich-Ungarn hatte noch versucht, Rom durch das Zugeständnis von Trient und Triest von einem Kriegseintritt abzuhalten. Doch der Londoner Geheimvertrag versprach mehr. Nach dem *Intervento* wurden italienische Soldaten in den Reihen der k. u. k. Armee kritisch beäugt und schikaniert. Prominenter Befürworter des Kriegseintritts Italiens war Cesare Battisti. Der Trentiner Sozialist hatte die Seiten gewechselt und kämpfte für Italien. 1916 wurde er gefangen genommen und als „Hochverräter“ hingerichtet. Sein Schicksal wurde zum Mythos.

„Dies ist das Ende, ein Ende mit Schrecken!“

So kommentierte die Tageszeitung „Der Tiroler“ am 8. November **1918** den Waffenstillstand von Villa Giusti zwischen Österreich und Italien. Mit den letzten Schlachten am Piave nahte im Herbst 1918 das Ende der k. u. k. Armee. Die Habsburgermonarchie brach zusammen. Italienische Truppen drangen bis nach Innsbruck vor. Ein Schock für Deutschtirol, zumal Woodrow Wilsons 14-Punkte-Plan eine Grenzziehung nach ethnischen Grundsätzen vorsah. Doch am 10. September **1919** siegte in Saint-Germain die Realpolitik: Südtirol wurde Italien zugeschlagen.



Das zerstörte Dorf Sexten, März 1918

Der gescheiterte Burgfrieden

Das Ende der Tiroler Landeseinheit stellte Südtirol vor eine Herausforderung, hinzu kamen Hunger, die Spanische Grippe und ein ungünstiger Wechselkurs. In Rom warnte Sozialistenführer Filippo Turati erfolglos vor Konflikten, die durch die Integration fremdsprachiger Gebiete entstehen würden. Dann, im Frühjahr **1920**, ein Entgegenkommen Italiens: Die liberale Regierung von Francesco Saverio Nitti zog eine Autonomie für Südtirol in Betracht. Die Verhandlungen mit der italienischen Regierung, die letztlich scheiterten, wurden von Protesten begleitet: Am 9. Mai 1920 demonstrierten in Meran rund 15.000 Menschen. Ihr Slogan lautete: „Südtirol will deutsch und frei bleiben“. Am 10. Oktober desselben Jahres wurden das Trentino und Südtirol rechtskräftig annektiert.

Guglielmo Pecori Giraldi

*** 1856, Borgo San Lorenzo / † 1941, Florenz**

Im November 1918 übernahm General Pecori Giraldi das Kommando in Südtirol, fortan Alto Adige genannt. Der toskanische Patriziersohn war seit 1916 im Trentino, wo er die 1. italienische Armee befehligte. Zwei Jahre lang hielt er die Stellung auf der Hochebene von Asiago und zog im November 1918 mit seinen Truppen in Trient ein. Als Militärgouverneur der besetzten Gebiete verhielt er sich der anderssprachigen Bevölkerung gegenüber diplomatisch: Verwaltung sowie Schulwesen blieben deutsch, Mitteilungen wurden zweisprachig verfasst. Ettore Tolomei war für einen radikaleren Weg: Als die Zugfahrpläne weiterhin mit deutschen Ortsnamen erschienen, ließ er diese auf allen Schildern entlang der Strecke in Farbe mit den italienischen übermalen. Im Juli 1919 übernahm Zivilkommissar Luigi Credaro die Leitung der neuen Provinz Venezia Tridentina, zu der Südtirol und das Trentino zusammengelegt wurden.



Die italienische Delegation unterzeichnet den Friedensvertrag von Saint-Germain, 10. September 1919

1921–1944: *Zwischen den Diktaturen*

Faschismus und Nationalsozialismus in Südtirol



Faschistischer Aufmarsch in Bozen, in der Mitte Ettore Tolomei in Zivil, um 1925

Schwarzhemden an der Macht

1919 gründete Benito Mussolini die *Fasci di Combattimento* – paramilitärische Trupps, die als *Squadre* die Gewalt der Front auf den Alltag übertrugen. Am 24. April **1921** überfielen 400 Squadristen einen Bozner Festumzug. Dabei starb der Lehrer Franz Innerhofer. Mit einem Streik bekundeten italienische Eisenbahner am nächsten Tag ihre Solidarität mit dem Verstorbenen. Im Herbst 1922 besetzten die Schwarzhemden im Marsch auf Bozen eine deutsche Schule sowie das Rathaus. Bürgermeister Julius Perathoner war zum Rücktritt gezwungen. Am 30. Oktober 1922 wurde Mussolini in Rom zum Ministerpräsidenten ernannt.

Die „Fremdstämmigen“ italianisieren

Bei den Parlamentswahlen von 1924 sicherte ein neues Gesetz den Faschisten den Sieg: Italien wurde politisch und kulturell gleichgeschaltet. Bereits **1923** präsentierte Tolomei einen Maßnahmenkatalog zur Ent-

„Und die Welt war nicht mehr die alte Welt. Sie ging unter ...“ Diese Worte spricht Joseph Roths Romanfigur Joseph Freiherr von Trotta, als er begreift, dass der Erste Weltkrieg für Österreich verloren war. 1918 brach Europa zusammen, und das ehemalige Tirol befand sich mittendrin. Der Erste Weltkrieg war ein Trauma und wurde zum Nährboden für die Faschismen des 20. Jahrhunderts.



Italianisierter Hofname, Wieserhof in Eppan

nationalisierung Südtirols, dessen Umsetzung ihm oblag: Personen- und Flurnamen wurden italianisiert, Vereine aufgelöst, deutsche und ladinische Beamte entlassen. Minister Giovanni Gentile führte Italienisch als einzige Unterrichtssprache ein. 1927 entstanden aus der Venezia Tridentina die Provinzen Bozen und Trient.



◀ *Optanten nach der Ankunft in Innsbruck, Juli 1940*

▲ *Schmelzhütten des Lancia-Werks in der Industriezone Bozen, 1936*

Forcierte Zuwanderung

Zum Italianisierungsvorhaben des Faschismus zählte auch die Förderung einer massiven italienischen Einwanderung in Südtirol, die ab **1933** unter Präfekt Giuseppe Mastromattei begann. Die Industriezonen von Bozen und Sinich schufen die nötigen Arbeitsplätze – allein in der Landeshauptstadt waren es über 6.000. Zwischen 1921 und 1939 wuchs die Zahl der in Südtirol ansässigen Italiener von 20.000 auf 80.000.

Parallel dazu schossen moderne Wohnviertel, Kinos und Sportstätten aus dem Boden: Durch Unterhaltung sollte Konsens erzielt werden. Am 12. Juli 1928 wurde erstmals eine Radiosendung live aus Südtirol übertragen. Es war die Rede von König Viktor Emanuel III. am Bozner Siegesdenkmal.

1939: Die Option

1939 stellte die Achse Berlin–Rom die Bevölkerung vor die Frage: In Südtirol bleiben oder „heim ins Reich“? Diese sogenannte Option spaltete die Bevölkerung in Optanten und Dableiber.

Der nazistische Völkische Kampfring Südtirols (VKS) verbreitete Gerüchte: Eine hohe Abstimmung für Deutschland würde zur Annexion nach österreichischem Vorbild führen, Dableiber würden nach Sizilien umgesiedelt. Die Optionsgegner um Kanonikus Michael Gamper kamen gegen diese Propaganda nicht an. Rund 85 Prozent der Südtiroler Bevölkerung optierten für Deutschland, darunter Hunderte Pflegebedürftige, psychisch und körperlich kranke Menschen, deren Familien für sie unterschrieben. Sie wurden ins Reich verlegt, wo sie der Euthanasie der Nazis ausgeliefert waren.

Besetztes Südtirol

Im September 1939 fiel Hitler in Polen ein. Erste militärische Erfolge befeuerten auch seine Südtiroler Anhänger: Binnen eines Jahres zogen 5.000 Burschen freiwillig in den Krieg.

Nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 kämpfte Italien auf der Seite der Alliierten. Am 8. September **1943** besetzten deutsche Truppen Südtirol, das Land wurde Teil der Operationszone Alpenvorland. Vielfach wurden nun auch Dableiber und italienische Staatsbürger für den Totalen Krieg rekrutiert. Die aufgrund der italienischen Rassengesetze von 1938 bereits dezimierte jüdische Bevölkerung wurde verhaftet und deportiert. Das jüngste Südtiroler Opfer der Shoah hieß Olimpia Carpi. Sie war drei Jahre alt, als sie in Auschwitz ermordet wurde.

Alcide De Gasperi

* 1881, Pieve Tesino / † 1954, Sella di Valsugana

Alcide De Gasperis politische Karriere begann noch in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Als Journalist und Abgeordneter verteidigte er Trentiner Interessen und stand auch hinter der italienischen Rechtsfakultät in Innsbruck. Er war allerdings kein Irredentist: Bis zuletzt übte er sein Mandat im österreichischen Reichsrat aus. 1921 wurde er ins italienische Parlament gewählt. Er verabscheute den politischen Extremismus und wandte sich auch gegen den Faschismus, weshalb er 1927 eine 16-monatige Haftstrafe verbüßen musste. Im Untergrund baute er 1942 die christlichsoziale Democrazia Cristiana (DC) auf, bis 1993 die stimmenstärkste Partei Italiens. 1945 wurde er Ministerpräsident und unterzeichnete als solcher das Pariser Abkommen mit dem österreichischen Außenminister Karl Gruber. Die Unterschrift auf dem Vertrag entspricht der ursprünglichen Trentiner Schreibweise des Familiennamens, nämlich De Gasperi. Im Laufe seiner Amtszeit bürgerte sich die getrennte Schreibung De Gasperi ein, der er irgendwann auch selbst folgte.

1948 war De Gasperi für die Ausweitung der Autonomie auf die Provinz Trient verantwortlich, wodurch das Sonderstatut, das eigentlich die deutsche und ladinische Minderheit in Südtirol schützen sollte, nun in einer mehrheitlich italienischsprachigen Region Anwendung fand. Er setzte sich auch für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ein: der erste Schritt in Richtung Europäische Union.

Wider die Diktaturen

Viele Südtiroler hatten die Ankunft der Deutschen gefeiert, doch mit dem Desaster von Stalingrad nahm die Euphorie ab **1944** merklich ab. Hunderte desertierten, vor allem aus religiösen Gründen. Der Bozner Josef Mayr-Nusser verweigerte den Eid auf Hitler. Er starb während des Transportes nach Dachau.

Bereits 1939 hatte sich um Friedl Volgger und Hans Egarter der Andreas-Hofer-Bund als Widerstandsgruppe formiert. Die italienische *Resistenza* scharte sich rund um das Bozner Comitato di Liberazione Nazionale. Die Galionsfigur des italienischen Widerstandes Manlio Longo starb 1944 während eines Gestapo-Verhörs. Sein Nachfolger Bruno De Angelis übernahm im Mai 1945 die Verwaltung der Provinz Bozen.



Brixner Altstadt,
Mai 1944

1945–1969: *In Richtung Autonomie*

Ein schwieriger Start für Südtirol

Im Frühjahr 1945 kapitulierte die Wehrmacht. Weite Teile Europas jubelten, die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols gab sich zurückhaltend. Man war zwar erleichtert, aber auch ratlos. Was würde nun mit dem Land geschehen?



Übergabe von 155.000 Unterschriften für die Selbstbestimmung Südtirols an Bundeskanzler Leopold Figl in Innsbruck, 22. April 1946

1946: „Kleingeld im Länderschacher“

So lautete das Fazit des österreichischen Außenministers Karl Gruber, der am 5. September **1946** mit Alcide DeGasperi den Pariser Vertrag zum Schutz der deutschen Minderheit unterzeichnete. Er bezog sich dabei auf die Rolle Südtirols im Kontext globaler Interessen, aufgrund derer die Siegermächte von einer Grenzverschiebung am Brenner absahen. Dies, um eine weitere politische Destabilisierung Europas zu vermeiden. Das Abkommen versprach eine Autonomie, ließ aber das konkrete Territorium offen, auf das sie sich beziehen sollte. Das Erste Autonomiestatut von 1948 sah eine gemeinsame Autonomie für Südtirol und das Trentino vor. Das Kräfteressen zwischen Bozen und Rom hatte bereits 1945 begonnen, als Tausenden Optanten mit deutscher bzw. unklarer Staatsbürgerschaft die Rückkehr nach Südtirol verweigert worden war. Erst 1948 schuf das Optantendekret die Rechtsgrundlage für ihre Wiedereinbürgerung.

Zurück zu Österreich?

Am 8. Mai **1945** wurde die Südtiroler Volkspartei (SVP) gegründet. Die Partei wurde von den Alliierten anerkannt, auch weil sie von Mitgliedern des Andreas-Hofer-Bundes mitbegründet worden war. In Tirol und Wien fanden Kundgebungen für Südtirol statt, das für den österreichischen Bundeskanzler Leopold Figl eine „Herzensangelegenheit“ war. 1946 nahm er in Innsbruck 155.000 Unterschriften für die Wiedervereinigung Tirols entgegen. Sogar der britische Premierminister Winston Churchill befürwortete diese Lösung, doch auf der Pariser Außenministerkonferenz am 1. Mai 1946 fiel eine andere Entscheidung: Die Brennergrenze blieb unangetastet.



Große Kundgebung der Ladiner am Sellajoch, 1946

Die Ladiner nach 1945

Im Zuge der Friedensverhandlungen mobilisierten sich die Ladiner für die Wiederherstellung der Ladinia, der Gemeinschaft der Dolomitenladiner, die seit 1927 auf die Provinzen Bozen, Trient und Belluno aufgeteilt war.

Am 16. Juli 1946 veranstaltete die Bewegung Zent Ladina Dolomites am Sellajoch eine Demonstration mit 3.000 Beteiligten. Doch im Pariser Vertrag wurden die Ladiner nicht erwähnt. Erst das Autonomiestatut von 1948 erkannte die ladinische Minderheit an und garantierte ihr den Gebrauch ihrer Muttersprache in Verwaltung und Schulwesen. Das Recht auf ladinische Schulen wurde in Südtirol aber nur schrittweise umgesetzt, im Trentino erst in den 1990er-Jahren.

Karl Gruber

* 1909, Innsbruck / † 1995, Innsbruck

Der Unterzeichner des Pariser Vertrags war bereits in jungen Jahren in sozialistischen Jugendgruppen und bei der katholischen Studentenverbindung Austria-Wien aktiv. 1938 entkam er der Gestapo und floh nach Berlin, wo er eine Widerstandsgruppe anführte. Nach Kriegsende ernannte ihn Leopold Figl am 20. Dezember 1945 zum Außenminister. Die Unterzeichnung des Pariser Abkommens und damit des Verzichts auf die Selbstbestimmung wurde ihm oft als Schwäche vorgeworfen. Bedeutend war seine Rolle bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag von 1955, mit dem das bis dahin besetzte Österreich seine Souveränität wiedererlangte.

Silvius Magnago

* 1914, Meran / † 2010, Bozen

Der „Vater der Autonomie“ wurde kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs geboren. Sein Vater, ein Richter, stammte aus Rovereto, die Mutter kam aus Bregenz. Der Besuch einer deutschen Schule war ihm nur kurz vergönnt, weshalb er beim Verfassen deutscher Briefe oft seine Frau Sofia Cornelissen um Hilfe bat.

Seinen Militärdienst leistete er ab 1936 in Palermo und Rom, gleichzeitig studierte er Rechtswissenschaften in Bologna. 1943 meldete er sich freiwillig für den Krieg in Russland. „Ich sitz da im Büro, und die anderen verbluten an der Front, das wäre mir zu schäbig gewesen“, meinte er in einem Interview Jahre später. 1948 wurde er Vizebürgermeister von Bozen, später Landtagspräsident und 1960 Landeshauptmann. Den BAS und die Forderung nach Selbstbestimmung lehnte er als kontraproduktiv ab. Er bekannte sich uneingeschränkt zur Autonomie. 1989 kandidierte er nicht mehr und trat nach 29 Jahren an der Spitze des Landes von der politischen Bühne ab.



◀ *Silvius Magnago spricht auf der Kundgebung auf Schloss Sigmundskron, 17. November 1957*

▼ *Handschlag zwischen dem unterlegenen Paketgegner Peter Brugger und Silvius Magnago im Meraner Kursaal, 22. November 1969*



Die „unvollständige“ Autonomie

Am 2. Februar **1948** trat das Erste Autonomiestatut in Kraft. Die meisten Kompetenzen lagen bei der Region Trentino-Tiroler Etschland. Für Südtirol entpuppte sich das Statut als Scheinautonomie, denn auf der Ebene der Region konnten Südtiroler Anliegen kaum durchdringen. Ein heikles Thema war die immer stärkere Einwanderung aus Italien. Kanonikus Michael Gamper sprach vom „Todesmarsch“ der deutschen Südtiroler – Degasperis konterte, dass es in Südtirol ohnehin nur italienische Staatsbürger gebe. Die SVP forderte eine Landesautonomie: „Los von Trient“ war das Motto der historischen Kundgebung auf Schloss Sigmundskron, bei der Parteiohnbmann Silvius Magnago am 17. November 1957 vor 35.000 Menschen sprach.

Bomben und Diplomatie

1956 entstand um Sepp Kerschbaumer der Befreiungsausschuss Südtirol (BAS), der Anschläge auf Strommasten und Symbole der italienischen Staatsmacht verübte. Österreichs Außenminister Bruno Kreisky brachte **1960** die Südtirolfrage vor die UNO. Diese beschloss am 31. Oktober eine Resolution, die Italien und Österreich zu bilateralen Gesprächen aufforderte. Inzwischen plante der BAS weitere Attentate: In der sogenannten Feuernacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 wurden in Südtirol über 40 Strommasten gesprengt. Es folgte eine zweite UN-Resolution, die jene vom Vorjahr bekräftigte.

Das umkämpfte Paket

1961 tagte erstmals die Neunzehnerkommission (elf Italiener, sieben Südtiroler, ein Ladiner), die Vorschläge für die Überarbeitung des Statuts von 1948 machen sollte. Diese bildeten **1969** die Basis für das Südtirolpaket: eine Liste von 137 Vorkehrungen zur Verbesserung der Autonomie. Bei der Landesversammlung der SVP am 22. November 1969 im Meraner Kurhaus wurde über die Annahme des Pakets entschieden. Die Partei war gespalten. Silvius Magnago befürwortete das Abkommen und stellte an diesem denkwürdigen Tag sein rhetorisches Talent unter Beweis: Um drei Uhr nachts wurde es mit einer Mehrheit von 52,9 Prozent angenommen. Am 29. November 1969 segneten die Außenminister Kurt Waldheim und Aldo Moro das Paket auf zwischenstaatlicher Ebene ab.

Aldo Moro

* 1916, Maglie / † 1978, Rom

Aldo Moro war Christdemokrat und aktiver Befürworter des Pakets. Er war Silvius Magnago stets ein verständnisvoller Gesprächspartner. Als Außenminister gab er 1969 sein Einverständnis zum Operationskalender und ermöglichte damit die Erfüllung des Zweiten Autonomiestatuts. Auch spielte er eine bedeutende Rolle im sogenannten Historischen Kompromiss der 1970er-Jahre, als die DC erstmals eine Linksöffnung in Richtung Kommunistische Partei vollzog.

Moro kam in Apulien zur Welt. Er studierte Rechtswissenschaften und wurde 1948 Staatssekretär, dann Justizminister und schließlich Bildungsminister. 1963 bildete er als Ministerpräsident die erste Mitte-links-Regierung Italiens. Auf seiner Agenda standen wichtige Sozialreformen und die Dezentralisierung der Verwaltung. Seine konziliante Politik stieß vor allem im linksextremen Lager auf Kritik. Am 16. März 1978 wurde er von der Terrorgruppe Brigate Rosse entführt und später ermordet.



Bruno Kreisky

* 1911, Wien / † 1990, Wien

Der Staatsmann war 13 Jahre – und damit so lange wie kein anderer – österreichischer Bundeskanzler (1970–1983). Bereits als Schüler engagierte er sich in sozialistischen Zirkeln. Als Student der Rechtswissenschaften an der Universität Wien kritisierte er offen den Austrofaschismus; das brachte ihm 1936 eine einjährige Haftstrafe ein. Aus Angst vor Verfolgung – Kreisky war Jude – floh er 1938 nach Schweden. 1951 kehrte er nach Wien zurück, 1959 wurde er Außenminister. In seiner Amtszeit fand in der Südtirolfrage erstmals ein konstruktiver Dialog zwischen Italien und Österreich statt. Für Südtirol wichtig war sein Treffen mit Giuseppe Saragat 1964 in Genf, bei dem beide die Vorschläge der Neunzehnerkommission als Verhandlungsbasis für das spätere Paket akzeptierten.



1970–1989: *Die Autonomie lebt*

Das Zweite Autonomiestatut und seine Auswirkungen

1972 entstand die Autonome Provinz Bozen. Eine autonome Landesverwaltung musste in vielen Bereichen erst aufgebaut werden. Das neue Selbstbewusstsein des deutschsprachigen Südtirol sorgte bei der italienischen Bevölkerung für Verunsicherung. Die 68er-Bewegung bescherte dem Land zusätzliche politische und soziale Umbrüche.

- ▼ Die Sechserkommission 1979, von links Roland Riz, Alfons Benedikter, Mario Marosu, Alcide Berloff, Franco Gravina, Silvio Nicolodi
- ▼ Nachrichtensprecher und -sprecherin der deutschsprachigen Rai, 1966

Schrittweise zur Autonomie

Das Ja zum Paket entkrampfte das Verhältnis zwischen Rom und Wien: Nach dem Veto von 1967 befürwortete Italien 1969 den Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Für Südtirol einigten sich die Staaten auf einen Operationskalender zu einer Verwirklichung der Autonomie in Etappen.

Die Umsetzung des Pakets war an die Durchführungsbestimmungen gebunden, die ab **1971** von zwei Kommissionen erarbeitet wurden: der Zwölferkommission für die Belange der Region und der Sechserkommission für die Provinz Bozen. Beide standen unter dem Vorsitz von Alcide Berloff.



Lidia Menapace

* 1924, Novara / † 2020, Bozen

Partisanin, Feministin, Pazifistin: Lidia Menapace, die erste italienische Politikerin im Südtiroler Landtag, war vielseitig engagiert. Lidia Brisca wurde religiös erzogen, als Mitglied einer Partisanenstaffel im Krieg lehnte sie das Tragen einer Waffe ab. 1945 schloss sie das Literaturstudium in Mailand ab, 1952 erfolgte der Umzug nach Bozen, 1964 wurde sie Landesrätin für soziale Fürsorge und Gesundheit. Politisch orientierte sie sich zunehmend nach links, 1968 verließ sie die DC und trat der Kommunistischen Partei bei. 1969 war sie Mitbegründerin der Tageszeitung „il manifesto“, wodurch sie ihre Stelle als Dozentin an der Università Cattolica del Sacro Cuore in Mailand verlor. Ab 1996 war sie Mitglied der staatlichen Kommission für Chancengleichheit.

Waltraud Gebert Deeg

* 1928, Blumau / † 1988, Bruneck

1964 wurde Waltraud Gebert Deeg zusammen mit Lidia Menapace als eine der ersten beiden Frauen in den Südtiroler Landtag gewählt und baute in der Folge im Rahmen der entstehenden Landesverwaltung das Sozial- und Gesundheitswesen in Südtirol auf. Die Älteste von zehn Kindern maturierte 1947 an der Lehrerbildungsanstalt in Meran. Ihre Eltern starben früh, weshalb sie die Verantwortung für die minderjährigen Geschwister übernehmen musste. 1958 wurde sie Landesleiterin der Frauen im Katholischen Verband der Werktätigen (KVW), ab 1966 stand sie an der Spitze der neu gegründeten SVP-Frauenbewegung. Von 1964 bis 1984 wirkte sie als Landesrätin, schließlich – bis zu ihrem Tod – als Präsidentin des Südtiroler Landtags.

1972: Das Land Südtirol

Am 20. Januar **1972** trat das Zweite Autonomiestatut in Kraft. Das „Los von Trient“ wurde Wirklichkeit. Die meisten Kompetenzen wurden an die beiden Provinzen übertragen und die Region trug fortan den Namen „Trentino-Südtirol“. Volkswohnbau, Denkmalpflege, Naturschutz – Südtirol übernahm viele vormals staatlich regulierte Bereiche. Das Ladinische wurde als dritte Landessprache anerkannt, und im Landtag war ein Sitz für die ladinische Sprachgruppe verpflichtend vorgesehen. Die Ladiner der Provinz Belluno blieben vom Schutz der Autonomie ausgeschlossen.

Sag „Du“ zu Südtirol!

Dieses Motto sollte in den 1970er-Jahren ausländische Gäste nach Südtirol locken. Der Tourismus boomte: 1970 gab es 70.000 Betten im Land, 1979 waren es bereits 120.000. Der Südtiroler Begriff „Törggelen“ wurde **1973** in den Duden aufgenommen. Die Autobahn A22 verband Südtirol ab 1972 mit dem deutschen Sprachraum, TV und Radio zogen nach: Für den legalen Empfang ausländischer

Sender entstand 1975 die Rundfunkanstalt Südtirol (RAS). Das Kapital für die Modernisierung gab es durch die Autonomie, die dem Land einen großen Teil der in Südtirol erbrachten staatlichen Steuern sicherte. Die Gelder flossen in Handwerk, Industrie und Sanität. Mit dem Ressort Soziales und Gesundheitswesen wurden die beiden ersten Frauen im Landtag Lidia Menapace und Waltraud Gebert Deeg betraut.





▲ Südtirols erstes Open-Air, Schlossberg-Festival in Bruneck am 15. August 1970

Ein offenes Südtirol

1969 rief der Autor Norbert C. Kaser dazu auf, den Tiroler Adler „wie einen Gigger zu rupfen“: 1968 war auch in Südtirol angekommen. Sprachrohr der Bewegung war die Zeitschrift „die brücke“, die auch eine Universität für Südtirol forderte. Bischof Joseph Gargitter war beispielsweise für die Universität, die SVP großteils dagegen. Für weiteren Zündstoff sorgte **1974** das Referendum zur Aufhebung des gerade erst eingeführten Scheidungsgesetzes. In Bozen gingen die Aktivistinnen Lidia Menapace und Andreina Emeri dagegen vor. Letztlich verfehlte der Volksentscheid sein Ziel. Umbruchstimmung war auch in der Politik zu spüren: 1978 zog Alexander Langer mit einer links-alternativen (später grünen) Liste in den Südtiroler Landtag ein.

Autonomie als Spannungsfeld

Zwischen 1979 und 1983 amtierten in Italien neun verschiedene Regierungen. Die Umsetzung des Operationskalenders stockte, das Vertrauen in das Statut sank. Bei der italienischen Bevölkerung führte der Verlust von Privilegien aufgrund des ethnischen Proporz und der Zweisprachigkeitspflicht im öffentlichen Dienst zu einem gefühlten Unbehagen, dem *disagio*. Die Fronten verhärteten sich: **1984** trugen Südtiroler Schützen eine Dornenkrone als Symbol für das durch die Landesteilung verursachte Leid durch Innsbruck – 1986 nahmen in Bozen 2.000 Personen an einer Demonstration des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) teil, der die Südtiroler zur „Heimkehr“ nach Österreich aufforderte.

Die 1980er-Jahre: Gewalt und Glasnost

Eine neue Terrorwelle mit italienischen und Tiroler Bomben setzte ein: Am 31. März 1978 erfolgte ein Attentat auf das Beinhaus von Burgeis und am 23. Juli 1978 wurde ein Anschlag auf die Villa von Landeshauptmann Silvius Magnago verübt. Zwischen 1986 und 1988 fanden fast 50 Anschläge statt. Die Gruppe „Ein Tirol“ brachte gezielt Menschenleben in Gefahr. In den Südtiroler Bombenjahren zwischen 1956 und 1988 fanden 364 Anschläge statt, das geht aus einer Auflistung der Bozner Staatsanwaltschaft hervor. Im selben Dokument sind auch die Namen von 21 Todesopfern gelistet. Italien wollte der Gewalt mit einer rascheren Umsetzung des Pakets entgegenwirken. Die SVP blockte aus Angst vor einer Verwässerung der Autonomie ab. Erst **1988** einigten sich Bozen und Rom auf den definitiven Abschluss des Pakets – eine von Magnagos letzten Amtshandlungen. 1989 wurde Luis Durnwalder neuer Landeshauptmann.



Alcide Berloff

* 1922, Sardinia / † 2011, Bozen

Einen Großteil seiner politischen Laufbahn widmete Berloff der Paketpolitik und ihrer Umsetzung. Er gilt deshalb als der „italienische Vater der Autonomie“. 1928 zog seine Familie aus dem Trentino nach Bozen. Nach dem Krieg trat er der DC bei, ab 1948 saß er mit Silvius Magnago im Bozner Gemeinderat. 1953 erfolgte der Umzug nach Rom, wo er Aldo Moro in der Südtirolfrage beratend zur Seite stand. 1961 wurde er zum Mitglied der Neunzehnerkommission ernannt. In den folgenden Jahren trug er wesentlich zur Ausgestaltung der Südtirol-Autonomie bei. Seine Arbeit wurde von italienischen Rechtsparteien als unpatriotisch diffamiert, und selbst die DC stand nicht immer hinter ihm. An seinem Einsatz für die Autonomie änderte das nichts. 1993 erhielt Berloff als erster italienischsprachiger Südtiroler das Ehrenzeichen des Landes Tirol.



Alexander Langer

* 1946, Sterzing / † 1995, Pian dei Giullari

„Alexander Langer Sau Walsche“, schmierte die Terrorgruppe „Ein Tirol“ 1986 an eine Wand. Damals erschien seine Vision des friedlichen Zusammenlebens der Sprachgruppen vielen als utopisch. Alexander Langer war seiner Zeit voraus.

Nach der Matura studierte er Rechtswissenschaften in Florenz, 1968 schloss er mit einer Arbeit über die Südtiroler Autonomie ab. Er war publizistisch tätig, u. a. für die Bewegung Lotta Continua, 1969 zählte er zu den Mitbegründern der zweisprachigen Zeitschrift „die brücke“. Politisch wollte er mit der Liste Neue Linke/ Nuova Sinistra die „kulturelle Apartheid“ Südtirols überwinden. Ab 1989 vertrat er die italienischen Grünen im Europaparlament. Die Katastrophe der Jugoslawienkriege prägte seine letzte Lebensphase. 1999 wurde ihm zu Ehren die Alexander-Langer-Stiftung gegründet, die sein Erbe und seine Ideen in die Zukunft trägt.

- Zusammenstoß zwischen Neofaschisten und Schützen bei deren Kundgebung gegen die Renovierung des Siegesdenkmals, 20. Mai 1991
- Anschlag der Gruppe „Ein Tirol“ auf das Rai-Gebäude in Bozen, 17. Mai 1988

1989–2022: *Blütezeit der Autonomie*

Südtirol auf dem Weg ins neue Jahrtausend

1989 fiel der Eiserne Vorhang, was zu einer merklichen Entspannung der internationalen Beziehungen führte. Auch in Südtirol brach mit dem neuen Landeshauptmann Luis Durnwalder eine Zeit des Dialogs an. Was Magnago und seine Mitstreiter mühsam aufgebaut hatten, konnte sich nun in der Realität bewähren.

Die UNO-Botschafter Österreichs und Italiens, Peter Hohenfellner und Vieri Traxler, überreichen dem UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Streitbeilegungserklärung, New York, 19. Juni 1992



1992: Ein historisches Ende

Die UN-Resolution von 1960 hatte einen Streitfall zwischen Italien und Österreich eröffnet, den nur eine bilaterale Streitbeilegung schlichten konnte. Voraussetzung war, dass beide Staaten den Abschluss des Pakets anerkannten.

Um 1990 wurden die letzten Paketpunkte umgesetzt, u. a. die Gleichstellung aller Landessprachen vor Gericht und Polizei. Magnago befand, es sei „nix mehr herauszuholen“. Am 30. Mai 1992 stimmte die SVP mit fast 83 Prozent für den Paketabschluss. Am 19. Juni **1992** nahm die UNO die formelle Streitbeilegungserklärung in der Causa Südtirol entgegen.



◀ Redaktionsstreik am Sitz des Wochenmagazins „FF“, Frühjahr 1993

▲ Gemeinsamer Stand der Euregio auf der Expo in Hannover, Sommer 2000

Gute Nachrichten

Seit 1945 gab es zwei tonangebende Tageszeitungen im Land: „Dolomiten“ und „Alto Adige“. Lange verstanden sie sich als Vertreterinnen ihrer Sprachgruppe, mit einer oft einseitigen Berichterstattung. Erst die 1990er-Jahre führten zu einem Tauwetter und zu einer größeren Medienvielfalt. Bereits seit 1980 gab es das Wochenmagazin „FF“, 1988 erschien erstmals die Tageszeitung „il mattino“, die 2003 eingestellt und vom „Corriere dell’Alto Adige“ abgelöst wurde. **1996** ging „Die Neue Südtiroler Tageszeitung“ an den Start. Die ladinische „La Usc“ besteht seit 1972, zudem gibt es ladinische Radio- und Fernsehprogramme auf Rai Südtirol. Neben den italienischen Programmen der Rai wurde das deutschsprachige Programm stetig ausgebaut. Seit dem Jahr 2000 produziert der Österreichische Rundfunk die Nachrichtensendung „Südtirol Heute“, seit 2013 ist das zweisprachige Nachrichtenportal „salto.bz“ online.

Innsbruck – Bozen – Trient

1995 bezogen Südtirol, Tirol und das Trentino in Brüssel ein gemeinsames Europabüro. Rom und Wien hatten anfänglich Bedenken, doch mit dem Beitritt Österreichs zum Schengenraum verlor das grenzüberschreitende Projekt ab 1998 an politischer Brisanz. Bei der Expo 2000 in Hannover bespielten die drei Länder einen gemeinsamen Stand.

Am 14. Juni 2011 unterzeichneten die drei Landeshauptleute die Gründungsverträge der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, kurz Euregio. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind Wirtschaft, Bildung, Nachhaltigkeit und Transit.



Im Zeichen des Fortschritts

Ein Plus an Autonomie

Südtirol blühte wirtschaftlich wie kulturell auf, und ab 1996 kam es unter Ministerpräsident Romano Prodi sogar zu einem unverhofften Ausbau der Autonomie. Im Jahr 2000 hatte Südtirol eine Arbeitslosenrate von zwei Prozent, also Vollbeschäftigung. Aufgrund der prekären Finanzlage überließ der Staat dem Land freiwillig teure Kompetenzen, u. a. die Staatstraßen und das Schulwesen. Eine weitere Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen brachte die Verfassungsreform von 2001. Im Jahr **2009** schuf schließlich das Mailänder Abkommen eine solide Basis für Südtirols Finanzautonomie. Als Rom 2017 eigenmächtig aus der Landeskasse schöpfen wollte, wandte sich die Landesregierung erfolgreich an das Verfassungsgericht.

1997 war Landeshauptmann Luis Durnwalder Gründungspräsident der Freien Universität Bozen. Damals auf zwei Studiengänge begrenzt, verfügt sie mittlerweile über drei Standorte und fünf Fakultäten. Die Europäische Akademie Bozen, heute Eurac Research, wurde bereits 1992 gegründet und zählte bei der Gründung zwölf Angestellte. Im Jahr 2002 zog die Forschungseinrichtung ins ehemals faschistische GIL-Gebäude an der Bozner Drususbrücke. Aktuell beschäftigt sie über 500 Mitarbeitende in den Bereichen Sprachwissenschaften, Biodiversität, Mumienforschung und anderen mehr. Universität und Eurac sind auch am Innovationsstandort NOI Techpark Südtirol vertreten, der seit **2017** das Networking zwischen jungen Start-ups und etablierten Institutionen fördert.

► Grundsteinlegung für das neue Gebäude der Universität Bozen am 10. Mai 2000, von links: Landesrat Aloys Kofler, Bürgermeister Giovanni Salghetti-Drioli, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Vizepräsident des Universitätsrates Friedrich Schmidl und Bischof Wilhelm Egger
 ▲ Ausstellung zum entschärften Siegesdenkmal, Juli 2014



Alois „Luis“ Durnwalder

*1941, Pfalzen

Die Ära Durnwalder steht in Südtirol für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Er suchte den Dialog mit allen Sprachgruppen, was ihm bei den Wahlen von 1998 und 2003 jeweils über 100.000 Vorzugsstimmen einbrachte.

Luis Durnwalder studierte an der Universität für Bodenkultur in Wien, war Vorsitzender der Südtiroler Hochschülerschaft, wurde 1967 zum Direktor des Südtiroler Bauernbundes bestellt und zog 1973 in den Landtag ein. Ab 1978 hatte er als Mitglied der Landesregierung das Ressort Landwirtschaft inne, ehe er von 1989 bis 2013 das Amt des Landeshauptmanns bekleidete. Fast täglich stand seine Bürotür ab sechs Uhr morgens all jenen offen, die ein persönliches Gespräch mit ihm suchten. Viele Großprojekte wurden unter seiner Ägide vorangetrieben, u. a. die Schnellstraße Meran-Bozen (MeBo), der Flughafen Bozen, die Gärten von Schloss Trauttmansdorff in Meran und der Brenner Basistunnel. Auch in anderen Bereichen wie etwa Wohnbau, Bevölkerungsschutz und Vereinsweisen oder der Erschließung des ländlichen Raums wurde viel erreicht.

Gemeinsam(e) Geschichte schreiben

Seit 2014 feiert Südtirol am 5. September den Tag der Autonomie. Ebenfalls 2014 wurde unter dem umstrittenen Siegesdenkmal in Bozen das Dokumentationszentrum zur jüngeren Geschichte Südtirols eröffnet. 2017 folgte die Entschärfung des Mussolini-Reliefs am Bozner Gerichtsplatz durch den Satz der Philosophin Hannah Arendt: „Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen.“

2019 beging man zwei Gedenktage: 100 Jahre Vertrag von Saint-Germain und 50 Jahre Paket. Auf Schloss Tirol fand ein Festakt mit dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella, dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher statt. Im Anschluss wurden in Bozen Symbolorte der Südtiroler Geschichte besucht: die Stelle, an der Franz Innerhofer ermordet wurde, und das ehemalige NS-Durchgangslager in der Reschenstraße.

Staatspräsident Sergio Mattarella und Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Mahnmal an der Mauer des ehemaligen Durchgangslagers Bozen, 23. November 2019



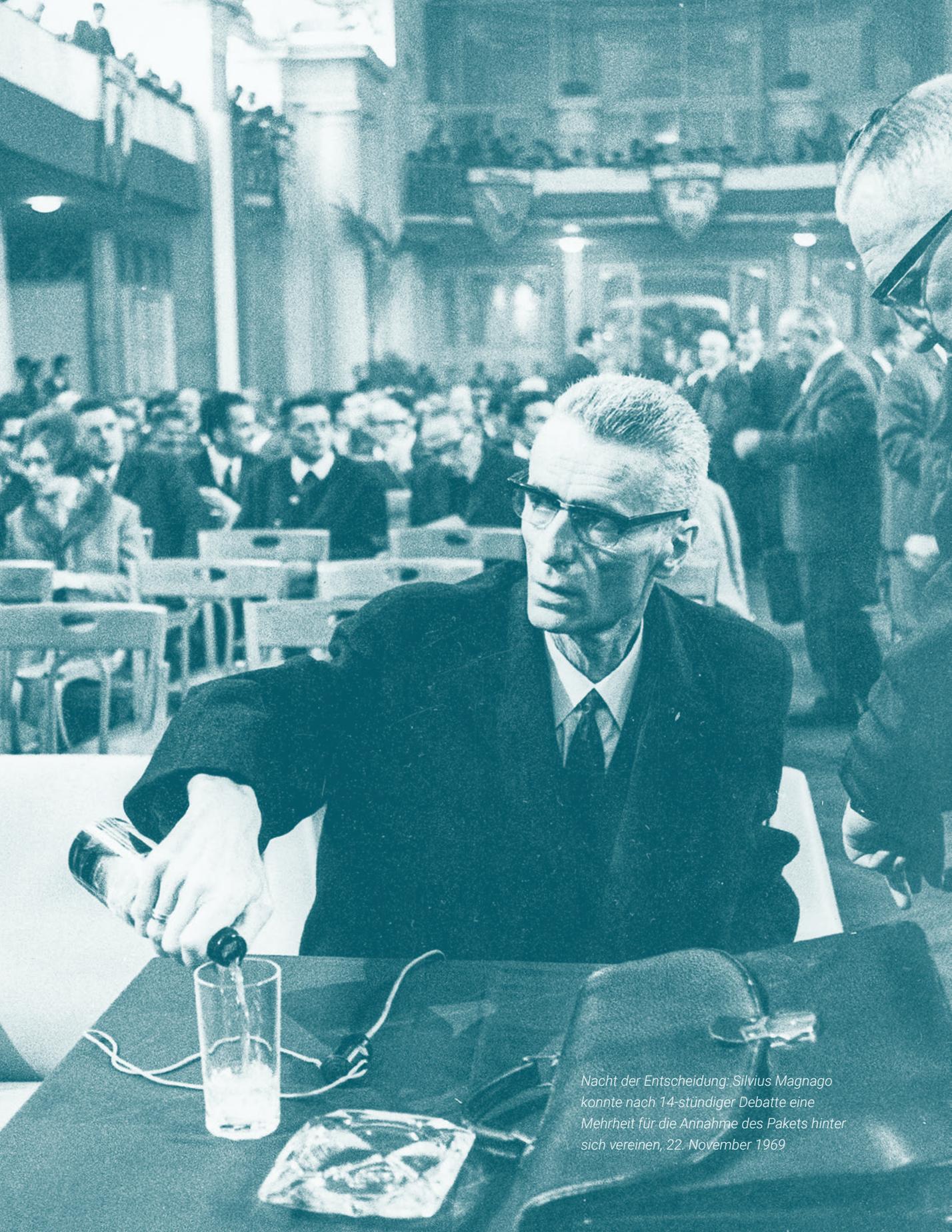
Mit der Annahme des Südtirolpakets 1969 durch die SVP-Landesversammlung sowie der Zustimmung im italienischen Parlament und im österreichischen Nationalrat war die politische Grundlage für das Zweite Autonomiestatut gelegt. Das Land Südtirol wurde mit einer Fülle von teils primären, teils sekundären Gesetzgebungszuständigkeiten und Verwaltungsbefugnissen ausgestattet. Nach dem unbefriedigenden Statut von 1948 sollten damit die jahrzehntelangen Konflikte befriedet und die ethnischen Minderheiten geschützt werden.

2

Autonomie ist ein offener Aushandlungsprozess

Etappen und Orientierungen
ab 1972

Hans Karl Peterlini



Nacht der Entscheidung: Silviu Magnago konnte nach 14-stündiger Debatte eine Mehrheit für die Annahme des Pakets hinter sich vereinen, 22. November 1969

Der nüchterne Beginn eines Kraftaktes

Die neue Ära der Autonomie begann unaufgeregt. Eher zufällig fand am Tag des Inkrafttretens des neuen Autonomiestatuts, dem 20. Jänner 1972, eine Sitzung des Südtiroler Landtags statt. Der historische Moment wurde lediglich in den einleitenden Worten von Landtagspräsident Silvio Nicolodi erwähnt: „Wir müssen und wollen uns anstrengen, damit das in uns gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht wird.“ Nicht Jubel und Hurra, sondern Anstrengung und Vertrauen. Die Mahnung, das „in uns gesetzte Vertrauen“ nicht zu enttäuschen, kann in zwei Richtungen gelesen werden. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) hatte sich 1969 mit der Annahme des Pakets nur mühsam durchgerungen, dem Staat Italien zu vertrauen. Der Staat wiederum hatte gegen seine zentralistische Konzeption Südtirol weitreichende Selbstverwaltungsrechte eingeräumt und die dort lebenden Minderheiten anerkannt. Die Schutzinstrumente für die deutsche Sprachgruppe übertrafen und übertreffen ebenso wie die abgestuften Maßnahmen für die ladinische Bevölkerung europäische Standards.

Die Vertrauensübung lag für beide Seiten in der Erprobung einer administrativen Autonomie innerhalb eines Zentralstaates und der friedlichen Koexistenz einer nationalen Mehrheit mit sprachlichen Minderheiten. Es war zugleich ein Kraftakt.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Autonomiestatuts hatte der Landtag im Schnitt rund zehn Gesetze pro Jahr verabschiedet. Allein im ersten Jahr der neuen Ära der Autonomie stieg die Anzahl auf 47. Die Themenfelder reichten von historischen Reizthemen über gewerbliche Neuordnungen bis hin zu Weichenstellungen für die Zukunft: die Wiederherstellung deutscher Vornamen, die unter dem Faschismus italianisiert worden waren, der

Schutz der Alpenflora, das Pilzsammelgesetz, die Neuordnung des Friseurgewerbes, die Instandhaltung der Gemeindestraßen und die Stromversorgung.

Am Landeswohnbaureformgesetz, im Juli 1972 verabschiedet, lässt sich der Doppelcharakter der neuen Autonomie zwischen Wiedergutmachung und Zukunftsorientierung, zwischen Minderheitenschutz und sozialen, ökonomischen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten beschreiben: Zum einen ging es um die Ablöse der staatlichen Wohnbauförderung, die durch Bevorzugung der italienischen Bevölkerung als Motor der Zuwanderung empfunden worden war – diese war der Funke für die Großkundgebung auf Schloss Sigmundskron 1957 und ebenso für Attentate auf staatliche Rohbauten. Zum anderen bot das Gesetz neue Möglichkeiten für Sozialpolitik und Wohnraumplanung. Bald beherrschte die feierliche Übergabe der Schlüssel zu Sozialwohnungen die Tagesberichterstattung, während die Förderung von Genossenschaften und die Gewährung von günstigen Krediten breiten Bevölkerungsschichten die Chance auf Eigenheimbildung eröffneten.

Das ebenfalls 1972 genehmigte Landesraumordnungsgesetz zeigt auf einer anderen Ebene, wie ethnischer Schutzgedanke und Zukunftsgestaltung ineinandergriffen: Der restriktive Umgang mit Grund und Boden sollte neue Zuwanderung verhindern, bremste aber auch die Zersiedelung der Landschaft und den Raubbau an der Umwelt. Der Baubedarf wurde durch die Förderung von Altbausanierungen und die kontrollierte Ausweisung von Wohnbauzonen gedeckt und gleichzeitig in Grenzen gehalten. Während der Wohnbau in den stärker italienisch besiedelten Städten knappgehalten wurde, blühte die deutschsprachige Peripherie auf.

Aufgrund der Übernahme vieler zuvor staatlicher Verwaltungsbefugnisse schwoll der Landeshaushalt rapide an: von 77,2 Milliarden 1973 auf 103 Milliarden im Jahr 1974, während es im folgenden Jahr zu einer Verdoppelung auf 210 Milliarden kam. Gemessen am dürftigen Haushalt von 1961, dem Beginn der Autonomieverhandlungen, war die finanzielle Ausstattung der Autonomie auf mehr als das 20-Fache angestiegen. Um solche Summen und die damit verbundenen Aufgaben zu bewältigen, erließ der Landtag nahezu pausenlos neue Gesetze, während teilweise Amt für Amt aus dem Nichts aufgebaut wurde.

Die Vertrauensübung lag für beide Seiten in der Erprobung einer administrativen Autonomie innerhalb eines Zentralstaates.

Zugleich stand die Südtiroler Politik von Beginn an unter massivem Druck, die erworbenen Rechte abzusichern. Schon im Februar 1972 wurden erste, weil unzureichende Durchführungsbestimmungen zur Umsetzung der Autonomie vor dem Verfassungsgericht angefochten. „Rom nimmt mit der einen Hand wieder, was es mit der anderen gegeben hat“, kommentierte das SVP-Parteiorgan „Volksbote“ am 18. Mai 1972 die politisch einschneidende Rückverweisung des sogenannten Elektrogesetzes. Damit begann ein jahrzehntelanges

Feilschen um die Zuständigkeit für die Energieversorgung.

Ende 1972 waren von den 74 verabschiedeten neuen Landesgesetzen erst 13 in Kraft getreten. Landeshauptmann Silvius Magnago erinnerte in seiner traditionellen Weihnachtsansprache an sein Versprechen bei der Annahme des Pakets, „dass bei auch nur geringen Abstrichen – und solche Abstriche und Aushöhlungen können durch schlechte Durchführungsbestimmungen erfolgen – diese eben von der Landesversammlung beschlossene Zustimmung keine Gültigkeit mehr haben kann.“

Reihenweise kamen die neuen Landesgesetze aus Rom zurück. Selbst politisch unscheinbare Gesetze wie das Berufsalbum für Gärtner oder die Regelung zum Geschlossenen Hof wurden erst einmal abgelehnt. Für den langjährigen Landessekretär der Democrazia Cristiana (DC) Remo Ferretti war dies ein Zeichen, dass es nicht an der missgünstigen Haltung der Regierung lag, sondern an der Überforderung des römischen Beamtenapparats, dem der Gedanke einer autonomen Gesetzgebung völlig fremd war. Die SVP dagegen witterte politische Absicht. Noch wirkten die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nach. Das Südtirolpaket mit seinen 137 Maßnahmen, 25 untergeordneten Maßnahmen und 31 Fußnoten war in vielen Passagen ein Konstrukt des „institutionalisierten Misstrauens“ – so der Professor für Vergleichendes Öffentliches Recht Joseph Marko.

„Blumen auf dem Weg“

„Blumen am Wegesrand pflücken“ war eine beliebte Redewendung von Landeshauptmann Magnago, wenn es galt, in den Verhandlungen mit Rom sich bietende Gelegenheiten zu nutzen. Damit kommt auch Magnagos gleichermaßen geduldige wie beharrliche Haltung zum Ausdruck. Sehr bald geriet er damit aber innerhalb seiner Partei unter Druck. Die „Versandung“ des Pakets wurde zur wiederkehrenden Formel in politischen Reden. Zugleich schlug der Autonomiepolitik zunehmend offener Unmut aus der italienischen Bevölkerung entgegen.

1976 traten mit dem ethnischen Proporz und der Zweisprachigkeitspflicht im öffentlichen Dienst die für die SVP zentralen und zugleich strittigsten Schutzbestimmungen in Kraft. Sie betrafen spürbar die Interessen – und Privilegien – der italienischen Bevölkerung. Mit der Aufteilung der öffentlichen Stellen und Sozialwohnungen gemäß der Stärke der Sprachgruppen sollte langjähriges Unrecht wiedergutmacht werden. Waren die Staatsdienste bis dahin fast ausschließlich mit italienischem Personal besetzt, sollten nun zwei Drittel der deutschen Sprachgruppe vorbehalten sein, für die italienische Sprachgruppe nur mehr ein Drittel, für die ladinische Bevölkerung rund vier Prozent. Die Einforderung und Prüfung von Kenntnissen der zweiten Landessprache war für die italienische Bevölkerung, die bis dahin keine Veranlassung zum Deutschlernen gesehen hatte, wie eine Aussperrung vom öffentlichen Dienst, ihrem wichtigsten und bis dahin weitgehend exklusiven Arbeitsbereich. Mindestens ebenso empfindlich traf der Proporz die italienische Sprachgruppe im sozialen Wohnbau.

Da sich die politische Zustimmung zur Autonomie von italienischer Seite vorwiegend den Eliten der Mitte-links-Parteien verdankte, sah sich nun die zuvor nie einbezogene italienische Bevölkerung überrumpelt und verraten. Bei einer Unterschriftensammlung gegen das Autonomiestatut „als diabolisches Instrument zur Unterdrückung der italienischen Minderheit in Südtirol“ (Flugblatt) kamen 1985 in einem einzigen Monat 22.758 Unterschriften zusammen. Verschärft wurde die Wahrnehmung des Proporz durch den Aufholmechanismus, der die Erreichung eines ausgewogenen Verhältnis-



Dialog und Diplomatie:

▲ Sitzung des „Kontaktkomitees“ im Wiener Bundeskanzleramt: Silvio Magnago und der Bundeskanzler Bruno Kreisky, 29. Oktober 1979

▲ Treffen zwischen Silvio Magnago und dem italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Spadolini, Rom, 12. Oktober 1982

ses beschleunigen sollte: Waren 1976 nur 13,9 Prozent der Staatsstellen mit deutschen oder ladinischen Angestellten besetzt, sollte dieses Ungleichverhältnis bis 2002 ausgeglichen werden. Für die italienische Sprachgruppe bedeutete dies, dass sie in dieser langen Übergangsphase nicht ein Drittel, sondern nur sechs Prozent der zu vergebenden Stellen zugesprochen bekommen sollte. Bei vielen Ämtern, wo der italienische Überhang sehr groß war, bedeutete dies gar, dass über Jahre keine Position für die italienische Sprachgruppe frei wurde. Jede Stellenausschreibung sorgte entsprechend für böses Blut.

Mit dem ethnischen Proporz und der Zweisprachigkeitspflicht im öffentlichen Dienst traten die zentralen und zugleich strittigsten Schutzbestimmungen in Kraft.

*Aufbau der Autonomie: Ordentliche Sitzung
der Südtiroler Landesregierung, 1972*



Die deutsche und ladinische Bevölkerung war umgekehrt auf die Öffnung des staatlichen Arbeitsmarktes gar nicht vorbereitet. Der jahrzehntelange Ausschluss davon, die noch stark bäuerlich, handwerklich und vom Kleinhandel geprägte Wirtschaftsstruktur und ein bildungspolitischer Rückstand spielten zusammen: Es fehlte Personal mit Universitäts- oder Maturaabschluss für Führungspositionen in der Verwaltung. Die aufzubauende Landesverwaltung und nachgängig auch die Gemeindeverwaltungen erzeugten nun eine Sogwirkung, andererseits blieben Staatsbetriebe wie Post und Eisenbahn für viele eine fremde, zunächst wenig attraktive Welt.

Die Umsetzung des Proporztes erfolgte schleppend. Fünf Jahre nach Inkrafttreten, 1981, waren 80 Wettbewerbe für 2.081 Stellen ausgeschrieben worden, besetzt wurden nur 625 Stellen. Wettbewerbe wurden im letzten Moment abgesagt, bei der ärztlichen Untersuchung für Bewerber um Stellen bei der Bahn war die Ausschlussquote deutscher Südtiroler deutlich höher als jene der italienischen Bewerber. Schließlich wurde das Proporzdekret vorübergehend gänzlich außer Kraft gesetzt, weil es im Widerspruch zur Reform des Dienstrechtes der Staatsangestellten stehe. Die verzögerte Besetzung offener Stellen nutzten vor allem Bahn- und Postverwaltung, um Hilfskräfte aus anderen Regionen an den Wettbewerben vorbei nach Südtirol zu versetzen, womit paradoxerweise das Stellenkontingent für die italienische Sprachgruppe in Südtirol zusätzlich vermindert wurde.



Zündstoff Sprachgruppenerklärung: Protest gegen „ethnische Käfige“, 1981

„Option 1981“ und „ethnische Käfige“

Dass das gerade erst gewährte Recht schon in seiner Anfangsphase sabotiert wurde, kann das verhärtete Festhalten der SVP an einer akribischen Umsetzung der Autonomiebestimmungen zumindest teilweise erklären. Während Proporz und Zweisprachigkeitspflicht kaum umgesetzt und schon umstritten waren, standen andere wichtige Durchführungsbestimmungen noch ganz aus, so die Finanzregelung, der Gebrauch der deutschen Sprache vor Gericht, Polizei und in den Verwaltungsämtern, die Kompetenzregelung für Strom und Kommunikation. Der in Artikel 108 des Autonomiestatuts sehr optimistisch gesetzte Termin von zwei Jahren für den Erlass aller Durchführungsbestimmungen war bereits 1981 um sieben Jahre überzogen. Das Gefühl, dass die Autonomie hintertrieben werden sollte, machte auf deutscher Seite blind für eigene Verhärtungen, die sich erschwerend auf einen versöhnlichen Autonomieprozess auswirkten. Auf italienischer Seite kündigte sich jener *disagio* an, der als diffuses Gefühl von Unbehagen und Nicht-Zugehörigkeit noch lange eine aktive Einlassung der italienischen Bevölkerung auf die Mitgestaltung der Autonomie erschwerte.

Der Proporz wandelte sich in der politischen Debatte vom Verteilungsinstrument zum Teilungsinstrument. Auf deutschsprachiger Seite verstärkten sich Abgrenzungsbedürfnisse, verdichtet in der legendären Aussage des Landesrates für die deutsche Schule und Kultur Anton Zelger: „Je klarer wir trennen, desto besser verstehen wir uns.“ Dahinter stand die Idee einer Autonomie, die sich am besten durch sorgsames Auseinanderhalten der ethnischen Konfliktgruppen gestalten ließe: mit nach Sprachgruppen getrennten Schulen, Kultureinrichtungen, Bibliotheken, Vereinen. „Treff euch halt in der Bar“, antwortete Silvius Magnago auf die Kritik, dass damit die Begegnung und Aussöhnung der Bevölkerungsgruppen verhindert werde.

Sichtbar wurde der Stimmungsriss mit der Volkszählung 1981. Um den Proporz möglichst penibel anzuwenden, wurde die alle zehn Jahre fällige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung erstmals nicht mehr anonym, sondern namentlich eingefordert. Dies wurde damit begründet, dass sonst zu leicht geschwindelt werden könnte. So könnte sich jemand bei der Volkszählung als italienisch erklären, um die eigene Sprachgruppe zu

stärken, beim konkreten Stellengesuch sich dann aber als deutsch ausgeben. Politisch ging es für die SVP auch um ein offenes Bekenntnis zur eigenen Sprachgruppe.

Zwischen die Lager stellte sich die interethnische Bewegung um Alexander Langer. Durch den Vergleich mit der Option von 1939 und die Metapher der „ethnischen Käfige“ wurde die Sorge vor einer Spaltung der Gesellschaft zugespitzt und zur Verweigerung der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung aufgerufen. Langer wurde wegen seiner „Vermischungspolitik“ als „Totengräber“ der Südtiroler Minderheiten apostrophiert. Erschwert wurde die Verweigerung durch den damit automatisch erfolgenden Verlust jener Rechte, die über den Proporz geregelt wurden – auf Sozialwohnungen, auf öffentliche Stellen, auf das passive Wahlrecht in Gremien, für die eine nachträgliche Erklärung nicht vorgesehen war (für Landtag und Parlament schon, für den Gemeinderat nicht).



Stiller Protest: Schützen bei der 175-Jahr-Feier des Andreas-Hofer-Aufstandes in Innsbruck, 9. September 1984

Am Ende konnten nur 2,2 Prozent keine gültige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung vorweisen, weil sie diese entweder verweigert hatten oder eine ausländische Staatsbürgerschaft hatten. 64,9 Prozent erklärten

sich als deutschsprachig, 28,7 Prozent als Italiener, 4,1 Prozent als Ladiner. Die deutschsprachige Bevölkerung hatte gegenüber 1971 zwei Prozent zugelegt, die Ladiner um 0,4 Prozent. Die eher städtische italienische Sprachgruppe erlebte dagegen eine Kombination aus Pillen- und Autonomieknick. Daran entzündete sich die Sorge, welcher Platz ihr in einem autonomen Südtirol überhaupt noch zugestanden würde. „Die Autonomie darf kein Mittel sein, um die italienische Bevölkerung aus Südtirol zu vertreiben“, sorgte sich DC-Landessekretär Danilo Postal.

Das Fundament, auf dem die Autonomie gegründet worden war, geriet ins Wanken. Ein Symptom dafür war das Wiederaufflackern politischer Gewalt. Schon 1978 hatte es Anschläge mit „deutschen“ Zielen (Magnagos Villa, Seilbahnanlagen und andere) und „italienischen“ Zielen (zum Beispiel das Siegesdenkmal) gegeben. Ab 1984, dem Jahr des Tiroler Gedenkens an 1809, kam es zur Eskalation durch die Terrorgruppe „Ein Tirol“ mit dem vorgegebenen Ziel, den Abschluss des Pakets zu verhindern und den Weg für die Selbstbestimmung offen zu halten. Die Anschläge hatten keinen politischen Rückhalt, um den ehemaligen Attentäter der späten 1960er-Jahre Karl Außerer hatte sich eine Mischung aus geblendeten Patrioten, angeheuerten Kriminellen und Agents Provocateurs gebildet. Sie endeten 1988 mit der Verhaftung Außerers.

Auf italienischer Seite gab es einen politischen Rechtsruck. Die in Italien nahezu bedeutungslose faschistische Nachfolgepartei MSI wurde in Bozen bei den Gemeindewahlen 1985 stärkste italienische Partei, ebenso bei den Parlamentswahlen 1987 und schließlich auch bei den Landtagswahlen 1988. Auf deutscher Seite wandelte sich der ursprünglich SVP-nahe Heimatbund 1983 zu einer eigenständigen politischen Bewegung mit dem Ziel eines Freistaates Südtirol. Die separatistische Bewegung erlebte manches Auf und Ab, schaffte jedoch (zuletzt über die Partei Südtiroler Freiheit) nie den Durchbruch gegen die autonomiebejahenden Kräfte.

Erst allmählich wurden die Konfliktthemen entschärft. Steigender Wohlstand und über Jahre eine De-facto-Vollbeschäftigung nahmen dem Proporz seine politische

Generationen- und Paradigmenwechsel

Brisanz. Der Aufholmechanismus der deutschen Sprachgruppe fand nach Erreichen des Proporz ein natürliches Ende, auch wurden Stellen einer Sprachgruppe, wenn sie nicht besetzt werden konnten, an die andere abgetreten – mit einer Gutschrift für künftige Ausschreibungen. Zudem bewirkte der Proporz auf einer praktischen Ebene die interethnische

Das Gefühl, dass die Autonomie hintertrieben werden sollte, machte auf deutscher Seite blind für eigene Verhärtungen.

Begegnung an früher rein italienischen Arbeitsplätzen. Da der Staatsdienst durch Privatisierung und Personalabbau gegenüber den Stellen bei Land und Gemeinden an Bedeutung verloren hat, stellt der Proporz in Domänen mit deutscher Mehrheit mittlerweile eher eine Arbeitsplatzgarantie für die italienische Bevölkerung dar. Im sozialen Wohnbau wurde zusätzlich zum ethnischen Vergabeschlüssel das Prinzip des persönlichen Bedarfs eingeführt. Diese Entspannung ermöglichte schließlich auch Lockerungen bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Die über Jahrzehnte umstrittene Regelung verlor dadurch ihre schärfsten Spitzen. Schon zuvor hatte auch der Widerstand dagegen nachgelassen: Als Alexander Langer 1995, wenige Monate vor seinem Suizid, wegen seiner nicht abgegebenen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung von einer Kandidatur für das Bozner Bürgermeisteramt ausgeschlossen wurde, blieb er mit seinem Protest weitgehend ungehört.

Die Autonomie ging, auch durch ihre finanzielle Ausstattung und die damit verbundenen Gestaltungs- und Fördermöglichkeiten beflügelt, mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einher. Der aufblühende Tourismus und der Aufbau moderner Handwerks- und mittelständischer Industriebetriebe kamen zunächst stärker den deutsch- und ladinischsprachigen Gebieten zugute, schufen aber letztlich eine Prosperität, von der alle Sprachgruppen profitierten.

Mit dem Abtritt von Silvius Magnago 1989 erlebte Südtirol einen politischen Stilwechsel. Mit dem großen alten Mann der Südtirolpolitik rückten zwei weitere Symbolfiguren der ersten Ära der Autonomie in den Hintergrund, Anton Zelger durch Verzicht auf eine weitere Kandidatur und der für seine restriktive Raumordnungspolitik geschätzte, bei Teilen der Wirtschaft aber auch kritisierte Alfons Benedikter durch den Wechsel in die Opposition. Luis Durnwalder trat als Landeshauptmann der Öffnung auf. Es gelang ihm, die italienische Bevölkerung anzusprechen und teilweise für die Autonomie zu gewinnen. Hemdsärmelig schob er die asketische Arbeitsweise seiner Vorgänger zur Seite, lockerte die strengen Raumordnungsbestimmungen, öffnete einem Forscher Wirtschaften Tür und Tor. Nach jahrelanger Ablehnung einer Universität in Südtirol, die als intellektuelles Kolonialisierungsinstrument Roms beargwöhnt und abgelehnt worden war, wandelte sich Durnwalder zum Gründer der Freien Universität Bozen.

Öffnungen, wenn auch zaghafter Natur, gab es in den sprachpolitisch sensiblen Bereichen Schule und Kindergarten.

Mit der Einsicht, dass ihre Kinder für eine gute Zukunft in Südtirol Deutsch lernen sollten, begannen italienische Eltern, sie in deutsche Kindergärten und Grundschulen einzuschreiben. Ihrer Forderung nach zwei- oder mehrsprachigen Angeboten wurde nicht stattgegeben. Wohl aber gab es schrittweises Entgegenkommen, so (private) Deutschkurse in italienischen Kindergärten und die Erlaubnis zur Erhöhung des Zweitsprachenanteils im Fächerunterricht an den Schulen.

Die künftige Bildungspolitik sieht sich mit den Anforderungen einer wachsenden Zahl zweisprachiger Familien und der jüngeren Migrationsbewegungen konfrontiert: Das auf drei getrennte Sprachgruppen ausgerichtete Autonomiemodell muss sich mit einer transkulturellen europäischen Realität auseinandersetzen. Der Rückgang der Italienischkenntnisse in der deutschen Bevölkerung bei gleichzeitigem Stagnieren der Deutschkenntnisse in der italienischen Sprachgruppe lässt annehmen, dass der Wert der Sprachenvielfalt verkannt wird. Ermutigend ist der Umstand, dass die ladinische Bevölkerung mit ihrer paritätischen Schule beide Zweitsprachen auf beachtlichem Niveau erlernt und die eigene Sprache trotz ihrer Randlage lebendig halten konnte.

Die Autonomie ging, auch durch ihre finanzielle Ausstattung, mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einher.

Die Jahrtausendwende mit tiefgreifenden Entwicklungen – Globalisierung, neoliberalen Wirtschaftstrend, Euroeinführung, Finanzkrise – ließ auch ein Schutzsystem wie die Südtirol-Autonomie nicht unberührt. Mit dem Paketabschluss von 1992 und der gemeinsamen Streitbeilegungserklärung von Österreich und Italien zur Beendigung des seit 1960 vor der UNO behängenden Konflikts wurde der erreichte Autonomiestatus im Rahmen des Möglichen international abgesichert. Zugleich bewährte sich das Konzept einer dynamischen Autonomie, die sich neuen Verhältnissen anpassen muss. Mit

der Reform der italienischen Verfassung 2001 konnten auch auf die autonomen Provinzen die allen Regionen gewährten neuen Kompetenzen ausgedehnt werden. Für Südtirol brachte dies neue Zuständigkeiten, etwa im Bereich der Energie, der Wissenschaft und Forschung, der internationalen Beziehungen und Abkommen, des Außenhandels, des Arbeitsschutzes, des Zivilschutzes, der Schule, des Sports, der zivilen Flughäfen und (über die Region) des Rentenwesens. Das Prinzip der Überprüfung von Landesgesetzen wurde umgedreht: Nicht mehr die Regierung weist zurück und das Land muss vor das Verfassungsgericht gehen, sondern die Gesetze treten in Kraft und die Regierung kann gegebenenfalls dagegen klagen. Allerdings räumte das Verfassungsgericht dem Staat bei übergeordneten Interessen auch sogenannte transversale Zuständigkeiten ein. Bei Verletzung internationaler Abkommen oder Gefahr in Verzug kann die Regierung durch die „Ersetzungsbefugnis“ auch direkt in Autonomiebereiche eingreifen.

Ähnliches gilt für die Finanzregelung. Mit der Reform von 1989 erhielt das Land rund 90 Prozent der in Südtirol anfallenden Steuern. Da der Staat weiterhin Ausgaben in Südtirol tätigte, bedeutete dies praktisch eine Überfinanzierung. In Folge der Finanzkrise drängte der Staat auf eine Anpassung. Mit dem noch in der Ära Durnwalder 2009 abgeschlossenen Mailänder Abkommen konnte die Finanzregelung abgesichert werden: Südtirol erhielt einen fixen Anteil von 90 Prozent des Steueraufkommens und das Recht, in den eigenen Kompetenzbereichen eigene Steuern einzuführen, musste sich aber zu Ausgleichzahlungen für Grenzgemeinden verpflichten und zum Nulltarif weitere Kompetenzen übernehmen, um den Staatshaushalt zu entlasten. Nach mehreren staatlichen Versuchen, die Regelung aufzuweichen, konnte 2014 der gerade neu gewählte Landeshauptmann Arno Kompatscher einen „Sicherungspakt“ aushandeln. Im Gegenzug zu einer solidarischen Fixbeteiligung Südtirols an der Deckung der Staatsverschuldung wurde die Finanzregelung konsolidiert und, durch Einbeziehung Österreichs, international abgesichert. Der Haushalt für 2022 sieht Einnahmen in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vor. Am Vergleich mit umgerechnet und inflationsbereinigt 675 Millionen Euro von 1973 zeigt sich, wie die Autonomie an Kompetenzen und Ausstattung fortgeschritten ist.

Öffnung der Brennergrenze:

► Der italienische und der österreichische Innenminister, Giorgio Napolitano und Karl Schlögl, bei der Feier anlässlich der Auflösung der Brennergrenze am 1. April 1998

▼ Bereits am 1. Jänner 1995, dem Tag des offiziellen EU-Beitritts Österreichs, trafen sich die Landeshauptleute Luis Durnwalder und Wendelin Weingartner am Grenzbalken.





Beispielhafte Umsetzung: Das vom Südtiroler Künstler Hans Piffraeder im Auftrag der faschistischen Partei geschaffene Relief mit Mussolini im Zentrum wurde 2017 mit dem Hannah-Arendt-Zitat „Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen“ entschärft.

Tendenzen, Orientierungen und Herausforderungen

Durch die Fülle an Aufgabenbereichen sind in Südtirol auf engstem Raum die Gegenwartsprobleme und Zukunftsfragen der europäischen Demokratien wie in einem Labor verdichtet. Zwar bietet die Autonomie einerseits beachtliche eigene Gestaltungsmöglichkeiten, doch sind diese andererseits bedingt durch globale Entwicklungen und Einflüsse. Die Komplexität moderner Verwaltung, die Notwendigkeit rigoroser Sparpolitik im Umgang mit öffentlichen Mitteln, die verwischte Abgrenzung zwischen Politik und Verwaltung, zwischen öffentlich und privat, die komplexen Rechtsverhältnisse zwischen Gemeinden, Land, Staat und EU stellen hohe Anforderungen an die Autonomiepolitik. Klima, Migration und Pandemie sind jüngste Beispiele, wie globale Fragen auch auf lokaler Ebene Antworten verlangen.

Der Schutz der ethnischen Minderheiten und die Absicherung autonomer Rechte gegenüber dem Staat sind zwar weiterhin zentrale Orientierungspunkte der

Südtiroler Autonomiepolitik. Als alleinige Dreh- und Angelpunkte, um die herum sich das politische Leben im Für und Wider organisiert und abspielt, genügen sie wohl nicht mehr. Autonome Akzentuierungen bei den Covid-19-Maßnahmen oder nationalen und EU-Bestimmungen widersprechende Lockerungen beim Schutz bestimmter Tierarten schaffen Interessens- und Meinungsgruppierungen jenseits der ethnischen Zugehörigkeit. Wohl haben schwelende ethnische Konfliktthemen wie die Ortsnamensgebung nach wie vor das Potenzial, die politische und mediale Debatte zu polarisieren, dauerhafte Verstörungen des politischen Klimas bewirken sie kaum noch. Selbst als 2002 der von der Bozner Stadtverwaltung umbenannte Platz um das Siegesdenkmal durch ein Referendum von „Piazza Pace – Friedensplatz“ wieder in „Piazza Vittoria – Siegesplatz“ umbenannt wurde, klang die Verbitterung darüber auf deutschsprachiger Seite schneller ab als befürchtet. Die Landtagswahlen von 2008 zeigten zwar einen starken Aufwärts-

trend für die Parteien Südtiroler Freiheit und Die Freiheitlichen, die zusammen mit der ebenfalls deutschpatriotischen Union für Südtirol auf über 20 Prozent kamen. Die Wahlerfolge verdankten sich aber weniger der deutsch-italienischen Polarisierung, sondern vielmehr dem verjüngten und liberaleren Auftreten dieser Parteien und vor allem der Zuspitzung der Migrationsfrage, in der sich durchaus eine Gemeinsamkeit mit den italienischen Rechtsparteien zeigte.

Dass sich zugleich auf italienischer Seite kein gegenläufiger ethnischer Pendelschlag zeigte, deutete bereits damals einen Schärfeverlust der ethnopolitischen Konflikte zugunsten einer Pluralisierung von Themen und Wahlstrategien an. Der erstmalige Verlust der absoluten Mehrheit für die Südtiroler Volkspartei 2013 ist Ausdruck dafür, dass der eiserne Zusammenhalt der sprachlichen Minderheiten auf Kosten politischer Pluralität letztlich durch die eigene Erfolgsgeschichte geschwächt worden ist. Der markanteste Einschnitt war 2013 zweifellos der Generationenwechsel in der SVP von Luis Durnwalder zu Arno Kompatscher.

Diese Trends hatten sich schon vorher angedeutet und setzten sich entsprechend fort. Aussagekräftig sind dafür 2018 die starken Zuwächse für die Lega und das Team K, die in Bezug auf Autonomiebejahung und ethnische Haltung nicht entlang der eingefahrenen Konfliktlinien ausgerichtet sind. Auch daran zeigt sich, wie sich politische Debatten weniger an ethnischen Themen bündeln und entzünden, sondern zunehmend an querliegenden Fragen wie Migration und Ordnungsstaat versus liberale Gesellschaft (Lega) oder dem Wunsch nach tiefgreifenden Änderungen der politischen Strukturen und Stile (5-Sterne-Bewegung,

Team K). Ähnliches gilt für die Grünen, deren sprachgruppenübergreifendes Autonomieverständnis den Provokationswert aus den Pionierjahren zugunsten einer gewissen Selbstverständlichkeit als kritisch-konstruktive Opposition zu einem breiten Themenspektrum verloren hat. Die SVP ihrerseits hat sich, bei aufrechterhaltenem Anspruch einer Sammelpartei für die Minderheiten, den europäischen Volksparteien weitgehend angenähert.

Heute steht die Autonomie einerseits im Glanz eines von außen bewunderten Modells und andererseits im Schatten ihrer Begrenzungen.

Die Autonomie wird damit weniger an ethnischen Streitthemen gemessen als vielmehr auf ihre Vorzüge und Unzulänglichkeiten hin diskutiert. Die historische Kritik an der Autonomie, dass sie als Teillösung nicht das „historische Unrecht“ durch die Annexion 1919/1920 wiedergutmacht, vermischt sich bei der separatistischen deutschsprachigen Opposition (Südtiroler Freiheit, Freiheitliche) mit der Kritik an der Misswirtschaft und Misere des italienischen Staates, an den Südtirol trotz noch so viel Autonomie immer gebunden bleibe. Andererseits stellt die Autonomie den Handlungsrahmen für die Politik in Südtirol dar, sodass Verwaltungsmängel, politisch-rechtliche Affären oder ungeklärte Zielkonflikte auch auf sie zurückfallen. Doch vieles an Kritik lässt sich als Normalisierung verstehen, der noch nicht ihr positiver Wert abgewonnen wird.

So steht die Autonomie 50 Jahre nach Inkrafttreten des Autonomiestatus einerseits im Glanz eines vielfach

von außen bewunderten Modells und andererseits im Schatten ihrer Begrenzungen. Diese werden im politischen Schlagabtausch teilweise zwar noch ethnisch gedeutet, hängen aber vielfach eher mit Verschiebungen zwischen zentralistischen und föderalistischen Staatsphilosophien zusammen, die ihrerseits dem Anspruch der Europäischen Gemeinschaft auf Steuerung unterliegen. Die Verteidigung von Rechten, das Aushandeln von Zuständigkeitskonflikten mit Rom und Brüssel ist hartes politisches Alltagsgeschäft mit einschneidenden Auswirkungen etwa auf den Landeshaushalt, doch ein

Autonomie ist kein Besitzstand, sondern ein offener Aushandlungsprozess für eigenständiges und verantwortliches Handeln.

Gewinn an Attraktivität für die Autonomiepolitik entsteht daraus nur im seltensten Fall. Eher leidet diese unter dem Syndrom einer Gewöhnung an für selbstverständlich gehaltene Rechte bei gleichzeitiger Kritik an allem, was weniger gut gelingt oder schlicht nicht geleistet werden kann.

*Erfolgreiche Kooperation: Die Gründung der EVTZ
„Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino“ 2011 auf
Castel Thun, von links die Landeshauptleute
Günther Platter, Lorenzo Dellai und Luis Durnwalder*



Einen Versuch, die personelle Enge und nationale Gebundenheit der Autonomie zu lockern, stellt die überregionale Zusammenarbeit in der Europaregion mit dem Trentino und dem Bundesland Tirol dar. Als eine Art Alternativprojekt zur Selbstbestimmung gedacht, bemüht sich die Euregio seit ihrer formalen Gründung 1998 – und noch einmal 2011 gestärkt durch die Institutionalisierung als EVTZ (Europäischer Verbund Territorialer Zusammenarbeit) – um Konkretisierungen der grenzüberschreitenden Kooperation auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und möglichst auch bürgernaher Ebene (Beispiel Euregio-Ticket für den Personennahverkehr). Ungeklärt ist dabei das Verhältnis Südtirols zur Region Trentino-Südtirol: Die Bevormundung Südtirols durch die regionale (italienische) Mehrheit, die 1957 zum „Los von



Unterstützer Südtirols: der ehemalige Ministerpräsident Romano Prodi, Landeshauptmann Arno Kompatscher und der ehemalige Bundeskanzler Heinz Fischer beim Tag der Autonomie in Bozen, 5. September 2021

Trient“ und damit zu einem wichtigen Anschubmoment für die Autonomiepolitik geführte hatte, ist durch die Übertragung der allermeisten Kompetenzen auf die Provinzen zu einer leeren Hülle geworden. Zur immer wieder geforderten Abschaffung der Region hat bisher die letzte Entschlusskraft, zu einer sinnvolleren Ausgestaltung die politische Motivation gefehlt.

Wie nationalstaatliche Interessen und historische Altlasten einer – nicht nur geografische – Grenzen überschreitenden Perspektive entgegenwirken, zeigte sich jüngst deutlich an zwei Konfliktthemen. Der 1992 mit dem Schengener Abkommen gefeierte Abbau der Grenzbalken am Brenner endete – wenn auch nur vorübergehend – jäh mit den Fluchtbewegungen von 2015, als Österreich die Schließung der Brennergrenze militärisch und logistisch vorbereitete. Die um 2017 erneut lancierte Idee, Südtirols Vergangenheit und Gegenwartsbefindlichkeit durch die italienisch-österreichische Doppelstaatsbürgerschaft zum Ausdruck zu bringen und zu stärken, scheiterte bislang nicht nur am Widerstand Italiens. Auf Südtiroler Seite ging es plötzlich darum, welche

sprachlichen Gruppen das Recht darauf haben sollten, in Österreich stellte das Thema die Ambivalenz einer Politik bloß, die eigenen Minderheiten und Diasporagruppen migrantischer Herkunft eine Doppelstaatsbürgerschaft verweigert. In dieser Debatte zeigt sich die Notwendigkeit eines Qualitätssprungs für die Erinnerungskultur des Landes, die sich vielfach damit zufriedengibt, das eigene erlittene Unrecht zu thematisieren, und dadurch konfrontative Narrative nährt, statt sie in einen Austausch zu bringen – inklusive neuer Narrative der Migration, die jene der italienischen Zuwanderung unter dem Faschismus und jene der Südtiroler Abwanderung ins NS-Reich 1939 in neue Zusammenhänge bringen könnten. Dass Minderheiten aus ihrer Geschichte höhere Sensibilität für andere und neue Minderheiten entwickeln, ist auch in Südtirol ein brachliegendes Potenzial.

Die Schwerpunktverlagerung vom ethnischen Schutzcharakter der Autonomie hin zu einem territorialen Verständnis von Selbstverwaltung, die allen hier lebenden Menschen zugutekommt, ist Ausdruck des weitgehend gesicherten Schutzstatus für die sprachlichen

Minderheiten. Dies könnte den Schritt vom Schutz der Minderheitensprachen zum Schatz der Mehrsprachigkeit nahelegen, der rhetorisch durchaus präsent ist, aber sehr zurückhaltend angegangen wird. Dies betrifft sowohl den schulischen Umgang mit Mehrsprachigkeit als auch die Würdigung familiärer und gesellschaftlicher Realitäten, die in der sprachlichen Dreiteilung des Landes nicht aufgehen, diese aber bereichern könnten. Hier liegt gewiss eine zentrale Herausforderung für die Zukunft: Das Autonomiestatut ist in vielen Bereichen auf drei klar definierte Sprachgruppen ausgerichtet. Brückenidentitäten zwischen den Sprachgruppen und die Vielfalt einer europäischen Migrationsgesellschaft erfordern künftig politische Kreativität. Die ernüchternden Daten zur Kenntnis der zweiten Sprache (siehe die Kolipsi-II-Studie von Eurac Research) sowohl auf italienischer als auch auf deutscher Seite könnten dazu ein Anstoß sein.

Ein Versuch, die Autonomie weiterzuentwickeln und damit Orientierung für die Zukunft zu gewinnen, war der Autonomiekonvent 2016. Die groß angelegte Initiative, über ein „Forum der 100“ breite Gesellschaftsschichten einzubinden, ist teilweise in den Sog der bei solchen Anlässen meist hochschwappenden ethnopolitischen Fragestellungen geraten. In den Berichten der acht Arbeitsgruppen, ergänzt noch durch Minderheitenberichte, zeigte sich eine Tendenz zwischen behutsamer Bewahrung des Erreichten, Stärkung der Zuständigkeiten und vorsichtigen Öffnungen – vor allem in Bezug auf Mehrsprachigkeit, pluralisierte Gesellschaft und partizipative Politikgestaltung.

Lernen lässt sich daraus, dass das Bemühen um eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, immer aufs Neue gesucht und gewagt werden muss.

Die Kleinheit und damit auch die Enge des Landes mit Verwandtschaftsverhältnissen, privaten, beruflichen, politischen und medialen Abhängigkeiten und Verstrickungen erschweren einen unaufgeregten Blick auf die Fragen des gegenwärtigen Alltags und der nahen Zukunft. Diese Kleinheit bietet aber auch eine Chance: Vieles ist noch fast unmittelbar gestaltbar, kleine Eingriffe erreichen ohne lange Umwege ihr Ziel und ihre Zielgruppe, soziale Gruppen und Bewegungen lassen sich leichter erkennen und einbinden, Interessen offener verhandeln, Konflikte fast direkt besprechen und behandeln. Autonomie bietet für beides die Möglichkeit – für den Missbrauch von Macht ebenso wie für deren konstruktive und kooperative Nutzung.

Die Autonomie könnte als Labor begriffen werden, wo im Kleinen das erprobt und optimiert werden kann, was weltweit so schwierig scheint: transparente und faire Verwaltungsabläufe, Stärkung von Minderheiten in den Minderheiten (auch in Bezug auf geografische und soziale Herkunft, Geschlecht, soziale Behinderung), partizipative Mitgestaltung als Antwort auf sinkende Wahlbeteiligungen, Friedensbildung als konstruktive Konfliktarbeit.

Autonomie ist sowohl von der Wortbedeutung als auch von der Südtiroler Konzeption her kein Besitzstand, sondern ein offener Aushandlungsprozess für eigenständiges und verantwortliches Handeln. ■

Die Bedeutung des Zweiten Autonomiestatuts für die ladinische Volksgruppe in Südtirol

Franz Complojer

Das Zweite Autonomiestatut von 1972 ist für die ladinische Volksgruppe von derartiger Tragweite, dass es substanzial als das Erste bezeichnet werden könnte. Das Statut von 1948 beschränkte sich nämlich auf die Anerkennung des Bestehens der ladinischen Bevölkerung in der Region, die vage Zusicherung des Unterrichts des Ladinischen in den Grundschulen sowie die Verpflichtung seitens Land und Region, die Ortsnamen, die Kultur und die Traditionen der ladinischen Bevölkerung zu respektieren. Erst das Statut von 1972 führte auch spezifische Schutzmaßnahmen ein. Dazu zählt auf institutioneller Ebene die verpflichtende Vertretung der Ladinier im Südtiroler Landtag und im Regionalrat, aber auch die direkte Verfassungsbeschwerde, also das Recht, ein Regional- oder Landesgesetz vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten, falls der Grundsatz der Gleichheit der Rechte der Volksgruppen verletzt scheint.

Für die Kulturautonomie maßgeblich sind das Modell der paritätischen Schule sowie die Verpflichtung der Autonomen Provinz Bozen, die zu kulturellen Zwecken bestimmten Haushaltsmittel nicht nur im direkten Verhältnis zur Stärke, sondern auch mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfs einer jeden Sprachgruppe einzusetzen. Die Sicherstellung dieser Mittel ermöglichte unter anderem die Einrichtung des ladinischen Kulturinstituts Istitut Ladin Micurà de Rù im Jahre 1976 und des 2001 eröffneten Museum Ladin Ćiastel de Tor sowie ladinische Sendungen in Hörfunk und Fernsehen.

Obwohl das Statut von 1972 einen wesentlichen Qualitätssprung beim Schutz der Ladinier brachte, enthielt es in der Erstfassung aus ladinischer Sicht einige zum Teil gravierende Benachteiligungen gegenüber den anderen zwei Sprachgruppen. So fehlte das für den Minderheitenschutz unverzichtbare Recht auf den Gebrauch der Sprache im öffentlichen Leben. Dieses wurde erst mit einer Durchführungsbestimmung im Jahre 1988 kodifiziert. Andere Mängel wurden zum Großteil in der Phase der sogenannten dynamischen Autonomie mit den Reformen von 2001 und 2017 behoben.

Mit dem Verfassungsgesetz Nummer 2/2001 wurde die Vertretung der ladinischen Volksgruppe in der Regionalregierung garantiert und jene in der Landesregierung, auch abweichend vom Proporz, ermöglicht. Weiters wurde das paritätische Prinzip bei der Präsidentschaft des Südtiroler Landtags wie auch des Regionalrates aufgeweicht, indem der ladinischen Volksgruppe der Zugang zu diesen Ämtern zumindest ermöglicht wurde.

Das Verfassungsgesetz Nummer 1/2017 eröffnete den Zugang zur Sechser- und zur Zwölferkommission, deren Besetzung bis dahin paritätisch geregelt war. Beide Kommissionen spielen in der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen eine wesentliche Rolle. Dank derselben Reform wurde das paritätische Prinzip auch bei der Besetzung der Position des Landeshauptmannstellvertreters abgemildert, sodass der den Ladinern bis dahin untersagte Zugang ermöglicht wurde.

Doch das paritätische Prinzip gilt in bestimmten Bereichen nach wie vor, wie etwa beim Verwaltungsgericht. Dies bedeutet zwangsläufig den Ausschluss der ladinischen Volksgruppe. In diesen verbleibenden Bereichen ist das Statut daher aus ladinischer Sicht noch kritisch zu betrachten.

Nachdem die Ladinier im Pariser Abkommen unberücksichtigt geblieben waren, ist aus ihrer Sicht die Streitbeilegung 1992 von großer Bedeutung, da diese erstmals die internationale Absicherung des Schutzes der Ladinier bewirkte.

Insgesamt hat das Zweite Autonomiestatut, ergänzt um die beiden erwähnten Reformen, die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung auch zugunsten der Ladinier geschaffen. Und schließlich kommt die durch die Autonomie sicher gestellte friedliche Konfliktlösung natürlich auch der ladinischen Bevölkerung zugute.

Jeder Mensch ist ein Kind seiner Zeit und schätzt sein Umfeld je nach dem Erlebten unterschiedlich ein. Hat Autonomie also für 50-Jährige eine andere Bedeutung als für Zeitzeuginnen und -zeugen, die 1922 oder 1942 geboren sind? Haben junge Erwachsene einen Bezug dazu und welche Gedanken machen sich Kinder zur jüngeren Geschichte Südtirols?

3

Gesichter der Autonomie

10 Porträts quer durch Sprachgruppen,
Schichten und Generationen

Marianna Kastlunger

„Autonomie bedeutet für mich Freiheit“

Martha Flies Ebner, 100

Wenn Zeitzeugen Erlebtes wiedergeben, werden vermeintlich trockene geschichtliche Daten persönlich, menschlich und vor allem für Nachfolgegenerationen greifbar. An der Geschichte Südtirols mit Kriegen, dem Wiederaufbau und dem Erstarren der Autonomie war kaum jemand so nah dran wie Martha Flies Ebner – 100 Jahre erlebte Geschichte.

Als Martha Ebner Ende der 1920er-Jahre eingeschult wurde, hatten die Faschisten den Deutschunterricht an Südtiroler Schulen bereits verboten, um die Bevölkerung im Sinne Mussolinis zu italianisieren: „Damals besuchte ich in Bozen die Marienschule, die privat von Klosterfrauen geführt wurde. Manche kannte ich persönlich, ich wusste, dass die meisten von ihnen deutschsprachig waren. Im Schulunterricht wurde aber beinahe nur Italienisch gesprochen. Und wir Kinder verstanden kein Wort. Besonders schlimm war es bei einem italienischen Turnlehrer, der die Freizeitbetreuung beaufsichtigte. Kein Kind ging da gerne hin. Er war ein richtiger Fanatiker und ließ uns nicht einmal während der Pausen kurz Deutsch sprechen.“

Am Nachmittag ging's dann ins Marieninternat gegenüber der Schule,

um Deutsch zu lernen. Natürlich heimlich. Und verwirrenderweise bei denselben Schwestern, die vormittags den Unterricht auf Italienisch hielten.

„Unsere Eltern hatten uns eigentlich beigebracht, nicht zu lügen. Dann aber sollten wir die Schwestern nicht verraten ... Wir kannten uns gar nicht mehr aus. Ich hatte ja Glück, ging mit 14 für drei Jahre nach Landshut in Bayern in die Oberschule und hatte dort wenig Probleme, das Versäumte aufzuholen. Als nach dem Krieg der Deutschunterricht in Südtirol wieder eingeführt wurde, tat man sich schwer, Deutschlehrerinnen und -lehrer zu finden. Meine Generation hat nicht richtig Deutsch gelernt.“

Von den heimlichen Besuchen des Deutschunterrichts, den ihr Onkel, Kanonikus Michael Gamper, in sogenannten Katakombenschulen mit initiiert hatte, bis hin zu den vielen Interviewanfragen zum 100. Geburtstag im Juni 2022 hat Martha Ebner ein ereignisreiches Leben geführt: ein Leben zwischen Familie, Politik und Verlag. Interessiert verfolgte sie das Engagement ihres Onkels gegen Faschismus und Nationalsozialismus, später auch jenes ihres Gatten Toni Ebner als Gründungsmitglied der Südtiroler Volkspartei. Als Gamper nach dem

Krieg den Athesia-Verlag übernahm, arbeiteten auch die Ebners mit und beerbten ihn schließlich 1956. Noch heute leitet Martha Ebner die Redaktion der Zeitschrift „Die Südtiroler Frau“, engagiert sich für Chancengleichheit und fährt ihren Fiat Panda selbst.

„Den Einsatz jener Politiker, die bei den Autonomieverhandlungen mal einen Schritt vorwärtskamen und dann zwei zurück, den kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Die Bevölkerung hat damals womöglich gar nicht mitbekommen, wie langwierig es war, Deutsch wieder als Amtssprache zu etablieren. Was für eine große Errungenschaft! Heute wünsche ich den Politikerinnen und Politikern genug Kraft, ständig weiterzuringen, dass sie ja nicht die Geduld verlieren. Ich hoffe auch, dass die jüngeren Generationen all die Arbeit und Mühen zu schätzen wissen und ihr Interesse an Politik beibehalten. Die Autonomie ist nämlich keine Selbstverständlichkeit!“

Und was bedeutet Autonomie für Martha Ebner?

„Autonomie bedeutet für mich die Freiheit, als Südtirolerin leben und mich als solche entfalten zu können. Sprache und Kultur sind Teil der menschlichen Würde und als solche unantastbar.“



Südtirol und Sardinien – mehr Gemeinsamkeiten als gedacht

Pietro Congiu, 90

In Rom geboren, verbringt Pietro Congiu seine Kindheit in Oliena auf Sardinien. 1951 wird er Carabinieri, steigt zum Maresciallo maggiore auf und kommt 1952 nach Südtirol. Er arbeitet in Dorf Tirol, Meran, am Reschen und schließlich in Bozen, wo er eine Familie gründet. Er ist stolz auf seine Wurzeln, trägt seinen Stolz aber auf sympathische, höfliche Weise und stellt seine Herkunft nie über andere.

Fühlen Sie sich wohl in Bozen?

Ich bin mittlerweile fast 70 Jahre hier, das ist eine lange Zeit. Wenn du dich an einem Ort nicht wohlfühlst, würdest du kaum so lange bleiben ... Ich liebe dieses Land. Überall, wo ich gearbeitet habe, habe ich Freunde. Heimat ist ja letztlich dort, wo du dazugehörst. Aber natürlich bin ich Sarde. Ich denke sehr gern an die Orte meiner Kindheit zurück und frage mich, wie es möglich ist, diese Bindung ein Leben lang zu spüren. Als kleines Kind habe ich die Not und den Hunger der frühen 1940er-Jahre kennengelernt, dennoch gab es damals einen unglaublichen Zusammenhalt in der Nachbarschaft. Daraus habe ich meine Werte für das spätere Leben abgeleitet. Ich träume immer noch von meinem Dorf. Und wenn ich dann dorthin zurückkehre, ist es, als wäre ich nie fort gewesen. Es ist dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, das man nicht vergisst, die Herkunft und die Sprache ... Meine Frau Anna stammt

ebenfalls aus einer sardischen Zuwandererfamilie, kennengelernt haben wir uns in Bozen. Es muss wohl Schicksal gewesen sein. Ursprünglich wollte ich gar nicht nach Südtirol, erst ein Freund hat es geschafft, mich zu überzeugen. Er hat gesagt: „Dort gibt es jede Menge blonder Mädchen.“ [lacht]

Haben Sardinien und Südtirol irgendwelche Gemeinsamkeiten?

Wir haben mit den Südtirolern viel gemeinsam: Die Sarden sind Sturköpfe und wenn sie dich nicht kennen, vertrauen sie dir nicht. Aber wenn jemand ein anständiger Mensch ist und man mit ihm Freundschaft schließt, dann hält das ein Leben lang.

Wie haben Sie die 1960er-Jahre in Südtirol erlebt?

Als ich hier ankam, dachte ich: Hier geht's ja schlimmer zu als in Sardinien. Es war schmutzig, es herrschte Armut, es lag Mist auf der Straße ... Man konnte noch gut spüren, was das Land im Faschismus mitgemacht hatte. In der Kaserne war die Sorge der Neuankömmlinge allgegenwärtig, egal, welcher Sprachgruppe sie angehörten. Ich hatte Angst vor Übergriffen, denn die waren damals nicht ungewöhnlich. Viele meiner Kollegen waren mit der Geschichte Südtirols nicht vertraut, erst wenn man die Hintergründe kannte, verstand man auch, warum diese Dinge geschahen, ohne die

Gewalt und die Bomben rechtfertigen zu wollen. Als Sarde brachte ich immer das Beispiel, wie es wohl wäre, wenn man uns von heute auf morgen verboten hätte, Sardisch zu sprechen ... Da ist doch klar, dass das Volk sich auflehnt. Ich und die anderen Unteroffiziere haben immer diesen Standpunkt vertreten. Ich erinnere mich noch gut an die Kundgebung auf Schloss Sigmundskron 1957. Ich hatte Dienst und war überrascht, wie viele Menschen aus ganz Südtirol gekommen waren. Einmal habe ich Silvius Magnago zu einem Fest des Sardischen Kulturvereins eingeladen. Ich erklärte ihm, ich sei der Repräsentant eines italienischen Vereins und er meinte: „Aber Sie sind doch Sarde. Dann ist es ein sardischer Verein!“ [lacht]

Hat sich mit dem Autonomiestatut von 1972 etwas verändert?

Auf jeden Fall, seit damals ist der Umgang mit uns viel offener geworden. Für mich hat die Autonomie einen großen Stellenwert. Ich erinnere mich noch gut an die Wahlen von 1948, als ich ein Kind war und man von einer Autonomie für Sardinien sprach. Heute gibt es sie. Aber zufrieden bin ich damit nicht, denn im Vergleich zu der Autonomie, die es hier gibt, ... da liegen Welten dazwischen! Hier funktioniert die Autonomie, bei uns leider noch nicht. Aber ich denke, dass meine Nachkommen eine lebendigere Form der Autonomie kennenlernen werden.



National und doch lokal

Rudi Gamper, 80

Rudi Gamper wurde 1942 als Kind einer Optantenfamilie in Oberösterreich geboren und kam mit acht Jahren wieder nach Südtirol. Als Journalist hat er aus erster Hand miterlebt, wie aus dem zentralistischen, eher skeptisch beäugten Rai-Ableger in Bozen der geschätzte Lokalsender wurde.

Haben Sie als Kind bereits Radio gehört?

Als Kind nicht. Wir hatten in Österreich kein Radio, erst in Südtirol kam ein Radio ins Haus. Meine ersten Erinnerungen an den Sender Bozen waren die Kinderfunk-Sendungen. Da das Radio damals auf einem Wandbrett auf mindestens 1,80 Meter Höhe stand, mussten wir Kinder auf einen Stuhl steigen, um die Märchen hören zu können.

Sie arbeiteten ab 1962 für die Rai in Bozen – wie darf man sich den Joballtag in den 1960er-Jahren dort vorstellen? Wie viel Platz bekamen deutschsprachige Sendungen?

Wir produzierten in den 1960ern und 70ern nur deutsche Sendungen. Für die italienischen Sendungen gab es eine eigene Abteilung. Die deutschsprachigen Sendungen begannen um 7 Uhr und endeten um 23 Uhr mit einer verlängerten Mittagspause. Damals wurden sehr viele Hörspiele, dramatisierte Märchen und Hörbilder für die Jugend und für den Schulfunk produziert.

Bei Volksmusikwettbewerben mit Hörerbeteiligung flatterten bis zu 20.000 Postkarten ins Funkhaus. Wöchentlich! Allerdings gab es damals noch keine Privatsender, der Sender Bozen war sozusagen der „Platzhirsch“. Abgesegnet wurden in den 1960er-Jahren die Radioprogramme noch von einem italienischsprachigen Programmdirektor.

Wie erlebten Sie die Entwicklung der Rai nach 1972?

Nach dem Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts kam vieles zugunsten des Senders Bozen in Bewegung, denn im Statut waren ja die Befugnisse auf dem Gebiet von Radio und Fernsehen festgeschrieben. Gab es in den 1960er-Jahren nur italienischsprachige Techniker, wurde nun auch deutschsprachiges Fachpersonal aufgenommen, und auch wichtige Positionen wurden von deutschsprachigen Südtirolern bekleidet. Das alles gab auch uns Mitarbeitern einen „Aufschwung“: Wurde man früher oft als jemand angesehen, der in der italienischsprachigen und damit nationalstaatlichen Rai arbeitet, so betrachteten nun immer mehr Südtirolerinnen und Südtiroler den Sender Bozen als ihren Sender. Als ich 1997 die Funktion des verantwortlichen Koordinators übernehmen durfte, konnte ich, auch dank des Autonomiestatuts, ohne jede Rücksprache mit Rom die verschiedensten Hörfunk- und Fernsehsendungen in Auftrag geben.

Nicht ein einziges Mal legte Rom ein Veto ein. Sogar bei dem Straßener „Südtiroler Bombenjahre“ verlangte die Generaldirektion zwar die Übersetzung aller sechs TV-Folgen, nicht aber die Streichung auch nur einer einzigen Sekunde. Auf verschiedenen Minderheitenkongressen konnte ich darüber hinaus feststellen, dass es europaweit keine sprachliche Minderheit gibt, die über so viel Sendezeit verfügt wie wir in Südtirol. Auch die 1975 gegründete Rundfunkanstalt Südtirol (RAS), deren Präsidentschaft ich 2009 übernahm, gäbe es ohne Autonomiestatut nicht und damit auch nicht die mediale Verbindung mit dem deutschsprachigen Raum. Als öffentliche Körperschaft hat die RAS ja den Auftrag, das Land Südtirol flächendeckend mit den Hörfunk- und Fernsehprogrammen aus dem deutsch- und ladinischsprachigen Sprachraum zu versorgen.

Ihre Wünsche für die Autonomie und Medienlandschaft der Zukunft?

Ich wünsche mir, dass die Vielfalt der elektronischen Medienlandschaft beibehalten werden darf und dass gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Aufgabe als unabhängiges Medium auch in Zukunft wahrnehmen kann. Und damit bleibt Rai Südtirol das, was es immer schon war: der Sender der Südtirolerinnen und Südtiroler.



Als Computer Schule machten

Anna Palfrader, 70

Anna Palfrader kam als fünftes von insgesamt 13 Kindern am Hof „Col“ in Enneberg auf die Welt. Zwei Geschwisterchen starben bereits im Kindesalter. Anna Palfraders Wissensdurst und Ehrgeiz brachten sie dennoch in eine der innovativsten Welten seit den 1980er-Jahren: die Welt der Computer mit ihrem Nutzungspotenzial im Schulunterricht.

Sie sind in einem abgelegenen Weiler der Gemeinde Enneberg groß geworden. Wie war das?

Ich stamme aus einfachen Verhältnissen, am Hof hielten wir Kühe, Schweine, Schafe, Pferde und Hennen. Wir hatten auch Kartoffel- und Getreidefelder und waren in Sachen Ernährung fast autark, kauften höchstens Zucker, Öl und halt jene Dinge ein, die wir nicht im Haus hatten. Wir kamen kaum weg, aber weil wir so viele waren, wurde uns auch nie langweilig. Ich besuchte die Mittelschule in Bruneck und wohnte im Ursulineninternat, genau wie meine ältere Schwester Tresele, die ich aber selten sah. In der ersten Klasse hatten wir strengere Regeln als die anderen, durften etwa nur zu Allerheiligen und Weihnachten nach Hause. Ich hatte großes Heimweh und anfangs auch Schwierigkeiten mit dem deutschen Dialekt, weshalb ich nur schwer Anschluss fand. Es gab auch ein Mädchen, das einen italienischen Vater hatte. Sie galt ebenfalls als etwas sonderlich, also

freundeten wir uns an. Doch bald wurde es besser. Als ich dann die Handelsschule besuchte, wohnte ich zusammen mit meiner Schwester in einem Privatquartier. Unsere Eltern nahmen es locker, Hauptsache, die Leistung passte. Wir kamen auch jeden Samstag heim, fuhren mit dem Bus bis St. Vigil oder Zwischenwasser und gingen noch eine oder zwei Stunden zu Fuß bis Col. Nach Abschluss der Schule unterrichtete ich in Innichen, Stern, Auer und Bozen. Und als ich 1978 schwanger wurde, zogen wir wieder nach Enneberg hinauf auf Cianoré, den Hof meines Mannes.

War Ihre Arbeit wichtig für Sie?

Ja, ich habe 39 Jahre lang und meistens Vollzeit unterrichtet, erst in den letzten Jahren in Teilzeit. Es war gar nicht einfach für Mütter, die arbeiten wollten. Als ich meine Töchter bekam, nahm ich mir unbezahlten Urlaub, Mutterschaftsgeld gab es kaum. Nur am Hof zu leben, wäre aber sehr schlimm für mich gewesen, egal wie idyllisch es erscheinen mag. Ich liebte meinen Job in dieser anderen Welt mit anderen Menschen. Ich hatte auch Glück, meine Stammrolle von Auer nach Bruneck in die Handelsschule verlegen zu können und eine EDV-Fachausbildung für den Unterricht absolvieren zu dürfen. Eine große organisatorische Herausforderung mit Familie und nicht zuletzt

auch wegen der langen Autofahrten bei jedem Wetter. Aber mir gefiel es, also hielt ich durch.

Die Handelsschule in Bruneck galt in den 1980er- und 90er-Jahren als ziemlich innovativ – ein Verdienst der Südtiroler Autonomie?

EDV und Informatik waren ein völlig neues Thema in Südtirol. Die Digitalisierung nahm damals Fahrt auf und veränderte alles, die Entwicklung von den Lochkarten als Datenträger bis hin zur heutigen Smartphone-Technologie war rasant. Die Fachausbildungen wurden in Innsbruck oder Stuttgart angeboten, in Südtirol gab es noch nichts Entsprechendes. Diese Innovation konnte nur dank Autonomie eingeleitet werden. Südtirols Schulen waren moderner ausgestattet als jene in anderen Regionen Italiens, weil man sich hierzulande an den innovativen Systemen Österreichs und Deutschlands orientierte. Das Land investierte viel Geld in Fortbildungen und den Ankauf neuer Geräte – ein Riesenvorteil für die Schule und meine Arbeit. Allerdings brachte die Autonomie auch Nachteile für meine Karriere. Damals gab es nicht viele Stellen in meinem Bereich, und der Proporz erschwerte die Möglichkeit, außerhalb der ladinischen Täler Arbeitserfahrung zu sammeln. Als Ladinerin war man fast gezwungen, die Sprachgruppenzugehörigkeit zu ändern.



Vom Amateursportverein zu Olympiabronze

Werner Kiem, 60

Als Werner Kiem 1980 zum Militär musste, ahnte er noch nicht, dass er in eine erfolgreiche Sportlerkarriere starten würde. Heute betreibt der Vinschger mit seiner Familie ein Hotel in Latsch und ist gesellschaftlich sehr engagiert. Der Sport spielt in seinem Leben nach wie vor eine wichtige Rolle.

Der Amateursportverein (ASV) Latsch im Vinschgau wurde 1920 gegründet und gehört zu den ältesten Sportvereinen Südtirols. Heute umfasst er 13 Sektionen und über 700 Mitglieder. „Bei der 100-Jahr-Feier hatten wir einen besonderen Ehrengast, den Josef Raffener. Er kam im Gründungsjahr des Vereins auf die Welt, ist mittlerweile über 100, liest heute die Zeitung auf seinem Tablet und weiß über alles Bescheid“, erzählt Werner Kiem begeistert.

Nicht nur als Präsident des ASV hat er viel um die Ohren. Kiem war im Bezirksausschuss der Südtiroler Volkspartei politisch tätig und findet neben seiner Leidenschaft für Oldtimer auch noch die Zeit, sich an der Organisation der Ski-

testwochen zu beteiligen – einer Testschau mit namhaften Skiherstellern und einem Rahmenprogramm mit prominenten Gästen. Mit Skigrößen wie Gustav Thöni und Frank Wörndl ist er natürlich per Du.

Dabei hat seine Sportlerkarriere eher unspektakulär begonnen: „Ich war ein guter Langläufer und selbstverständlich Mitglied im Latscher ASV. 1980 musste ich zum Militär, wo ich als Heeressportler gute Ergebnisse lieferte. Also bekam ich das Angebot, bei der Nationalmannschaft mitzumachen“, erzählt Kiem. Zur Auswahl stand neben dem Langlaufsport auch Biathlon.

„Biathlon? Interessant!“, dachte sich Kiem, der bislang kein Training in dieser Disziplin absolviert hatte. „Aber Papa war Jäger, mit einem Gewehr umgehen konnte ich auch, also dachte ich, ich versuch es einfach ... und mache mir wenigstens ein ruhiges Jahr beim Militär.“ Dabei wurde er gleich in seinem ersten Jahr Italienmeister über 10 Kilometer und in der Staffel. „Gut, dann mache ich halt weiter“, sagte

er sich damals, wurde Unteroffizier und blieb bis 1991 Mitglied der Biathlon-A-Nationalmannschaft. Sein größter Erfolg: die olympische Bronzemedaille in Calgary 1988 in der Staffel mit den Teamkollegen Johann Passler, Gottlieb Taschler und Andreas Zingerle – übrigens Italiens erstes Edelmetall in dieser Disziplin.

„Wegen der Sprachbarriere hatte ich es als deutschsprachiger Athlet im italienischen Nationalteam nicht immer leicht“, findet Kiem. Seine Karriere verdankt er dem ASV, der wiederum Mitglied des Verbandes der Sportvereine Südtirols (VSS) ist. Die Arbeit des Verbandes der deutsch- und ladinischsprachigen Sportvereine sei damals wie heute gut und wichtig: „Der VSS ist als Dachverband eine große Unterstützung für Vereine“, weiß der Sportfunktionär aus Erfahrung. „Neben dem Schutz der sprachlichen Minderheiten ist auch die Sportautonomie eine wichtige Errungenschaft der Südtiroler Selbstverwaltung. Grundsätzlich sei das Miteinander in Südtirol gut: „Wir leben schon in einem gesegneten Land.“



„Viel mehr als nur eine Provinz“

Luigi Ruggera, 50

Luigi Ruggera ist in Brixen geboren und aufgewachsen. Dort besuchte er italienische Schulen und machte die Matura am neusprachlichen Gymnasium Dante Alighieri. Sein Lebensmittelpunkt ist immer noch Brixen, auch wenn er seit über 20 Jahren als Gerichtsreporter beim „Corriere dell’Alto Adige“ in Bozen arbeitet.

In dem Jahr, als Sie geboren wurden, wurde auch das Zweite Autonomiestatut aus der Taufe gehoben. Was bedeutet die Autonomie für Sie?

Das Zweite Autonomiestatut trat wenige Monate nach meiner Geburt in Kraft, auch wenn es zur vollständigen Umsetzung noch einige Jahre dauern sollte. Die Auswirkungen dieser Form von

Autonomie auf das tägliche Leben sind in jeder Hinsicht positiv, immerhin tragen die zentralisierten Landesbehörden und das vorteilhafte Finanzsystem in vielen Bereichen zu einer gut funktionierenden öffentlichen Verwaltung bei. Hier wird die Autonomie also besonders deutlich. Aber auch auf meine Branche, den Journalismus, wirkt sie sich positiv aus, denn so berichten wir über eine Provinz, die mit ihren etwas mehr als einer halben Million Einwohnern sehr viel spannender und komplexer ist, als man erwarten würde. Der Landtag und die Landesregierung, nur um ein Beispiel zu nennen, haben in vielen Bereichen sehr weitreichende Kompetenzen, und das macht unser Land so interessant: Es ist so viel mehr als nur eine Provinz.

Welche Bereiche sehen Sie kritisch?

Problematisch finde ich die allzu strikte Umsetzung der Proporzregelung und die Tatsache, dass man sich konkreteren, engeren Formen des Zusammenlebens verschließt, wie etwa einer mehrsprachigen Schule.

Was wünschen Sie der Autonomie für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass die Autonomie mit der Zeit geht, um die Bedürfnisse einer Gesellschaft, die sich – wie anderswo auch – in den letzten 50 Jahren stark verändert hat, besser abzubilden. Aber natürlich ohne dabei zu vergessen, dass die Autonomie aus einer ganz speziellen historischen Situation heraus und erst durch die verschiedenen Sprachgruppen im Land gewachsen ist.



Die Essenz der Traditionen

Doris Braunhofer, 40

Doris Braunhofer lebt im Jaufental, arbeitet als Personalentwicklerin und macht einen Master in Vergleichender Literaturwissenschaft. Sie liebt Südtiroler Bräuche und Traditionen und würde sich mehr kulturellen Austausch wünschen.

Die Autonomie Südtirols ermöglicht unter anderem die Pflege von Traditionen. Welche mögen Sie am liebsten?

Ich mag Trachten, Goaßlschnölln, unseren Dialekt, Krampusumzüge, die Bräuche rund um die Weihnachtszeit. Ich finde auch die Herz-Jesu-Feuer inspirierend, nur um ein paar Beispiele zu nennen. Mir gefallen die Mystik und Symbolik dahinter, so etwa, wenn im Herbst das Vieh von der Alm zurück ins Tal kommt, wird eine Kuh mit Glocken und einem Blumenkranz geschmückt, nichts ist dem Zufall überlassen. Jeder Kranzschmuck hat eine bestimmte Aussagekraft. Dabei geht es um Wertschätzung und Dankbarkeit. Solche Rituale er-

zählen, wie Mensch, Tier und Natur miteinander harmonieren.

Sind Sie in einem Verein tätig?

Nein, ich bin auch kein besonders gläubiger Mensch. Aber ich schätze traditionelle Anlässe, die über Musik, Rhythmus und Kleidung ein Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen, als Ausdruck der Kultur. So kommen Menschen zusammen, und das ist schön!

Was bedeutet Autonomie für Sie?

Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten, aber ich bin grundsätzlich eine große Befürworterin der Autonomie, weil sie die Pflege der genannten Werte ermöglicht. Gleichzeitig steht mir das Tor zur italienischsprachigen Welt offen. Heute hat sich alles schön vermischt: Es ist selbstverständlich, ebenso deutsch- wie italienischsprachige Freundschaften zu pflegen. Dank Autonomie haben wir gelernt, gemeinsam in einer Einheit zu leben, in der trotzdem genug

Platz für eigene Lebenswelten und Sprachen bleibt. So hat jede Gruppe den notwendigen Frieden.

Ihre Wünsche an die Autonomie der Zukunft?

Ich hoffe, dass die Menschen in Südtirol nicht vergessen, dass die Autonomie keine Selbstverständlichkeit ist. Von Personen aus anderen Regionen würde ich mir mehr Verständnis wünschen, aber dass sie unsere besondere Situation kritisieren, liegt vielleicht daran, dass sie sie nicht so gut kennen. Ich verstehe hingegen Personen, die herziehen und sich mit der Mehrsprachigkeit schwertun. Vielleicht müssen wir noch offener für Diversität werden, denn jeder Mensch ist gleich viel wert. Ich bin für Chancengleichheit in der Schule und im Job, es darf gerne noch mehr Unterschiedlichkeit in der Einigkeit vereint werden. Ich finde, dieses bunte Sammelsurium der Kulturen ist soweit ja wirklich gut gelungen.



Im Austausch mit der anderen Sprache und Kultur

Alidad Shiri, 30

Alidad Shiri lebt in Bozen. Mit 14 flüchtete er vor dem Krieg in Afghanistan, allein, versteckt unter einem Lastwagen. Heute hat er einen Universitätsabschluss und arbeitet als Journalist und Autor. In einem Buch erzählt er seine Geschichte, damit die Welt sein Heimatland nicht aus den Augen verliert. Er wünscht sich eine offene Diskussion zum Thema Immigration und einen fairen Umgang mit neuen Bürgerinnen und Bürgern.

Welchen Eindruck haben Sie vom Leben in Südtirol?

Mir ist von Anfang an aufgefallen, dass sich die verschiedenen Sprach- und Kulturgruppen gegenseitig anerkennen und respektieren. Durch zahlreiche Gespräche, vor allem mit älteren Menschen, habe ich viel über die Geschichte erfahren, auch, dass das Zusammenleben nicht immer einfach war. Doch fähige Politiker haben damals mit viel Geduld und Mühe ein Autonomiestatut erarbeitet, das auf internationaler Ebene und von der UNO anerkannt ist. Auch mein Land hat damals einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung geleistet.

Welche Vor- und Nachteile entstehen durch die Autonomie?

Die Vorteile sind offensichtlich, man muss ja nur ein wenig in Italien herumreisen, um den Unterschied zu sehen. Es sind vor allem wirtschaftliche Vorteile, die wunderschöne

Landschaft wird gleichzeitig genutzt und geschützt. Aber auch die Kultur profitiert von der Autonomie, weil es einen ständigen Austausch zwischen den Sprachen und Kulturen gibt. Kluge Politik hat es den Bergbauern ermöglicht, auf ihren Höfen zu bleiben, der Tourismus wurde angekurbelt, die Landwirtschaft modernisiert und die Ortschaften wurden mit guten Straßen und effizienten öffentlichen Verkehrsmitteln miteinander verbunden. Darum beneiden uns viele andere Gegenden Italiens. Ein Nachteil ist möglicherweise, dass man mit dem eigenen Wohlstand unter sich bleibt, sich wenig um die Probleme kümmert, die anderswo herrschen, wo es keine Autonomie gibt. Aber auch hier sehe ich Anzeichen dafür, dass sich das Land bemüht, Solidarität zu zeigen.

Im vergangenen Jahr haben Sie Ihr Studium mit einer Diplomarbeit abgeschlossen, die sich mit Afghanistan und der „Tragödie der Politik“ befasst. Was können wir aus dieser Tragödie lernen?

Leider habe ich in meiner Arbeit das vorausgesagt, was wenige Monate später tatsächlich eingetreten ist. Aus der Ferne habe ich die tragischen Ereignisse immer verfolgt und versucht, mit meinen Artikeln die Menschen zu informieren, schließlich bin ich ja in Afghanistan geboren und aufgewachsen. Die internationale Staatengemeinschaft hat einen strategischen Fehler ge-

macht, indem sie nicht bedacht hat, dass drei Viertel der Bevölkerung in ländlichen Gegenden leben, die Hilfe aber fast ausschließlich den Städten zugutekam. Doch hat die politische Tragödie auch andere Ursachen: die von Präsident Ashraf Ghani vorangetriebene Paschtunisierung des Landes durch Vergabe wichtiger Posten an Mitglieder der Volksgruppe der Paschtunen und die Manipulation der Bevölkerung. Das zeigt, wie wichtig Bildung ist. Dort, wo sie fehlt, ist die Bevölkerung verwundbar. Trotzdem war etwas im Entstehen, an den Universitäten studierte man die Philosophen und Soziologen des Westens, von Platon bis Max Weber. Doch neue Gedanken brauchen Zeit, um zu reifen.

Wäre eine Form der Autonomie wünschenswert in Afghanistan?

Nach 43 Jahren Krieg funktioniert in Afghanistan leider nur noch der Weg über Zwang und Unterdrückung von Minderheiten. Zuerst muss das allgemeine Bildungsniveau verbessert werden, damit ein Bewusstsein für die Grundrechte der anderen entstehen kann. Die Menschen brauchen eine Kultur des Friedens und des guten Zusammenlebens trotz ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Ethnien, sie müssen lernen, Konflikte gewaltfrei auszutragen und für das Wohl aller an einem Strang zu ziehen. Aktuell gibt es keinerlei Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Volksgruppen.



„Mehrsprachigkeit ist gelebte Autonomie“

Magdalena Ferdigg, 20

Magdalena Ferdigg lebt in Milland und liebt das Ehrenamt. Sie ist bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Vorsitz der Südtiroler Katholischen Jungschar und Mitglied des Autorinnenkollektivs „Die Glühbirne“. Auf die Frage, inwieweit die Südtiroler Autonomie ihren Alltag prägt, will sie zunächst mit „gar nicht“ antworten ...

Sie sind ehrenamtlich sehr engagiert – wie schaffen Sie das alles?

Nach meiner Matura am Gymnasium J. Ph. Fallmerayer bin ich direkt in die Arbeitswelt eingestiegen und arbeite als Vertretungslehrkraft an einer Grundschule, weil sich das sehr gut mit meinen Tätigkeiten vereinbaren lässt. Zudem singe, tanze und zeichne ich gerne. Ich lasse mich gerne begeistern, probiere gerne Neues aus und bin sehr offen. Darum lautet mein Lebensmotto: überall möglichst genau hinsehen und hinhören, sonst könnte einem ja viel Schönes entgehen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Autonomie Ihr Leben und Ihren Alltag mitprägt?

Im ersten Moment wollte ich „gar

nicht“ sagen, wäre damit aber sehr falsch gelegen. Ich muss nämlich nur zurückdenken: Ich bin in einem deutschsprachigen Schulsystem groß geworden und arbeite nun auch dort, und zwar in Italien. Das Vereinswesen, wie wir es in Südtirol kennen, gibt es in dieser Form kein zweites Mal in Italien. Viele Traditionen, vieles von unserem Brauchtum hat andere Wurzeln, unsere Sprache ebenso ... lauter Zeugnisse einer Geschichte, die nun mal nicht in Italien begann. Die Autonomie ist für mich vor allem unsere Geschichte, die uns heute noch prägt und wofür wir auch heute noch Verantwortung tragen. Autonomie begleitet uns also täglich.

Was finden Sie daran gut und was weniger gut?

Ich war kürzlich bei einer Veranstaltung, an der sowohl deutsch- als auch italienischsprachige Personen teilnahmen. Es gab eine Diskussionsrunde, in der sich alle in der jeweiligen Muttersprache äußerten, und man hat einander wunderbar verstanden! Es sind gute Gespräche zustande gekommen und niemand musste in der jeweils nicht eigenen

Sprache um Worte ringen. Das bedeutet für mich gelebte Zweisprachigkeit und letztlich gelebte Autonomie.

Was würden Sie sich von der Autonomie der Zukunft wünschen?

Ich finde es schade, dass wir es bei bestimmten Traditionen nicht schaffen, die jeweils andere Sprachgruppe mitzunehmen. Es ist zum Beispiel sehr schwer, italienischsprachige Menschen für deutschsprachige Vereine in den Dörfern wie die Feuerwehr zu gewinnen, andersrum ist es womöglich ähnlich. Ich würde mir deshalb auch im Schulsystem mehr Berührungspunkte zwischen allen drei Sprachgruppen wünschen, damit es ein stärkeres Miteinander gibt und unsere Leben nicht nur parallel verlaufen, so wie es in vielen Bereichen noch der Fall ist. Sprachen sind das Tor zur Welt. Wir wachsen mit Einflüssen aus zwei oder drei unterschiedlichen Mentalitäten auf, in einer offenen Begegnung können daraus spannende Dinge entstehen.



Miteinander reden

Bastian Schwarz, Noah Pircher, Mara Raffl,
Mara Grasl, Lena Hofer, Fabian Ennemoser,
Marie Verdorfer, Jana Lamprecht, Maja Prünster, 10

(von links oben)

Die Grundschule in St. Martin in Passeier ist nach reformpädagogischen Ansätzen konzipiert und betrachtet die individuellen Kompetenzen der Kinder als Basis für den Unterricht. Es gibt also nichts, das nicht kindgerecht behandelt werden kann. Ob das auch für das Thema Autonomie gilt?

Wenn Marie Verdorfer und Mara Grasl in die Schule kommen, beginnt ihr Alltag weder mit einem klassischen Schulfach noch in einer Klasse mit gleichaltrigen Freundinnen und Freunden, sondern mit einem Kreisgespräch in ihrer Stammgruppe. Dort werden auf Augenhöhe gemeinsame Lernziele vereinbart, wobei die Kinder ihre jeweiligen Interessen einbringen. Die Stammgruppen bestehen aus Kindern unterschiedlicher Jahrgänge innerhalb eines Tri- und Bienniums. Es gibt keine fixen Arbeitsplätze in einem Klassenraum, gelernt wird in Fachräumen und in Lernateliers.

Als der Lehrer Stefan Reiterer das Thema Autonomie vorschlägt, sind Marie und Mara zusammen mit sieben anderen Kindern sofort

dabei. Gemeinsam schauen sie sich den Film „100 Jahre Südtirol“ des ORF-Journalisten Andreas Pfeifer an. Die Begeisterung für das Thema ist sehr groß. Unermüdlich stellen die Kinder aus ihrer eigenen Welt Bezüge zur Geschichte her, erzählen von Urgroßeltern, die heimlich Deutsch lernen mussten, den Krieg miterlebten und später Waren über die Grenzen schmuggelten.

„Hitler war ein böser Mann und der Anführer der Nazis, aber alle dachten, er rettet sie“, weiß Marie zu berichten, „dann hat er sich mit dem italienischen ‚commandante‘ angefreundet.“ Warum der „commandante“, also Mussolini, mit einem solchen Deutschtum-Fanatiker wie Hitler befreundet sein wollte, ist ihr allerdings ein Rätsel. „Vielleicht, weil sie beide so böse waren?“, fragt sie sich. Und hat womöglich recht.

Besonders viele Gedanken machen sich die Kinder zur sogenannten Feuernacht, „wo sie die Antennen in die Luft gesprengt haben, weil es den Leuten in Italien nicht gut ging. Sie waren schon einmal in Österreich, wo es ihnen besser ging“,

sagt Mara. Sie weiß, wie Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg zu Italien kam, und erzählt von Silvius Magnago: „Er sagte, dass Südtirol mehr Rechte braucht, um Deutsch zu lernen. Dann haben die Leute dafür protestiert.“

Im Gruppengespräch über Terror und Bomben ergeben sich rasch Parallelen zum Krieg in der Ukraine. Richtig stolz sind die Mädchen auf ihre drei ukrainischen Mitschülerinnen und -schüler, die in wenigen Monaten schon eine Menge Deutsch gelernt haben. Gemeinsam spielen sie das Fangspiel Steh-HeXe, „weil das jedes Kind überall auf der Welt kennt“, ist Mara überzeugt. Dann fragt Lehrer Stefan, was denn die Menschen im Kriegsgebiet bräuchten, um wieder gut miteinander auszukommen? „Zusammenarbeit, Regeln, miteinander reden“, schlagen die Kinder abschließend vor. Sie können vielleicht nicht bis ins kleinste Detail erklären, wie diese Dinge in ihrer Heimat auch dank Autonomie funktionieren. Aber sie wissen, dass sie funktionieren.



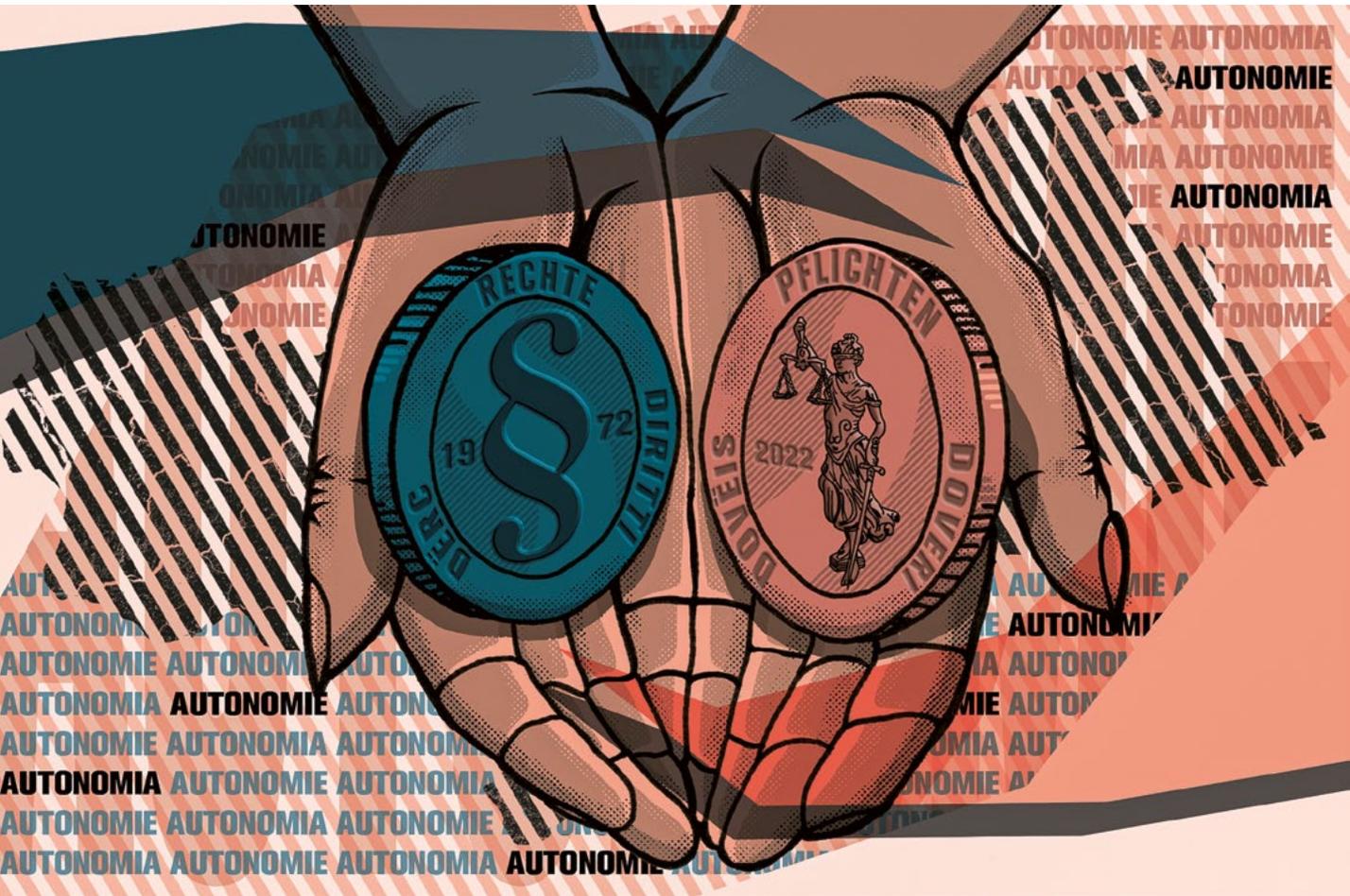
Was bedeutet Autonomie? Ist Autonomie ein Recht? Und wenn ja: Ist damit auch eine Pflicht, eine Verpflichtung verbunden? Wenn ja, wozu würde Autonomie verpflichten? Wir berufen uns häufig auf Werte wie Autonomie (in Form des Rechts auf Selbstbestimmung) und Freiheit (im Sinne freier Selbstentfaltung), aber denken wir dabei auch an die damit verbundene Verantwortung?

4

Autonomie verpflichtet

Plädoyer für eine
Ethik der Autonomie

Esther Redolfi



Begriffe hinterfragen

In Südtirol wird ständig über Autonomie gesprochen. Meist geht es dabei um die konkrete politische und rechtliche Ausformung der Selbstverwaltung. Doch was bedeutet Autonomie generell? Wie kann Autonomie auf individueller Ebene gelebt werden? Welche Voraussetzungen und Bedingungen sind damit verbunden?

Die wissenschaftliche Disziplin, die zur Klärung dieser Fragen beitragen kann, ist die praktische Philosophie. Die Ethik, als Teilbereich der praktischen Philosophie, befasst sich mit den Voraussetzungen und Bewertungen menschlichen Handelns. Sie versucht zu bestimmen, welches Verhalten erwünscht oder unerwünscht ist, was wir Menschen als richtiges, gutes oder gerechtes Handeln empfinden oder ansehen. Moralisches Handeln ist das Herzstück der Ethik. Dabei geht es nicht um ein Wissen um seiner selbst willen, sondern um eine Praxis der Verantwortung, die den Menschen dabei helfen soll, gesellschaftlich erwünschte oder zumindest akzeptable Entscheidungen zu treffen. Wissen allein reicht nicht aus, Ethik muss sich im Handeln verwirklichen. Allerdings sagt uns die Ethik nicht, wie dieses Prinzip in der jeweiligen Lebenslage anzuwenden ist. Dies ist und bleibt Aufgabe der praktischen Urteilskraft, des geschulten Gewissens und der Lebenserfahrung der individuell Handelnden.

Menschenrechte und -pflichten

Die Tradition der Menschenrechte reicht weiter zurück, als man vielleicht vermuten würde. So gilt das antike Persien als ihr Ursprungsland: 539 v. Chr. eroberten die Armeen Kyros' des Großen die Stadt Babylon. Kyros erklärte die Gleichheit der Menschen in allen Teilen der damals bekannten Welt. Seine Erlässe wurden in Keilschrift auf einem gebrannten Tonzylinder, dem sogenannten Kyros-Zylinder, aufgezeichnet, der als erste Menschenrechtserklärung der Geschichte gilt. Menschenrechte sind universell, gelten für alle Menschen überall und jederzeit und sie sind unveräußerlich, das heißt, sie können nicht abgetreten werden. Als über die Natur des Menschen begründetes Naturrecht stehen sie über jeglichem positiven Recht, also dem vom Menschen selbst geschaffenen Recht. Sie sind durch staatliche Gesetzgebung unantastbar und unteilbar, da sie nur in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden können. Menschenrechte umfassen bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechtsansprüche.

Fast alle Staaten der Erde haben die internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert und/oder die Menschenrechte ausdrücklich in ihren Verfassungen verankert. Damit diese aber auch praktisch realisierbar sind, ist jeder Mensch dazu verpflichtet, die Menschenrechte seiner Mitmenschen zu respektieren. Dennoch bedarf es tragfähiger vertraglicher Instrumente, die die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte anerkennen und garantieren. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Obschon diese Erklärung einen universellen und globalen Anspruch erhebt, ist sie formalrechtlich nicht bindend. Deshalb folgte die Verabschiedung zahlreicher Menschenrechtsabkommen auf zwischenstaatlicher Ebene, die im Hinblick auf ihre Verbindlichkeit und Vorstellungen unterschiedlich ausgestaltet sind. Die wichtigsten sind die Europäische Menschenrechtskonvention von 1953, die Amerikanische Menschenrechtskonvention von 1969, die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der

Völker von 1981, die Arabische Charta der Menschenrechte von 1994 und die Asiatische Menschenrechtsdeklaration von 2012. Es gibt aber auch zahlreiche regionale Verträge und Abkommen, die die Einhaltung der Menschenrechte zum Inhalt haben.

Das Autonomiestatut Südtirols darf – als Instrument der Konfliktprävention und zum Schutz der Menschenrechte von Minderheiten – durchaus dazugezählt werden. Menschenrechtsabkommen schützen das Recht nationaler, ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten, frei von jeglicher Diskriminierung gemäß ihrer eigenen Kultur zu leben, sich zu einer bestimmten Religion zu bekennen und diese auch auszuüben sowie ihre Sprache zu sprechen.

In allen oben genannten Abkommen wird Autonomie als politische Kategorie betrachtet, die sämtlichen gesellschaftlichen Institutionen die Möglichkeit bietet, unabhängig von anderen Mächten über die eigenen Angelegenheiten zu bestimmen und eigene Gesetze zu erlassen.

Doch mit jedem Recht sind auch Pflichten verbunden. Während Rechte Ansprüche sind, die wir anderen oder dem Staat gegenüber geltend machen können, bestehen unsere Pflichten darin, dafür zu sorgen, dass den Ansprüchen anderer auch tatsächlich Genüge getan wird. Um die universellen Menschenrechte durch ebenso universelle Pflichten zu ergänzen, hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1997 auf Initiative des InterAction Council (ein Zusammenschluss ehemaliger Staats- und Regierungschefs, darunter Helmut Schmidt, Jimmy Carter, Valéry Giscard d'Estaing, Shimon Peres) zum 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Allgemeine Erklärung der

Menschenpflichten verabschiedet. Das zentrale Anliegen dieser in 19 Artikeln formulierten Erklärung ist „menschensfreundliches Handeln“. Darunter ist vor allem ein friedliches Verhalten zu verstehen sowie die Verpflichtung, anderen Menschen freundlich und verständnisvoll zu begegnen und sich mit diesen bei Bedarf auch tatsächlich solidarisch zu zeigen. Menschliches Handeln sollte auf wohlwollender Gegenseitigkeit beruhen: „Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst.“

In den ersten vier Artikeln der in der Öffentlichkeit wenig bekannten Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten werden die Grundsätze dargelegt. So heißt es im ersten Artikel: „Jede Person, gleich welchen Geschlechts, welcher ethnischen Herkunft, welchen sozialen Status, welcher politischen Überzeugung, welcher Sprache, welchen Alters, welcher Nationalität oder Religion, hat die Pflicht, alle Menschen menschlich zu behandeln.“ Der zweite Artikel lautet: „Keine Person soll unmenschliches Verhalten, welcher Art auch immer, unterstützen, vielmehr haben alle Menschen die Pflicht, sich für die Würde und die Selbstachtung aller anderen Menschen einzusetzen.“ Der dritte Artikel präzisiert: „Keine Person, keine Gruppe oder Organisation, kein Staat, keine Armee oder Polizei steht jenseits von Gut und Böse; sie alle unterstehen moralischen Maßstäben. Jeder Mensch hat die Pflicht, unter allen Umständen Gutes zu fördern und Böses zu meiden.“ Im vierten schließlich heißt es: „Alle Menschen, begabt mit Vernunft und Gewissen, müssen im Geist der Solidarität Verantwortung übernehmen gegenüber jedem und allen, Familien und Gemeinschaften, Rassen, Nationen und Religionen: Was du nicht willst, dass man dir tut, das füg' auch keinem anderen zu.“

Entwicklung einer „Ethik der Autonomie“

In der Folge soll versucht werden, im Sinne der praktischen Philosophie erstmals anhand von zehn Prinzipien eine Ethik der Autonomie zu entwickeln, die neben der Philosophie auch Wissenschaften wie Psychologie und Pädagogik bemüht. Dafür ist es notwendig, einige zentrale und mit den Vorstellungen von Autonomie in einem engen Zusammenhang stehende Begriffe wie Vernunft, Selbstbestimmung, Selbstzweck, Mut und Unabhängigkeit zu klären.

Autonomie

Autonomie wird im Allgemeinen in der Philosophie als die Fähigkeit des Menschen bezeichnet, sich als Wesen der Freiheit zu begreifen und aus dieser Freiheit heraus zu handeln. Eine der überzeugendsten Definitionen von Freiheit findet sich beim deutschen Philosophen Immanuel Kant (1724–1804), der die Grenzen derselben ebenso prägnant wie treffend aufgezeigt hat: „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.“ Demzufolge kann Freiheit ohne wichtige Werte wie Respekt, Verantwortung und Rücksicht gegenüber den anderen nicht verwirklicht werden. Kant weist darauf hin, dass alle Menschen dem eigenen Gewissen verpflichtet sind und die Folgen ihres Handelns praktisch, aber auch moralisch zu tragen haben. Verpflichtungen wie Humanität, Gewaltlosigkeit und Achtung vor dem Leben, Wahrhaftigkeit und Toleranz bieten dafür einen „moralischen Kompass“ an.

Freiheit kann also durchaus als Recht verstanden werden, doch, wie bereits erwähnt, bringen Rechte immer auch Pflichten mit sich, ohne die diese Rechte auf Dauer nicht realisierbar sind. Auch der französische Schriftsteller Albert Camus (1913–1960) hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Freiheit „in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten“ besteht. Dies sollte uns vor Augen führen, dass unser Anspruch auf Privilegien nur dann erfüllbar ist, wenn wir auch unsere Pflichten wahrnehmen.

Vernunft

Autonomie als philosophische Kategorie, auf die wir hier primär unser Augenmerk richten, ist jedoch weitreichender. Mit seiner Forderung „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ (*Sapere aude!*) weist Kant darauf hin, dass der Mensch sich in seinen Entscheidungen nicht auf Autoritäten und Tradition berufen darf, sondern lediglich auf seine Vernunft. Für Kant bedeutet Autonomie also die Bestimmung des Willens aus der Vernunft: Die Autonomie des Willens ist das oberste Prinzip, also die Übereinstimmung von Denken und Handeln mit den moralischen Wertvorstellungen aufgrund freier, vernunftgeleiteter Entscheidungen. In diesem Sinne bedeutet moralische Wertvorstellung die Orientierung an Prinzipien wie dem „Guten“ oder dem „Gerechten“, die dem Egoismus Grenzen setzen und sozial wünschenswertes Verhalten fördern.

Mit seiner ethischen Autonomielehre wendet sich Kant sowohl gegen das Prinzip, dass die Glückseligkeit das Ziel menschlichen Strebens sei, als auch gegen die katholische Morallehre seiner Zeit. Seine Auffassung war der protestantischen Ethik nahe, der zufolge ein „guter Christ“ allein schon aufgrund seines Glaubens an Gott moralisch handle. Dennoch war er bestrebt, eine konfessions- und religionsübergreifende Vernunftethik zu begründen, wie er in seiner „Kritik der praktischen Vernunft“ festhielt: „Die Autonomie des Willens ist das alleinige Prinzip aller moralischen Gesetze und der ihnen gemäßen Pflichten.“

Auf dem Weg zur Entwicklung einer Ethik der Autonomie könnte der erste Grundsatz wie folgt formuliert werden:

Jeder Mensch soll sich um eine vernunftgeleitete Weltanschauung bemühen.

Vernunftgeleitet bedeutet hier die im Säkularisierungsprozess stattfindende „Verweltlichung“, die im Prozess der Aufklärung dazu beigetragen hat, Fragen der Lebensführung zunehmend aus der Deutungshoheit der



Religion zu lösen und der menschlichen Vernunft des Individuums zu überantworten. Deutungshoheit beanspruchen auch politische Ideologien. Daraus abgeleitete Vorstellungen und Theorien begründen und rechtfertigen politisches Handeln. Ideologien erklären die Welt nicht nur, sondern versuchen sie zu beeinflussen. Auch deshalb waren in der Philosophiegeschichte zahlreiche Denker wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx oder Sigmund Freud bemüht, in ihrer Ideologiekritik gesellschaftliche Verhältnisse aufzudecken, die dem Denken des Einzelnen Schranken setzen.

Für Immanuel Kant besteht die Möglichkeit der Autonomie in der Überwindung sämtlicher Formen von Abhängigkeit und ideologischer Fremdbestimmung. Und zwar selbst dann, wenn diese, wie beispielsweise Religion oder Politik, eine gewisse Sicherheit zu bieten scheinen.

Während eine vernunftgeleitete Weltanschauung die eine Basis einer Ethik der Autonomie ist, ist Moral die andere. Kants Autonomiebegriff kann nämlich nicht von

Moral abgekoppelt werden. Immer dann, wenn sich der Mensch als freiheits- und vernunftfähiges Wesen dazu entscheidet, dem kategorischen Imperativ zu folgen und „nur nach derjenigen Maxime [zu handeln], durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“, dann handelt er moralisch. Für Kant ist also das Handeln dann moralisch, wenn es einem Prinzip folgt, dessen Gültigkeit jederzeit und ohne Ausnahme für alle annehmbar ist. Nur in dieser Form verwirklicht sich Autonomie: in Gestalt und als Ausdruck vernünftigen Willens, das heißt in vernünftiger Selbstbestimmung.

Das zweite Prinzip einer Ethik der Autonomie, ganz im Sinne des kategorischen Imperativs, lautet demnach:

Alle Mitglieder der Gesellschaft sind verpflichtet, nur so zu handeln, dass ihr Handeln zu einem allgemeinen Prinzip erhoben werden kann.



Prinzipien lassen sich auf Werte zurückführen. In unserem Alltag werden wir immer wieder daran erinnert, wie wichtig Werte und deren gemeinsame Anerkennung sind. Werte oder Wertvorstellungen sind, allgemein gesprochen, gesellschaftlich erstrebenswerte moralische Eigenschaften. Werte wie Solidarität, Respekt und Achtung machen ein Zusammenleben überhaupt erst möglich, wenn sie nicht nur im Freundeskreis oder in der Familie gelebt werden, sondern wir sie auch beispielsweise im Arbeitsalltag oder im gesellschaftlichen Leben teilen.

Selbstbestimmung

Immanuel Kant setzt sich mit einem weiteren wichtigen Aspekt auseinander, der unsere Verstandestätigkeit und unsere Entscheidungen beeinflusst, und zwar den Impulsen, die wir durch unsere Sinne erfahren. Darunter versteht Kant all das, was uns durch unsere Sinne zugänglich ist. Für den Philosophen kommen Einflüsse wie Begierden, Leidenschaften und Interessen einer Art Fremdbestimmung unseres Bewusstseins gleich. Kant ist überzeugt, dass das Vermögen zu sinnlicher Wahrnehmung alleine nicht ausreicht, um den Menschen zu einem rational handelnden Wesen zu machen. Es kommt also der Vernunft zu, die ethischen und moralischen Aspekte und Folgen unseres Handelns zu erkennen. Die philosophisch-moralische Aufgabe besteht darin, mithilfe der Vernunft unsere Selbstbestimmtheit umzusetzen. Der selbstbestimmte Umgang mit dem unmittelbaren Einfluss sinnlicher Impulse gelingt uns aber nur, wenn wir in der Lage sind, uns von diesen, etwa während eines Entscheidungsprozesses, auch gedanklich zu distanzieren, das heißt, sie zu reflektieren. Denn die Autonomie unseres Willens ist für Kant erst dann gegeben, wenn sich unser Wille selbst sein eigenes Gesetz gibt und wir so von der Fremdbestimmung (Heteronomie) zur (weitgehenden) Selbstbestimmung (Autonomie) übergehen.

Als drittes Prinzip ethischer Autonomie ergibt sich daraus:

Selbstbestimmtes Handeln kann nicht von Begierden, Leidenschaften und den damit verbundenen Interessen und/oder Verstrickungen geleitet sein.

Selbstzweck

Als Grundlage für ein weiteres Prinzip ethischer Autonomie dient Kants Formel des „Zweckes an sich selbst“, die sogenannte Selbstzweckformel, die besagt: „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest“ (Grundlegung zur Metaphysik der Sitten). Die wichtigste Unterscheidung menschlicher Zwecksetzungen besteht zwischen dem, was einen Preis hat (Sachen), und dem, was einen Wert – wie Würde – besitzt (Personen). Letztere dürfen als autonome Vernunftwesen nie als Mittel zu einem Zweck verwendet werden, sondern immer und ausschließlich nur als Zweck an und für sich selbst. Sie können sich daher nur aus freien Stücken mit anderen zusammenschließen, um übergeordnete Zwecke zu verfolgen.

Das vierte Prinzip einer Ethik der Autonomie besagt daher:

Menschen dürfen nie als Mittel zum Zweck behandelt werden.

Mut

Eine Wiederaufnahme beziehungsweise Übertragung von Kants Autonomiebegriff in den gesellschaftstheoretischen Bereich finden wir beim Philosophen, Soziologen und Hauptvertreter der Frankfurter Schule Theodor W. Adorno (1903–1969). Adorno emigrierte zur Zeit des Nationalsozialismus in die USA, kehrte später wieder nach Deutschland zurück und wirkte als einer der bedeutendsten Intellektuellen der Nachkriegszeit. In seinem Rundfunkbeitrag aus dem Jahre 1966 „Erziehung nach Auschwitz“ hält er fest: „Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den Kantischen Ausdruck verwenden darf: die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“

Als fünftes Prinzip lässt sich somit folgender Grundsatz formulieren:

Autonomes Handeln bedeutet: Nicht mitmachen!

„Nicht mitmachen“ bedeutet, nichts passiv geschehen zu lassen oder eben nicht zu handeln, ohne sich über das eigene Verhalten Rechenschaft abzulegen. „Nicht mitmachen“ bedeutet auch, sich nicht vor der eigenen Verantwortung zu drücken. „Mitmachen“ hingegen kann je nach Situation das Resultat von Gedankenlosigkeit, Egoismus oder von Verantwortungs- oder Gewissenlosigkeit sein. „Mitmachen“ ist eine duldende Haltung gegenüber oder die wohlwollende Unterstützung von Gruppierungen, die unmoralisch handeln. Sympathisanten, Mitläufer oder Konformisten passen sich aus opportunistischen Erwägungen an die vorherrschenden Verhältnisse an, Opportunisten handeln bedenken- und skrupellos. Allesamt verfolgen sie das Ziel des persönlichen Vorteils. Das Gegenteil des Mitmachens ist die Zivilcourage. Dieser Alltagsmut beinhaltet die Fähigkeit und die Bereitschaft, die eigene Person in einer unan-

genehmen oder bedrohlichen Situation zurückzustellen, um sich für eine als gerecht erachtete Sache einzusetzen. Der oder die Couragierte macht sich zur Aufgabe, für soziale Werte und Prinzipien einzustehen, die für das Allgemeinwohl von Bedeutung sind. Dazu zählen das Eintreten für die Rechte der Schwächeren und/oder das Sich-Auflehnen gegen staatliche Willkür. Zivilcourage ist eine Form des zivilen Ungehorsams, die des ethischen Bewusstseins eines Menschen bedarf und so zu einer „Art praktizierter Lebensphilosophie“ (Siegbert A. Warwitz) wird.

Auch die Psychologie befasst sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Fremdbestimmung (Heteronomie) und Selbstbestimmung (Autonomie). Nach der Persönlichkeitspsychologie sind Fremd- und Selbstbestimmung menschliche Grundimpulse, die die Persönlichkeit eines jeden Einzelnen einer ständigen Spannung zwischen Nähe und Distanz unterwerfen. Der Psychoanalytiker und Autor Fritz Riemann (1902–1979) hat in „Grundformen der Angst“ aufgezeigt, dass „Angst vor der Selbstwerdung“ unter Umständen zu einem erhöhten Bindungsbedürfnis und die „Angst vor der Selbsthingabe“ beziehungsweise „Abhängigkeit“ zu einem stark ausgeprägten Streben nach Autonomie führen kann.

Auf dieser Grundlage lässt sich das sechste Prinzip einer Ethik der Autonomie bestimmen:

Autonomie erfordert Mut, sich nicht in seinen Entscheidungen und Handlungen von Angst leiten zu lassen, sondern Zivilcourage zu zeigen.

Zahlreiche psychologische Studien haben bestätigt, dass Angst ein schlechter Berater ist, da das Denken und Handeln im Angstzustand ausschließlich darauf fokussiert ist, das Überleben zu sichern. Sobald wir uns im „Überlebensmodus“ befinden, ist unsere Reaktion auf zwei Optionen reduziert: Konfrontation oder Flucht. Unsere Intelligenz, als mentales Feld von Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten, reduziert sich situationspezifisch in dem Maß, in dem die Angst zunimmt. Ein Ausweg besteht darin, den Angstzustand so rasch als möglich durch rationale Überlegungen zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Das beste Mittel gegen Angst ist Mut. Durch Mut kann es uns gelingen, von einem statischen zu einem dynamischen Denken überzugehen. Mut zeigen heißt, trotz zu erwartender Nachteile etwas zu tun, was wir nach individuellen und kollektiven moralischen Vorstellungen für richtig halten. Zivilcourage ist eine bestimmte Art sozialen Handelns, aber keine dauerhafte Eigenschaft einer Person. Denn auch dann, wenn eigene Werte wie Gerechtigkeit oder Toleranz von der Mehrheit einer Gesellschaft geteilt werden, sind wir es, die im konkreten Fall entscheiden müssen. Zivilcourage ist im Kern der Ausgangspunkt unserer Zivilgesellschaft, denn die Demokratie ist aus der Zivilcourage – als sozialmoralische Forderung – entstanden, und aus ihr lebt nach wie vor jede Form von Demokratie.

Unabhängigkeit

Zur Philosophie und der Psychologie gesellt sich eine dritte Wissenschaft, die ebenfalls eine bedeutende Rolle im Hinblick auf eine Ethik der Autonomie spielt: die Pädagogik im Sinne von Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen. In demokratischen Gesellschaften verfolgen Erziehung und Sozialisation im Leben eines heranwachsenden Menschen das Ziel, dessen Emanzi-

pation vom Erziehenden und in der ihn umgebenden Gesellschaft und Kultur zu fördern und ihm zu ermöglichen, ein freies und unabhängiges Leben zu führen. Da Erziehung im Wesentlichen über Lenkung erfolgt, stellt sich die Frage, wie viel Lenkung im Sinne einer Förderung von Unabhängigkeit angewendet werden darf. Und wie viel Selbständigkeit (Autonomie) ist in Gruppen, in der Gemeinschaft oder der Gesellschaft als Ganzes überhaupt möglich und akzeptabel?

Diese Fragen sollen an dieser Stelle bewusst offengelassen werden, doch als siebtes Prinzip einer Ethik der Autonomie kann festgestellt werden:

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bauen auf Erziehung zur Autonomie auf.

Tatsache ist, dass unser Recht auf autonome Entscheidungsfindung und unser Zustand der Selbstbestimmung dort enden, wo wir die Rechte anderer verletzen und gegen die gesellschaftliche Ordnung oder moralische Wertvorstellungen verstoßen. Das Prinzip der Selbstbestimmung des Einzelnen ist in unseren Grundrechten garantiert und sollte auch in der allgemeinen Rechtsordnung seinen Ausdruck finden. Anders als in totalitären Regimen ist in westlichen Demokratien die individuelle Selbstbestimmung und Autonomie nicht etwas, das dem Einzelnen vom Staat gewährt wird, sondern sie ist die Freiheit, die

dem Einzelnen gegenüber dem Staat als Menschenrecht zugesprochen wird. Eine fallweise und vorübergehende Einschränkung kann zugunsten der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung freiwillig oder verfassungsrechtlich legitimiert werden. Aber der Wesensgehalt individueller Freiheit ist einer Beschränkung durch den Staat prinzipiell entzogen.

Die wichtigste Frage ist an dieser Stelle, in welcher Gesellschaft wir leben möchten. Eine Pflichtlektüre für angehende autonome Generationen sollte das vom ehemaligen französischen Widerstandskämpfer Stephan Hessel (1917–2013) im Jahre 2011 veröffentlichte Manifest „Engagiert Euch!“ sein. Hessel fordert in seinem Vermächtnis an jüngere Generationen zu einer engagierten Lebenshaltung auf, zu einer gewaltlosen Revolte, zur Empörung im Sinne des ehemaligen Leitmotivs der Résistance, denn das Schlimmste, was wir uns und der Welt antun können, ist die Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Er sieht in der Diskriminierung von Ausländern, dem Sozialabbau, der bedrohten Pressefreiheit, dem beschränkten Zugang zur Bildung, der globalen Wirtschafts- und Umweltkrise eine Gefährdung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebenen Grundrechte und fordert dazu auf, diesen wieder Geltung zu verschaffen. Dennoch ist Hessels Manifest ein durchaus optimistischer Blick auf die Geschichte, die er als eine Abfolge von Fortschritten zum Besseren hin auffasst, denn „Neues schaffen heißt, Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt, Neues schaffen“.

Hessels Plädoyer richtete sich bewusst an junge Menschen, und daran schließt sich auch das achte Prinzip einer Ethik der Autonomie an:

Es gilt, künftige Generationen zum autonomen, verantwortungsvollen Denken zu animieren.

Unabhängigkeit und Autonomie werden durch gesellschaftliche Zwänge oder Einengungen wie beispielsweise ökonomische Not grundsätzlich behindert oder gar verhindert. Aber auch psychischer Druck kann erschweren oder gar verunmöglichen, dass das Individuum seine Autonomie erlangt. Mangelnde Fähigkeiten des Einzelnen können dazu führen, dass Autonomie nicht gewollt und nicht angestrebt wird. Abhängigkeit mag bequemer sein als Selbstständigkeit, die unter Umständen intellektuelle und emotionale Anstrengungen erfordert. Die Übernahme gesellschaftlicher und politischer Verantwortung ist daher stets an die Forderung geknüpft, dass für die Mitglieder einer Gesellschaft die Bedingungen und Möglichkeiten zur Entwicklung autonomen Handelns geschaffen werden.

Damit ist im Wesentlichen das neunte Prinzip einer Ethik der Autonomie bereits vorgegeben:



Die politische Führung muss rechtliche und sozialpolitische Voraussetzungen schaffen, die autonomes Handeln erst ermöglichen.

Praxis der Verantwortung

„Keine Bestimmung dieser Erklärung darf so ausgelegt werden, dass sich daraus für den Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die auf die Vernichtung der in dieser Erklärung und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 angeführten Pflichten, Rechte und Freiheiten abzielen.“ So lautet Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten. Das Recht kann sich jedoch nicht selbst schützen, wir müssen dies tun. Die bereits eingangs erwähnte Praxis der Verantwortung meint genau dies: Nur zu wissen reicht nicht, man muss im täglichen Handeln Verantwortung für sich und die anderen übernehmen. Auf diese Weise kann die Einhaltung der hier formulierten zehn Prinzipien einer Ethik der Autonomie auch in Zukunft garantieren, dass wir in einer aus autonomen, in ihrem Willen freien und eigenverantwortlich handelnden Menschen gebildeten Gesellschaft leben können. Denn

wahre Gemeinschaft entsteht und besteht nur dort, wo jeder selbstreflektiert Verantwortung übernimmt und damit auch den nötigen Mut und Anstand aufbringt, das gesellschaftliche Wohl dem eigenen vorzuziehen.

Also lautet das zehnte und letzte Prinzip einer Ethik der Autonomie:

Ich, wir alle sind moralisch dazu verpflichtet, diese Prinzipien der Ethik der Autonomie ganz im Sinne einer Praxis der Verantwortung zu wahren und umzusetzen. ■

Der Blick von außen

Zwischen Eupen und Bozen liegen 860 Kilometer. Trotz ihrer landschaftlichen und vieler anderer offensichtlicher Unterschiede verbindet unsere beiden Regionen seit Jahrzehnten eine enge Freundschaft. Ähnlich wie für das heutige Südtirol hatte der Versailler Vertrag für Ostbelgien eine schicksalhafte Bedeutung. Vor dem Ende des Ersten Weltkrieges gehörte meine Heimat noch zum Deutschen Reich. Seit 102 Jahren sind wir nun Belgierinnen und Belgier. Ähnlich wie Südtirol verfügen wir heute in Ostbelgien über eine sehr weitreichende Autonomie. Ähnlich wie Südtirol stellen wir eine Minderheit im eigenen Land dar; aber genau wie Südtirol dürfen wir in vielen wichtigen Bereichen über unser Schicksal selbst (mit-)entscheiden. Südtirol und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens gehören mit ihren Autonomiestatuten zweifelsohne zu den bestgeschützten Minderheiten in Europa. Unsere Autonomiestatute sind nicht zu 100 Prozent deckungsgleich. Sie sind auch nicht perfekt. Manches kann verbessert werden. Aber wir haben beide unsere Autonomie als Mehrwert für die Entwicklung unserer Regionen nutzen und in den letzten Jahrzehnten sehr viel für unsere Bevölkerungen erreichen können. Das verbindet uns. Wir verstehen uns als lebendige, eigenverantwortliche, pro-europäische und weltoffene Regionen mit mehreren Staatsgrenzen, die wir nicht als Hürden, sondern als Brücken begreifen.

Oliver Paasch

Minister in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens seit 2004, seit 2014 ihr Ministerpräsident

Aus europäischer Sicht erscheint heute die Autonomie Südtirols und alles, was sie für die gesicherten Lebensrechte der österreichischen Volksgruppe in Italien bedeutet, als ein weiterer europäischer *acquis communautaire*, fest eingebettet in die aktuelle europäische Rechtsordnung mit neuem Herangehen an die unverzichtbaren Rechte von Volksgruppen und Minderheiten. Aus der Sicht Österreichs ist die Autonomie Südtirols, vor allem auch als lebendiges, dynamisches Instrument, die beständige Erinnerung an seine Schutzmachtfunktion, die weder durch die seinerzeitige Streitbeilegungserklärung noch durch andere Entwicklungen eine Minderung erfahren hat. Zu verstehen ist diese Schutzmachtfunktion aber auch als ständiger Auftrag, Südtirol als Teil der Lebensrealität der österreichischen Republik zu begreifen und es daran teilhaben zu lassen. Eine wichtige Rolle kommt dabei allen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu, die Südtirol in ihre Arbeit einbeziehen und von ihm besondere Impulse empfangen können.

Dr. Peter Jankowitsch

Kabinettschef des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky von 1970 bis 1973, Außenminister von Juni 1986 bis Jänner 1987

This past year, I had the honour of visiting the Autonomous Province of Bolzano, South Tyrol. The robustness of South Tyrol's autonomy has long served as an encouraging example for us Tibetans, as we continue to strive for genuine autonomy through dialogue with China. The long-standing relationship between our administration is cemented by His Holiness the Dalai Lama's multiple visits to the province and our shared experience. On its 50th Anniversary, I greet and thank the province government and people of South Tyrol for their active political support and assistance towards progress for the Tibetan community in exile.

Penpa Tsering

Sikyong of the Central Tibetan Administration since 2021

Als Bürger des Trentino möchte ich Südtirol meine Bewunderung und meine Dankbarkeit ausdrücken. Das Land hat klar bewiesen, dass die Autonomie, die beide Provinzen genießen, kein bloßes Privileg ist, sondern der beste Weg, um Frieden, ein gutes Zusammenleben und Wohlstand zu garantieren. Von 2013 bis 2018 hatte ich das Glück und die Ehre, gemeinsam mit Landeshauptmann Arno Kompatscher viele Themen, die den Schutz und die Zukunft unserer Autonomien betreffen, weiterentwickeln zu dürfen. Es waren prägende Jahre, in denen wir miteinander Außergewöhnliches erreicht haben: den Sicherungspakt 2014, der die Sicherheit und Planbarkeit der finanziellen Mittel in den autonomen Provinzen festschreibt, die Verabschiedung von elf Durchführungsbestimmungen und zahlreiche Errungenschaften für Verkehr und Umwelt. Ich bin fest überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und den Menschen, die darin leben, ein starker Motor ist, der uns alle voranbringt, und ich hoffe, dass das auch in Zukunft so bleibt. *Ad multos annos!* Es lebe die Autonomie!

Dott. Ugo Rossi

Assessor für Gesundheit und Sozialpolitik der Autonomen Provinz Trient von 2008 bis 2013, Präsident der Autonomen Provinz Trient von 2013 bis 2018

Die Identität der Südtiroler, die Integrität ihres Lebensraumes wie auch ihre materielle und soziale Wohlfahrt wurden in der Zeit zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs bis weit in die Zeit nach 1945 immer wieder – teils brutal – infrage gestellt. Ihr stets beherzter Kampfeswille und ihre beharrliche Diplomatie lassen Südtirol heute selbstbestimmt und in Würde feiern. Südtirols Autonomie ist ein nicht wegzudenkendes, wertvolles Element in unserem geeinten und freien Europa.

Dr. Franz Vranitzky

Österreichischer Bundeskanzler von 1986 bis 1997, Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

Ich hatte das Glück, als junge Abgeordnete in der Zeit der Regierung Kreisky im Parlament zu arbeiten und später in meiner vierjährigen Tätigkeit im Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUK) die Südtirolpolitik intensiv mit regelmäßigen Kontakten und Aktivitäten fortzusetzen. Der Austausch bildender Künstler, die Organisation von Ausstellungen, die Unterstützung von Büchereien sowie die Zurverfügungstellung von Schulmaterialien, Kinder- und Jugendbüchern waren Schwerpunkt. Wie der ehemalige Außenminister Leopold Gratz bin ich der Überzeugung, dass der Schlüssel zur friedlichen Lösung aller Probleme immer in der Bereitschaft zum Dialog liegt, in der Achtung der Rechte des anderen und im Willen zum Ausgleich.

Dr. Hilde Hawlicek

Österreichische Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport von 1987 bis 1990, Mitglied des Europäischen Parlaments von 1995 bis 1999

Eines vorweg: Südtirol ist für Österreich eine Herzensangelegenheit. Die Südtiroler Autonomie gilt als international anerkanntes Beispiel für die Lösung von Minderheitenkonflikten und den Schutz von Minderheiten. Dank dieser umfassenden Autonomie steht Südtirol heute kulturell und wirtschaftlich gut da. Nun gilt es sicherzustellen, dass sich die Autonomie für Südtirol weiterentwickelt und hierzu unter anderem weiterhin eine Abstimmung Italiens mit Österreich erfolgt. Wir sind und bleiben ein verlässlicher Freund Südtirols. Dafür werde ich mich auch in Zukunft einsetzen.

Sebastian Kurz

Österreichischer Bundesminister für Europa, Integration und internationale Angelegenheiten von 2013 bis 2017, Bundeskanzler von Dezember 2017 bis Mai 2019 und von Jänner 2020 bis Oktober 2021

Die 20 Jahre dauernde Südtirolpolitik des faschistischen Italiens mit Majorisierung, Zuwanderung und Unterdrückung scheiterte ebenso wie die 25 Jahre währende restriktive Haltung Nachkriegsitaliens. Der Status der heutigen Provinz ist eigentlich ein kleines Wunder. Hinter Italien standen die USA und die NATO, zudem war Italien Gründungsmitglied der EWG. Hinter Österreich und Tirol stand international niemand, allerdings die gesamte Bevölkerung, und das Zusammenspiel Innsbruck-Bozen-Wien war hervorragend. In meiner gesamten politischen Arbeit war Südtirol immer präsent. Die Wirtschaftskraft Südtirols verzehnfachte sich seit den 1950er-Jahren. Innerhalb der letzten 25 Jahre hat sich das BIP pro Kopf mit heute 45.000 Euro – der EU-Durchschnitt liegt bei 31.000 – verdoppelt. Dieser große Erfolg hängt ursächlich mit dem Paketabschluss zusammen, der Südtirol einige spektakuläre Vorteile brachte. Es kann praktisch den Großteil seines Steueraufkommens für sich behalten. Das heißt erkämpfte Autonomiestatut war das Um und Auf für diese positive Entwicklung. Mir war es immer Freude und Verpflichtung, in meinen politischen Funktionen die Rolle Österreichs als Schutzmacht Südtirols bestmöglich zu erfüllen.

Dr. Wolfgang Schüssel

Österreichischer Außenminister von 1995 bis 2000,
Bundeskanzler von 2000 bis 2007

Rückblickend kann man die Verantwortlichen, die damals das Südtirolpaket verhandelt haben, nur bewundern – es ist und bleibt eine diplomatische Meisterleistung. Die nachfolgende Generation ist zu beglückwünschen für das, was sie daraus gemacht hat: ein Land mit maximalem Wohlstand, eine europäische Vorzeigeregion und ein Juwel in den Alpen. Für eine Weiterentwicklung bietet sich insbesondere die Euregio an, wovon das gesamte alte Tirol profitieren könnte. Ein weiterer Schritt könnte darin bestehen, das Verhältnis der Autonomie zum Europäischen Recht, das bei der Umsetzung meist bedeutende Interpretationsspielräume zulässt, neu auszulegen. Ad multos annos, liebe Südtirolerinnen und Südtiroler.

Dr. Franz Fischler

Österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft von 1989 bis 1994, EU-Kommissar von 1995 bis 2004, Präsident des Europäischen Forums Alpbach von 2012 bis 2020

Nach einer leidvollen Geschichte und langwierigen Verhandlungen ist vor 50 Jahren das Zweite Autonomiestatut in Kraft getreten. Das Statut schützt die Eigenständigkeit Südtirols und regelt das friedliche Zusammenleben der drei Volksgruppen des Landes: der ältesten Volksgruppe, der ladinischen, der zweitältesten, der deutschen, und der jüngsten, der italienischen. Im italienischen Staat stellen die deutsche und ladinische Sprachgruppe Südtirols einen kulturellen Reichtum dar. Diesen Reichtum zu erhalten, muss auch für die italienische Sprachgruppe ein wichtiges Ziel sein, das es gemeinsam zu verfolgen gilt.

Dr. Wendelin Weingartner

Landeshauptmann von Tirol von 1993 bis 2002

Südtirol wird oft als positives Beispiel für Konfliktregelungen betrachtet. Doch wie ist Südtirol im Vergleich mit anderen Autonomien zu bewerten und inwieweit ist Südtirols Minderheitenschutz übertragbar?

50 Jahre nach Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts und 30 Jahre nach der Streitbeilegung ist die Autonomie in Südtirol mehr denn je Grundlage für Frieden und Wohlstand, was eine dynamische Weiterentwicklung nicht ausschließt.

5

Südtirol als Beispiel für die Welt

Die Verlagerung des
Konflikts in die Politik

Marc Röggla und Günther Rautz



Friedliches Zusammenleben durch Minderheitenschutz

Dem griechischen Philosophen Plato, einem Schüler von Sokrates, wird die etwas zynische Äußerung zugesprochen, dass nur die Toten das Ende des Krieges gesehen haben. Neben der Dramatik, die diesem Satz innewohnt, trifft Plato genau den Punkt: Unsere Welt war immer von Kriegen und Konflikten gezeichnet. Ob es Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder zwischen Volksgruppen sind, oder, wie der Politologe Samuel Huntington in seinem Buch „The Clash of Civilizations“ schreibt, es sich um Bruchlinienkonflikte zwischen Kulturkreisen handelt, Antagonismen begleiten uns seit jeher und werden es wohl noch lange tun. Viele dieser Konflikte entstehen, wenn verschiedene Ethnien, Kulturen und Sprachen, Religionen und Weltanschauungen aufeinander treffen und die Konsequenz oft die Benachteiligung der einen oder anderen Gruppierung ist.

Wir erleben derzeit große Veränderungen, die nicht nur mit der Pandemie, der Klimakrise oder der Migration zu tun haben. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Konsens erscheinen immer wichtiger. Dabei müssen Politik und Verwaltung einer individualisierten und immer vielfältigeren Gesellschaft Rechnung tragen. Das nationalstaatliche Konstrukt scheint an seine Grenzen zu stoßen. Gesellschaftsverträge und Wertesysteme, die unsere westlichen Nationalstaaten kennzeichnen, weisen langsam Alterserscheinungen auf und stellen eine Herausforderung für Demokratien dar. Wie man zunehmende Vielfalt und die rechtliche und faktische Gleichheit der Individuen innerhalb der Gesellschaft in Einklang bringen kann, wie ein Zusammenleben ohne Gewalt und Konflikte funktionieren kann, wird eine der zentralen Fragen dieses noch jungen Jahrhunderts sein.

Vielfalt in Europa entstand und entsteht auf unterschiedliche Weise. Zumeist war Bewegung im Spiel. Entweder es wandern Menschen aus ihren angestammten Territorien aus und in neue Gebiete ein und machen dabei ein Territorium ethnisch oder sprachlich vielfältiger. Oder aber es wandern Grenzen und erzeugen damit denselben Effekt. „Grenzwanderungen“ sind zumeist Nebenprodukte nationaler Machtpolitik. Mit großem intellektuellem Aufwand versucht die Politik zwar seit jeher, politische Grenzen als „natürliche“ Grenzen zu rechtfertigen, doch selten kann ein derartiges Polit-Marketing überzeugen. Grenzen produzieren auf jeden Fall Minderheiten. Würde man allerdings all diesen Minderheiten durch neuerliche Grenzziehungen „ihren“ Staat gewähren, so bliebe die Lage im Wesentlichen dennoch unverändert. Neue Grenzen führen zu neuen Minderheiten. Ähnlich wie bei einer Matroschka-Puppe steckt hinter jeder neuen Grenzhülle ein neues Minderheitengesicht. Separatistische Bewegungen wie in Katalonien und Schottland können also in einem vereinten Europa nicht das Ziel sein. Ermutigend wirken hingegen erstarkende Demokratiebewegungen wie der Arabische Frühling, die Proteste in Hongkong oder Bürgerbewegungen wie Black Lives Matter. Auch sie sind nicht frei von Gewalt, bringen aber den gesellschaftlichen Wunsch nach tatsächlicher Gleichheit zum Ausdruck und treiben als Folge die Suche nach konsequenten Lösungen für ein friedliches Zusammenleben voran.

Gleichheit kann im Schutz der Individualrechte von Einzelpersonen liegen, stellt sich aber dort als unzureichend heraus, wo sich Gruppen als Minderheiten mit historischem Unrecht oder struktu-

reller Benachteiligung konfrontiert sehen. Während beim Individualrechtsschutz, also der bloßen Antidiskriminierung, der einzelne Minderheitenangehörige Rechtsträger ist, stellen gruppenrechtliche Maßnahmen auf die Gruppe als Rechtsträger ab. Positive Maßnahmen, die Minderheiten gleiche Chancen wie der übrigen Bevölkerung in administrativen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bereichen garantieren, wollen echte Gleichheit herstellen. Sie legitimieren sich gerade aus der De-facto-Schlechterstellung einer Minderheit im Verhältnis zur Mehrheit.

Autonomien als Instrument des Minderheitenschutzes

Für Minderheiten wirkt Autonomie, mit ihren vielfältigen Ausformungen, wie ein Zauberwort. So umfasst die sogenannte Kulturautonomie den Schutz und die Förderung der Sprachen, Religionen und des Brauchtums einer Minderheit, die tendenziell verstreut, also nicht kompakt in einem territorial abgegrenzten Gebiet lebt. Zum Beispiel ermöglicht sie einer religiösen oder ethnischen Gemeinschaft durch eigens gewählte Selbstverwaltungsorgane, ihr politisch-kulturelles Leben eigenständig zu organisieren. Diese Art der kulturellen Selbstverwaltung führten nur wenige europäischen Staaten wie Estland, Slowenien oder vor allem Ungarn in Form von Selbstverwaltungskörperschaften ein.

Dagegen gibt es eine Vielzahl funktionierender Territorialautonomien in Europa, die meist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen nach kriegerischen Auseinandersetzungen sind. Voraussetzung dafür ist ein kompaktes Siedlungsgebiet einer Minderheit auf einem Gebiet, in dem sie in der Regel die Mehrheit stellt. Diese „innere Selbstbestimmung“ umfasst die Verwaltung wie auch ein Mindestmaß an Gesetzgebungskompetenzen, um die eigenen Angelegenheiten so weit wie möglich selbst zu regeln. Neben den Ålandinseln und Südtirol gibt es in Europa folgende unterschiedlich ausgeformte Territorialautonomien: die 17 Autonomen Gemeinschaften Spaniens, Schottland, Wales und Nordirland (Großbritannien), Grönland und die Färöer (Dänemark), die Deutsche Gemeinschaft Belgiens, die Azoren und Madeira (Portugal), Gagausien in Moldawien sowie die Überseegebiete Frankreichs (Neukaledonien, Französisch-Polynesien) und der Niederlande (Niederländische Antillen, Aruba). Im November 2009 wurde außerdem die 1989 unter Slobodan Milošević aufgehobene Autonomie der Vojvodina mit der ungarischen Minderheit von Serbien wieder eingeführt.

Eine Territorialautonomie ist erstmals auf den Ålandinseln in Finnland in Kraft getreten. Der zwischen Finnland und Schweden liegende Archipel wird heute von rund 30.000 schwedischsprachigen Äländern bewohnt. Noch 1917, am Ende des zaristischen Russlands, wurde Åland das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Die Inselgruppe wurde

dem neu entstandenen finnischen Staat angegliedert, der dem Wunsch der Inselbewohner nach Wiedervereinigung mit Schweden nicht entgegenkam. Der vom Völkerbund erzielte Kompromiss sah vor, dass Finnland einer Selbstregierung und weitreichenden Schutzgarantien sowie einem neutralen, demilitarisierten Status für Åland zustimmt. 1951 wurde die Regionalbürgerschaft eingeführt, und mit einer Flagge und Briefmarken wurden eigene „nationale“ Symbole geschaffen. Die Ausübung politischer Rechte wie zum Beispiel das aktive und passive Wahlrecht ist an diese Regionalbürgerschaft gekoppelt, deren Erwerb wiederum Schwedischkenntnisse voraussetzt. Schwedisch ist die offizielle Amtssprache auf den Ålandinseln und gleichzeitig die einzige Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen. Dokumente und andere offizielle Akte aus Helsinki müssen ins Schwedische übersetzt werden.

Südtirol und Åland werden oft als Paradebeispiele genannt. Vor allem Südtirol gilt als Beispiel einer erfolgreichen Konfliktbeilegung und als Vorbild des friedlichen Zusammenlebens von verschiedenen Sprachgruppen. Die Territorialautonomie Südtirols schützt und fördert neben der ladinischen und deutschsprachigen Minderheit auch die italienische Sprachgruppe, was mit der Zeit zu einer starken lokalen Identität auch bei den Italienern geführt hat. Hingegen haben die weitreichenden Schutzbestimmungen auf den Ålandinseln zu einer fast ausschließlichen schwedischen Regionalidentität geführt.

Die Verlagerung des Konflikts in die Politik

Das Gebiet des heutigen Südtirol war schon immer von Vielfalt geprägt. Das historische Tirol war stets eine mehrsprachige und multiethnische Region sowie Brücke und Treffpunkt für den deutschen und romanischen Sprachraum. Im südlichen Teil Tirols lebte und arbeitete schon immer eine kleine Zahl Italienischsprachiger aus dem Trentino, den venezianischen Städten sowie der Lombardei. Umgekehrt gründeten Deutschsprachige mehrere Gemeinschaften auf den Hochebenen im Trentino und Venetien. Als Grenze von Kulturräumen war Tirol aber auch eine Arena für Konflikte und durch seine Vielfalt ein guter Nährboden für die im 19. Jahrhundert aufkommenden Nationalismusbewegungen. Besonders nach dem Ersten Weltkrieg war Südtirol ein Spielball zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, weshalb das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen angespannt war, wie in dieser Festschrift nachzulesen ist. Auch der Konflikt in Südtirol war im vergangenen Jahrhundert von Gewalt und Todesopfern geprägt, aber mit Blick auf andere Krisenherde wie zum Beispiel Nordirland oder den Nahen Osten ist die Zahl der Opfer unvergleichlich geringer, auch wenn jedes verlorene Menschenleben eines zu viel ist. Südtirol hat es geschafft, eine Eskalation des Konflikts rasch zu beenden und die Sprachgruppen erfolgreich zu befrieden.

Südtirols Autonomie verlagerte die Auseinandersetzung zwischen den Gruppen auf die Ebene der Politik und Verwaltung. Anders als auf den Ålandinseln ist in Südtirol eine proportionale Vertretung aller drei Sprachgruppen im öffentlichen Bereich vorgesehen. Der 1972 eingeführte ethnische Proporz sollte die eklatante Dominanz der italienischen Bevölkerungsgruppe in der Verwaltung aufheben. Auf Grundlage einer sogenannten Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung werden daher Ämter und andere Ressourcen im Sozialwesen oder bei der Kulturförderung nach dem jeweiligen ethnischen Bevölkerungsschlüssel vergeben. Das Bildungssystem sieht getrennte deutsch- und italienischsprachige Schulen mit Unterricht in der jeweils anderen Landessprache im Ausmaß von

Südtirol hat es geschafft, eine Eskalation des Konflikts rasch zu beenden und die Sprachgruppen erfolgreich zu befrieden.

Hoher Besuch: „Seine Heiligkeit“ der Dalai Lama und Landeshauptmann Luis Durnwalder, 10. April 2013



nur einigen wenigen Wochenstunden vor. Für die kleine Gruppe der Ladinier besteht ein anderes Modell mit Unterricht in allen drei Landessprachen.

Seit dem Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts im Jahr 1972 wurde durch seine ständige, bisweilen schwierige Umsetzung eine Mischung aus Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Südtiroler Autonomie erreicht. Neben einer funktionierenden Wirtschaft, der politischen Einigkeit innerhalb der deutschsprachigen Minderheit und dem Faktor Zeit haben vor allem vertrauensbildende Maßnahmen und Rechtsinstrumente ein friedliches Zusammenleben ermöglicht. Dazu zählen der ethnische Proporz, besondere Verfahren bilateraler Beziehungen (etwa paritätisch zusammengesetzte Kommissionen) und ein ausgeprägter Minderheitenschutz. Die derzeitige Autonomieregelung Südtirols basiert auf diesen soliden rechtlichen Garantien sowie auf einer einvernehmlichen Machtteilung zwischen den in Südtirol lebenden Sprachgruppen. Der Politologe Arend Lijphart hat für Regierungsmodelle unter Einbeziehung möglichst vieler Gruppen in den politischen Prozess den Begriff Konkordanzdemokratie geprägt. Die von ihm definierten Charakteristika finden sich auch in Südtirol: eine möglichst gruppenübergreifende Exekutive mit entsprechender Machtteilung, eine proportionale Vertretung der Gruppen im öffentlichen Sektor, eine Form von kollektiver Autonomie, Minderheitenschutzbestimmungen und Vetorechte, die es jeder Gruppe ermöglichen, Gesetzesänderungen zu verhindern, wenn diese ihrer Meinung nach ihre Interessen bedrohen.

Die Autonomieregelung Südtirols basiert auf soliden rechtlichen Garantien sowie auf einer einvernehmlichen Machtteilung zwischen den in Südtirol lebenden Sprachgruppen.

Doch auch wenn Südtirol als erfolgreiches Beispiel zitiert wird, diente es keineswegs als Vorlage für eine ähnliche positive Minderheitenpolitik in anderen Staaten Europas. In Kärnten wurden 1972, also im Jahr des Inkrafttretens des Zweiten Autonomiestatuts, zweisprachige Ortstafeln beschmiert und demontiert. Im Herbst desselben Jahres zog sprichwörtlich ein Ortstafelsturm über das gemischt deutsch-slowenischsprachige Südkärnten hinweg. Auf Zypern scheiterten die Verhandlungen für eine Selbstverwaltung der türkischen Bevölkerung, und nach Errichtung einer von UN-Truppen überwachten neutralen Zone begannen Anfang der 1970er-Jahre wieder bürgerkriegsähnliche Kämpfe, die schlussendlich im Putsch von 1974 und der Besetzung durch die Türkei gipfelten. Zeitlich ebenfalls parallel zu den Ereignissen in Südtirol wurden am 30. Januar 1972 im Nordirlandkonflikt 13 Menschen von der britischen Armee erschossen. Der Tag ging als *Bloody Sunday* in die Geschichte ein. Während man in Südtirol 2022 auf einen Weg zurückblickt, der 50 Jahre lang für immer mehr Frieden zwischen den Volksgruppen gesorgt hat, gedenkt Nordirland des schrecklichen Ereignisses mit der bänglichen Sorge, dass der Konflikt nach jahrelanger Befriedung – auch mit Hilfe der EU – nun wegen des Brexits wieder zunimmt.

Die Übertragbarkeit einzelner Instrumente

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Autonomieforschung bisweilen stark eurozentrisch angelegt ist und sich vor allem mit Regionen in Europa und im post-sowjetischen Eurasien beschäftigt. Neben Südtirol und den Ålandinseln haben in Europa vor allem der Nordirland-Konflikt und das *Good Friday Agreement* als Lösungsversuche global Interesse auf sich gezogen und wurden im Bereich der Konfliktforschung häufig rezipiert.

Dabei darf Südtirols Vorbildfunktion nicht unkritisch gesehen werden: Nicht alles ist exportierbar. Jeder Konflikt hat seinen eigenen Kontext und eigene Dynamiken. Ob Konfliktregelungsmechanismen greifen, hängt immer von der jeweiligen friedlichen oder kriegerischen Geschichte einer Minderheit im Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung und zum Staat ab. Wichtig ist auch das Prestige von Sprache und Kultur, denn nur wenn diese nicht als minderwertig angesehen werden, kann sich eine starke Identität herausbilden. Wichtig sind auch wirtschaftliche und gesetzliche Rahmenbedingungen, vor allem verfassungsrechtliche Regelungen. Dennoch lassen sich einzelne Instrumente benennen, die – wenn auch der jeweiligen Situation angepasst – sehr wohl übertragbar sind:

- » Die Einbeziehung internationaler Akteure wie Völkerbund und UNO sowie die Schutzfunktion eines anderen Staates sind entscheidend für eine internationale Absicherung. Im Falle Südtirols erwächst diese Schutzfunktion Österreichs aus dem Gruber-Degasperi-Abkommen. Andere Beispiele sind das finnisch-schwedische Abkommen für die Ålandinseln oder die Bonn-Kopenhagen-Erklärungen für den deutsch-dänischen Grenzraum. Die über weite Strecken den autonomen Bestrebungen positiv eingestellten

Regierungen in Helsinki, Rom, Stockholm, Kopenhagen, Berlin und Wien tragen zu einem breiten politischen Konsens für eine aktive Autonomiepolitik auf lokaler Ebene bei.

- » Ein weiteres Instrument sind vertrauensbildende Maßnahmen wie paritätische Kommissionen oder der ethnische Proporz, verbunden mit konkreten Verhandlungs- und Umsetzungsplänen unter Einbeziehung aller Parteien. Diese Maßnahmen sind vor allem nach ethnischen Konflikten oder der Schlechterstellung einer Minderheit nötig, um Gleichberechtigung wiederherzustellen und Ressourcen entsprechend zu verteilen. Als Beispiel können hier auch Maßnahmen der positiven Diskriminierung wie etwa eigene Quoten für Afroamerikaner in den USA gezählt werden.
- » Eine gleichberechtigte politische Beteiligung aller Sprachgruppen und eine gelebte Zwei- bzw. Dreisprachigkeit tragen zum friedlichen Zusammenleben bei. Vor allem die Gleichstellung der Minderheitensprache mit der Sprache der Mehrheit wäre für kleine Gruppen wie der slowenischen in Kärnten so wichtig, ist aber oft nur mit einer Territorialautonomie wie in Südtirol oder im Baskenland und Katalonien möglich.
- » Eigene Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen sind untrennbar mit der Finanzierung verbunden, und dafür bilden die Verteilung der Steuern und das eigenständige Verwalten dieser Gelder die Voraussetzung. Ein derartig umfassender rechtlicher Rahmen regelt das Alltagsleben in eigener Verantwortung auf lokaler Ebene und trägt zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand bei.



Besuch im Südtiroler Landtag: Teilnehmer der vom Institut für Minderheitenrecht der Eurac organisierten Summer School, 2018

- » Für Europa gilt zudem: Der Integrationsprozess schließt sich wie eine Klammer um Regionen und Staaten, sodass Unabhängigkeitsbestrebungen zunehmend anachronistisch und dysfunktional erscheinen. Autonomien gewinnen an Attraktivität.

In Anbetracht von Südtirols Vergangenheit und einem halben Jahrhundert oft auch leidvoller Erfahrung in den Bereichen Konfliktregulierung, Konkordanz, sprachliche und kulturelle Vielfalt sowie neueren Phänomenen wie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist Südtirol seit 1992 in Wissenschaft und Politik zu einem der prominentesten Studienfälle in diesen Bereichen geworden.

Neben akademischen Kreisen besuchen zahlreiche Delegationen von Minderheitenvertretern und politischen Entscheidungsträgern Südtirol. Eine Erhebung von Eurac Research zeigt, dass sich in den letzten Jahrzehnten Gäste aus mindestens 53 Ländern vor Ort über das Modell Südtirol informierten und zugleich Südtiroler Forschende dieses auf der ganzen Welt vorstellten. Ein Großteil der bisherigen Besuche kam aus europäischen und postsowjetischen Staaten, wobei in den letzten zehn Jahren die

Zahl der Interessenten aus Südostasien anstieg. Südtirol wurde dabei als ein Konfliktlösungsbeispiel für Gebiete wie Abchasien, Bergkarabach, den Donbass, den Kosovo und Bosnien-Herzegowina betrachtet. Einige Studienreisen kamen über den Europarat, den Hohen Kommissar für Minderheiten der OSZE sowie andere internationale Organisationen und NGOs zustande. Die wohl für Südtirol prestigeträchtigste Zusammenarbeit, zumindest in der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit, ist die Kooperation mit der tibetanischen Exilregierung und dem religiösen Oberhaupt, dem Dalai Lama, der Südtirol mehrfach besucht hat.

Auch in Südtirol wird noch an einigen Schrauben zu drehen sein, das in die Jahre gekommene Autonomiestatut gehört überarbeitet.

Die OSZE hat in ihren „Bozner Empfehlungen“ im Oktober 2008 Vorschläge ausgearbeitet, wie zwischenstaatlicher Minderheitenschutz, auch am Beispiel der erfolgreich umgesetzten Schutzfunktion Österreichs für Südtirol, gestaltet werden kann.

Autonomie bleibt ein dynamischer Prozess

Eingebunden ist Südtirols Autonomie in den Prozess der europäischen Integration, der wesentlich dazu beigetragen hat, den innereuropäischen Staatsgrenzen ihre absolute Trennkraft zu nehmen. Reisefreiheit, Wegfall der Grenzkontrollen und die einheitliche Währung machen die Grenzen beinahe unsichtbar – ein großer Vorteil für Minderheiten, die entlang innereuropäischer Grenzen siedeln. Dazu kommt, dass der Europarat wie auch die EU Instrumente entwickelt haben, um transregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zu fördern. Ein Beispiel hierfür ist die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino. Letztlich freilich liegt es an der Politik und den entsprechenden handelnden Personen, ob transregionale Zusammenarbeit tatsächlich stattfindet, alte Fronten aufweichen und zu mehr Harmonie führen kann.

Dennoch wird auch in Südtirol noch an einigen Schrauben zu drehen sein, das in die Jahre gekommene Autonomiestatut gehört überarbeitet und in Stand gesetzt. Themen wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Europäische Union fehlen im Autonomiestatut, der Kompetenzkatalog wird, bedingt durch die Rechtsprechung des italienischen Verfassungsgerichtshofs, undurchsichtiger, und der Wandel in der Gesellschaftsstruktur Südtirols übt Druck auf konkordanzdemokratische Regelungen wie den Proporz, aber auch auf ein im Prinzip getrenntes Schulmodell aus. Aber gerade der Umgang mit

diesen neuen Herausforderungen macht Südtirol weiterhin interessant für andere Minderheiten. Und weil die Autonomie und der Schutz aller drei Sprachgruppen zum identitätsbildenden Faktor geworden sind, kann die Botschaft nach innen wie auch nach außen nur so lauten: Egal ob italienisch-, deutsch-, ladinischsprachig oder aus anderen Ländern zugewandert – die Autonomie kommt allen zugute und ist ein gemeinsamer Auftrag, die Arbeit der letzten 50 Jahre verantwortlich im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens weiterzutragen. ■

Immer zugänglich: Ausstellung zur Autonomie am Silvius-Magnago-Platz in Bozen, seit September 2021



Der Blick von außen

Südtirol ist ein beeindruckendes Beispiel, wie eine weitreichende Selbstverwaltung des öffentlichen Lebens einer Region innerhalb eines großen Nationalstaates gelingen kann. Die tiefe emotionale Bindung der Menschen zu Sprache, Kultur und Heimat ist wohl die Basis für die immer wieder zu behauptende Autonomie Südtirols. Kooperation braucht eine gut entwickelte eigene Identität. Deshalb fördert Österreich die Pflege des Brauchtums und der deutschen Sprache sowie die Kunst-, Kultur- und Bildungszusammenarbeit. Der aufmerksame Blick Österreichs auf Südtirol ist aber keine aus der Schutzmachtfunktion abgeleitete Einbahnstraße, sondern führt zu einem lebendigen Austausch. So waren für mich die in Südtirol verwirklichte mehrsprachige Schule, die gelebte Inklusion, die erstklassigen Bibliotheken und die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung, die in der Alltagskommunikation im ungezwungenen Wechsel zwischen Deutsch, Ladinisch und Italienisch zum Ausdruck kommt, wichtige Referenzen. Die vielfältigen Verbindungen zwischen Südtirol und Österreich mögen die Weiterentwicklung aller Beteiligten befördern. In Bildung und kulturelle Teilhabe zu investieren, muss unser politisches Credo bleiben.

Dr. Claudia Schmied

Österreichische Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur von 2007 bis 2013

Es lohnt sich immer, über Autonomie nachzudenken, denn dabei müssen wir uns die Frage stellen, nach welchen Grundsätzen wir unser Land und unsere Demokratie verwalten. Die Südtiroler Autonomie gilt heute als strahlendes Vorbild, weil sie sich als eine Antwort auf diese Fragen erwiesen hat, der alle zustimmen können. Daraus hat sich wiederum ein breiter Konsens für die geltende Verwaltungsordnung entwickelt. Von Anfang an war der von De Gasperi eingeschlagene Weg von Dynamik geprägt, ein Weg, der für den Schutz der Sprachminderheiten innovative und offene Lösungen gefunden hat. Daraus können wir immer noch viel lernen, auch im Hinblick auf Europa.

Dott. Enrico Letta

Minister und Staatssekretär in verschiedenen Regierungen, Abgeordneter im Europaparlament und italienischer Ministerpräsident von April 2013 bis Februar 2014. Seit 2021 Vorsitzender des Partito Democratico

Südtirol ist wie der Freistaat Bayern ein Land mit einer starken kulturellen Identität. Das Autonomiestatut von 1972 ist dafür der beste Beleg. Seit Franz Josef Strauß und Silvius Magnago sind beide Länder nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch emotional verbunden. Als Bayerischer Ministerpräsident habe ich die gute Tradition fortgesetzt und bereits 1994, ein Jahr nach meinem Regierungsantritt, mit Luis Durnwalder eine enge Kooperation vereinbart, die bis heute Früchte trägt. Bayern und Südtirol: zwei starke Regionen im Herzen Europas!

Dr. Dr. h. c. Edmund Stoiber

Ministerpräsident des Freistaates Bayern von 1993 bis 2007

Die Entwicklung der Autonomie und der Abschluss des Pakets haben mich seit jeher stark berührt und beschäftigt. Als jahrzehntelang tätiger Vizepräsident und Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates sowie als Vizepräsident im Ausschuss der Regionen der EU konnte ich in wichtigen europapolitischen Regional- und Minderheitenfragen immer wieder auf die vorbildliche Südtiroler und Trentiner Autonomie verweisen. So trat 1998 die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ in Kraft. Die besondere Bedeutung der „Charta der lokalen Selbstverwaltung“ und der „Referenzrahmen für regionale Demokratie des Europarates“ stehen ebenfalls damit im Zusammenhang. Im Ausschuss der Regionen hat diese Autonomie einen wichtigen Beitrag geleistet: zur Durchsetzung des Prinzips der Subsidiarität in der EU, zur Weiterentwicklung der unverbindlichen Europaregionen zur EU-Institution „Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ), wofür die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ein Beispiel ist, und zur Beschlussfassung über die makroregionale EU-Strategie für den Alpenraum.

DDr. Herwig van Staa

Landeshauptmann von Tirol von 2002 bis 2008, Präsident des Tiroler Landtags von 2008 bis 2018

Die Autonomie Südtirols ist eine der großen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts und ein Zeichen für den Zusammenhalt in Europa. Österreich und speziell Tirol kommt die besondere Verantwortung zu, diesen Erfolg der Vergangenheit zu bewahren. Als Garant der Autonomie fungiert heute die enge Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg – institutionalisiert in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Es gilt, sie weiter auszubauen und die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu meistern.

Günther Platter

Österreichischer Innenminister von 2007 bis 2008, seit 2008 Landeshauptmann von Tirol

Südtirol und seine Autonomie – das ist nach vielen Jahrzehnten großer Mühen und Anstrengungen eine Erfolgsgeschichte geworden, auf die die Südtirolerinnen und Südtiroler mit Recht stolz sein können. Dies umso mehr, als die Geschichte Südtirols im 20. Jahrhundert sehr tragisch begonnen hat. Der Erste Weltkrieg brachte – wie wohl jeder Krieg – eine Zusammenballung menschlicher und politischer Katastrophen. Im Friedensvertrag von Saint-Germain wurde Südtirol ohne Rücksicht auf historische Fakten und weitere Argumente von Österreich abgetrennt. Und zwischen 1938 und 1945 erwiesen sich der Führer Hitler und der Duce Mussolini als besonders brutal und rücksichtslos gegenüber der Südtiroler Bevölkerung. Das Jahr 1945 – da war ich gerade sieben Jahre alt – brachte eine zweite Stunde null für Südtirol. Man wusste nicht, wie es weitergehen soll. Aber Südtirol war stark und es hatte nicht nur Gegner, sondern auch viele gute Freunde. Viele Namen gehen mir da durch den Kopf. Viel Kraft, viel Mut und viel Zuversicht waren notwendig. Umso mehr freut es mich, wenn heute die hart erkämpfte Südtirol-Autonomie als Musterbeispiel für eine vernünftige Autonomieregelung gilt und gleichzeitig die Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien vor 30 Jahren gewürdigt werden kann. Das Bohren harter Bretter mit Augenmaß und Geduld hat Erfolg gebracht, und darüber dürfen wir uns alle gemeinsam freuen.

Dr. Heinz Fischer

Bundespräsident der Republik Österreich von 2004 bis 2016

Die Südtirol-Autonomie ist ein Meisterwerk der Diplomatie und des Rechts. Sie wird international als erfolgreiches Beispiel für eine friedliche Lösung ethnischer Konflikte anerkannt. Um das Land in einer Zeit großer Umbrüche zukunftstauglich zu gestalten, bedarf das komplexe Regelwerk – im Sinne einer dynamischen Autonomie – laufender Anpassungen.

6

In gemeinsamer Verantwortung

Die Südtirol-Autonomie:
Herausforderung und Chance

Arno Kompatscher

Auf völkerrechtlicher Grundlage

In Südtirol leben rund 530.000 Menschen. Sie sind auf drei amtlich anerkannte Sprachgruppen aufgeteilt. Es ist nicht selbstverständlich, dass sich dieses Zusammenleben reibungslos und friedlich gestaltet. Genügend Beispiele in der Welt, selbst in Europa, zeugen davon, dass ethnische Konflikte konstant brodeln und leider immer wieder auch in Aggressionen ausarten können.

Seit 1919 wird das Land Tirol von einer Grenze geteilt, die ohne Anwendung der seinerzeit postulierten Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker errichtet worden ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Verbleib Südtirols bei Italien bestätigt. Am 5. September 1946 unterzeichneten der österreichische Außenminister Karl Gruber und der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi den sogenannten Pariser Vertrag, in dem sich Italien verpflichtet, zum Schutz der in Südtirol lebenden Minderheiten eine „autonome regionale Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt“ zu gewähren. Dieser Vertrag war der erste Schritt auf dem Weg zur heutigen Autonomie. Die Südtirol-Autonomie erlangte damit – im Unterschied zu anderen Minderheitengebieten – eine völkerrechtliche Grundlage. Gemäß Pariser Vertrag dient die Autonomie dem primären Ziel, die ethnische Eigenart und die

kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen und – obwohl nicht explizit erwähnt – ladinischen Volksgruppe zu fördern.

Es ist nicht selbstverständlich, dass sich dieses Zusammenleben reibungslos und friedlich gestaltet.

Die konkrete Durchführung des Pariser Vertrages sollte allerdings Jahrzehnte dauern. Erst jene Autonomie, die 1972 nach zähem Ringen und auch mit maßgeblicher Unterstützung Österreichs erreicht wurde, stellte für Südtirol nach der Annexion durch Italien, der faschistischen Unterdrückung der deutschen und ladinischen Sprache und Kultur sowie der italienischen Nationalisierungspolitik einen Neubeginn dar. Erst die im Zweiten Autonomiestatut vorgesehenen Schutzinstrumente wie Gleichstellung der Sprachen, Stellenproporz oder muttersprachlicher Unterricht haben ihre Wirkung entfaltet.

Vereint in der Vielfalt

Es hat sich bestätigt, dass die genannten Schutzinstrumente allen drei Sprachgruppen die notwendige Gewissheit geben, nicht übervorteilt zu werden. Weder ist die befürchtete Assimilierung erfolgt, noch hat die Trennung der Sprachgruppen im Sinne der viel zitierten ethnischen Käfige stattgefunden. Vielmehr stellen diese Ausgleichsinstrumente und diese Sicherheit die solide Basis dar für ein Aufeinander-Zugehen, das aus einem friedlichen Nebeneinander ein wertschätzendes Miteinander werden lässt. Südtirol hat heute eine starke eigene Identität, die auf dem festen Fundament der geschützten Sprachgruppen ruht und aus dem selbstbewussten Austausch zwischen den Sprachen und Kulturen neues Selbstvertrauen schöpft.

Die Südtirol-Autonomie ist nicht als Territorialautonomie zu definieren, aber dennoch: Sie regelt das Zusammenleben der Sprachgruppen und bietet der gesamten Bevölkerung in umfangreichem Maße viele Möglichkeiten zur politischen, gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbstgestaltung und Verwirklichung. Und ja: Die Südtirol-Autonomie unterscheidet sich von den anderen Autonomien, weil sie international abgesichert ist.

Südtirol hat heute eine starke eigene Identität, die aus dem selbstbewussten Austausch zwischen den Sprachen und Kulturen neues Selbstvertrauen schöpft.

Von Beginn an verstand sich die Autonomie als gemeinsames Gut der gesamten Bevölkerung Südtirols,

doch musste sich dieses Bewusstsein in breiten Bevölkerungsschichten über die Jahrzehnte erst festigen, unabhängig von deren sprachlicher und kultureller Zugehörigkeit. Es bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe, die Autonomie als die Autonomie aller im Lande lebenden Menschen zu etablieren. Dazu zählen neben den drei Sprachgruppen, die ursprünglich hier angesiedelt waren, auch die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger – Menschen unterschiedlichster Herkunft, die in Südtirol eine neue Heimat suchten.

Es bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe, die Autonomie als die Autonomie aller im Lande lebenden Menschen zu etablieren.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das System so zu gestalten, dass Integration stattfinden kann. Und dass Südtirols eigene Realität der Mehrsprachigkeit und kulturellen Vielfalt tatsächlich auch als Mehrwert verstanden und genutzt wird.

Hierbei geht es vorrangig um die Stärkung der Sprachkompetenz. Es geht um die Lust auf Sprache und die Lust, die Zweit- und Drittsprache des Landes zu beherrschen, um so am gesellschaftlichen Leben in seiner Vielfalt teilzuhaben. Es braucht eine mutige und selbstbewusste Öffnung in der Schule für mehr und innovativen Zweit- und Drittsprachenunterricht. Es muss gelingen, dass Südtirolerinnen und Südtiroler ihre Sprachkompetenzen noch weiter schärfen, um tatsächlich eine Brücke in Europa zu bilden und Südtirol als ein kleines Europa in Europa mitzugestalten.

Mit Zuversicht in die Zukunft

Seit 1972 hat sich besonders auf europäischer Ebene vieles geändert. Im Südtiroler Autonomiestatut wird Europa mit keinem Wort erwähnt. Doch auch auf staatlicher Ebene hat sich vieles geändert und entwickelt. All das muss in die Autonomieregelungen Eingang finden, denn die Aufgaben der Zeit kennen keine Landesgrenzen.

Die übergeordnete Strategie bleibt jene, Südtirols Autonomie Schritt für Schritt auszubauen und gleichzeitig sicherzustellen, dass dieser Ausbau mit den Entwicklungen in Europa einhergeht. Südtirol geht dabei den Weg der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. In diesem Sinne bietet die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino zusätzliche Chancen und Möglichkeiten. Mit der Euregio kann Südtirol noch eigenständiger werden und sich in einem Gegenmodell zum Zentralismus europäischer Nationalstaaten im makroregionalen Kontext entfalten. Im gemeinsamen Büro in Brüssel arbeiten die drei Länder Tirol, Südtirol und Trentino seit 1995 an gemeinsamen Zielen und bringen die Anliegen der Europaregion voran. Das Generalsekretariat der 2011 als Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) gegründeten Euregio hat seit 2020 seinen Sitz im Waaghaus in Bozen.

Zugleich arbeitet Südtirol mit seinen Nachbarn in der Arge Alp zusammen, um gemeinsame Probleme, insbesondere jene ökologischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art, auf gutnachbarliche Weise zu lösen. Grenzen überwunden werden auch im Rahmen der EUSALP, der EU-Strategie für den Alpenraum. Die Autonomie ist bei diesen Kooperationen mit dem Fokus auf gemeinsame Problemlösung keine Voraussetzung, aber sie ermöglicht es dem Land Südtirol, mit Regionen, Kantonen und Bundesländern auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Die Mehrsprachigkeit und die eigenständige Lebensart Südtirols, die sich an der Schnittstelle zwischen zwei Kulturen entwickelt hat, sind ohne Zweifel der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Wenn Südtirol heute zu den prosperierendsten Regionen in Europa zählt, so ist das nicht allein der Tüchtigkeit und dem Ehrgeiz der hier lebenden und arbeitenden Menschen zuzuschreiben, sondern in besonderer Weise auch den auf die lokale Realität zugeschnittenen Rahmenbedingungen sowie den autonomen Gestaltungsmöglichkeiten zu verdanken. Die Autonomie bietet Spielräume, die es mit Umsicht und Weitsicht zu nutzen gilt. Südtirol hat sich dank seiner Autonomie über die Jahrzehnte von einer armen Bergregion zum Wohlstandsland und Nettozahler in Italien gewandelt.

Die Autonomie bietet Spielräume, die es mit Umsicht und Weitsicht zu nutzen gilt.

Wenn sich Südtirol im globalen Kontext sehen lassen und in diesem auch mithalten will, werden die Südtirolerinnen und Südtiroler nicht umhinkommen, festgefahrene Muster zu verlassen. Die Digitalisierung etwa überwindet aus geografischer Sicht sämtliche Grenzen. Es dürfte daher in einer immer schnelleren Welt eine besondere Herausforderung werden, den Schutz von Minderheiten mit globalen Entwicklungen und Erfordernissen in Einklang zu halten. Es gibt jedoch allen Grund zum Optimismus. Mit dem nötigen Vertrauen in die Autonomie und ihre Institutionen sowie der für Südtirol typischen Beharrlichkeit und Zuversicht kann Gutes bewahrt und können zugleich große Herausforderungen bewältigt werden.

Zeichen nachhaltiger Veränderung

Über den Erhalt der autonomen Kompetenzen hinaus muss der Fokus stets auf das Gestalten durch die Autonomie gerichtet sein. Es gilt, auch jene Bereiche als primäre Gesetzgebungsbefugnis des Landes zu definieren, die im Laufe der Jahre besondere Relevanz erhalten haben. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Umweltgesetzgebung, die eine immer größere Bedeutung erlangt. Diese stand im Jahr 1972 nicht auf der Verhandlungsagenda, weil sie damals politisch keine besondere Rolle spielte. Deshalb drängt Südtirol nun darauf, für den Umweltbereich die primäre Gesetzgebungsbefugnis zu erlangen. Das wäre zwar eine neue Kompetenz, würde aber der Entwicklung seit 1972 Rechnung tragen, als das Land die Zuständigkeit für den Landschaftsschutz erhielt und damit bereits eine – für damalige Begriffe umfassende – Kompetenz im Bereich der Umweltgesetzgebung. Gerade im Kampf gegen den Klimawandel ist eine eigene Gesetzgebungsbefugnis von herausragender Bedeutung

– natürlich im Einklang mit den europäischen Vorgaben und den Grundsätzen der staatlichen Gesetzgebung.

Die Autonomie kann und muss zunehmend das Instrument für Nachhaltigkeit werden.

Südtirol mag zwar nur ein kleiner Punkt auf der Weltkarte sein, dennoch hat es das Potenzial, ein sichtbares Zeichen der positiven Veränderung zu setzen. Ein Potenzial, das es nutzen will. Die Autonomie kann und muss zunehmend das Instrument für Nachhaltigkeit werden: für ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit und nicht zuletzt für Gerechtigkeit. Dank seiner autonomen Zuständigkeiten kann Südtirol daran bauen.



Autonomie als Gemeinschaftsaufgabe

50 Jahre nach Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatuts ist klarer denn je: Die Autonomie ist ein laufender Prozess, der für die Bevölkerung Südtirols eine große Chance bedeutet. Zum einen liegt es nun in der Verantwortung der Südtirolerinnen und Südtiroler selbst, wachsam zu sein, aus ihrer Autonomie das Beste herauszuholen und diese auch in Zukunft als Schutzinstrument für die Minderheiten und als wirksames Entwicklungsinstrument für alle in Südtirol lebenden Bevölkerungsgruppen zu bewahren. Zum anderen liegt die Südtirol-Autonomie weiterhin in der gemeinsamen Verantwortung Italiens und Österreichs. Südtirol ist somit keine rein innerstaatliche Angelegenheit.

Die Südtirol-Autonomie hat zwar einen Ausgangspunkt, aber keinen Endpunkt.

Während die anderen Autonomiestatute in Italien mittels einer Änderung von Verfassungsgesetzen jederzeit abgeändert werden können, erfordert eine Umgestaltung der Südtiroler Sonderautonomie nicht nur innerstaatlich entsprechende Verfassungsbestimmungen, sondern zusätzlich auch die Zustimmung Österreichs. Selbst wenn das am 5. September 1946 unterzeichnete Gruber-Degasperi-Abkommen nicht enthusiastisch aufgenommen wurde, so ist inzwischen unbestritten, dass es von grundlegender Bedeutung für Südtirols Autonomie und deren internationale Absicherung ist. Österreich kann als Vertragspartei von Italien die Erfüllung der im Pariser Vertrag übernommenen Verpflichtungen verlangen.

Die Südtirol-Autonomie hat zwar einen Ausgangspunkt, aber keinen Endpunkt. Sie ist ein laufender Prozess. Der erreichte Schutzstandard für die sprachlich-kulturellen Minderheiten muss gewährleistet bleiben, auch im Wandel der Zeit und im Hinblick auf die sich ändernden Herausforderungen. Das hat in den vergangenen Jahren auch funktioniert. Es gab Weiterentwicklungen der Autonomie, selbst Anpassungen und Änderungen

der besonders sensiblen Instrumente des Minderheitenschutzes wie Proporz oder Volksgruppenzählung konnten realisiert werden.

Die Feierlichkeiten zu „30 Jahre Streitbeilegungserklärung“ und „50 Jahre Zweites Autonomiestatut“ sind jedoch auch ein Anlass, um aufzuzeigen, dass die Rechtsprechung des italienischen Verfassungsgerichtshofes nach der Verfassungsreform 2001 zu einer Beschneidung von autonomen Kompetenzen geführt hat. Dagegen wehrt sich das Land Südtirol. Es gilt nun, die erforderlichen Wiederherstellungsmaßnahmen konkret zu definieren und danach auf den Weg zu bringen. Südtirol kann weder dulden noch akzeptieren, dass seine Gesetzgebungsbefugnisse schmälern interpretiert und so dem Land autonome Zuständigkeiten entzogen werden. Schließlich hat Österreich die Streitbeilegungserklärung vor 30 Jahren aufgrund erreichter Standards abgegeben. Werden diese unterschritten, ist auch der Pariser Vertrag nicht mehr ordnungsgemäß erfüllt.

Die Autonomie ist ein laufender Prozess, der für die Bevölkerung Südtirols eine große Chance bedeutet.

Anlässlich der in den letzten Jahren erfolgten Änderungen der Autonomiebestimmungen gab es eine Reihe von Briefwechseln zwischen Österreich und Italien, und zwar zwischen den Regierungschefs Matteo Renzi/Werner Faymann (2014/2015), Paolo Gentiloni/Christian Kern (2017) und Mario Draghi/Karl Nehammer (2021/2022). Diese Briefwechsel werden Südtirol in Zukunft nützlich sein, weil es damit gelungen ist, die Sondersituation Südtirols zu unterstreichen und zugleich die Weiterentwicklung der Autonomie völkerrechtlich zu verankern. Gleichzeitig hat Italien anerkannt, dass die Schutzfunktion Österreichs nach Abgabe der Streitbeilegungserklärung 1992 weiterbesteht. Bei allen Bestrebungen Südtirols wird es auch in Zukunft wichtig sein, Österreich an der Seite zu haben.

Ein gemeinsames Gut

Südtirol ist es in einer Zeit des zunehmenden Zentralismus gut gelungen, seine autonomen Befugnisse zu verteidigen, ja sogar auszubauen. Es konnten Maßnahmen gesetzt werden, bei denen man gezweifelt hatte, ob die Autonomie inhaltlich so weit reichen würde. So bieten die Ergebnisse der 2021 mit Rom abgeschlossenen Finanzverhandlungen dem Land Südtirol eine solide finanzielle Basis.

Unsere Autonomie ist nicht nur mit gemeinsamer Verantwortung verbunden, sie lässt uns auch mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Es ist klar, dass nötige Änderungen des Autonomiestatuts nicht nur international abgesichert werden, sondern auch im breiten Konsens der in Südtirol lebenden

Bevölkerungsgruppen erfolgen müssen. Allein dadurch wird gewährleistet, dass sich die Südtirolerinnen und Südtiroler mit ihrem „Grundgesetz“ identifizieren und es auch gemeinsam verteidigen.

Die Herausforderungen der Zeit können nur sprachgruppenübergreifend bewältigt werden. Die Autonomie ist ein gemeinsames Gut, das keine Volksgruppe für sich vereinnahmen darf. Die große Herausforderung, der sich die politischen Akteurinnen und Akteure gemeinsam stellen müssen, besteht darin, zukunftsweisende, überlegte und konkrete Schritte zu setzen und politische Entscheidungen nachvollziehbar zu machen, ohne dabei banalem Populismus Raum zu geben.

Wir müssen es als Südtiroler Gesellschaft, als Bürgerinnen und Bürger sowie als Politikerinnen und Politiker weiterhin schaffen, unsere Gestaltungsautonomie gut zu nutzen, abzusichern und auszubauen. Unsere Autonomie ist nicht nur mit gemeinsamer Verantwortung verbunden, sie lässt uns auch mit Zuversicht in die Zukunft blicken. ■

Autorinnen und Autoren

Franz Complojer, geboren 1966, Rechtsanwalt, Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck. 2000–2015 Bürgermeister der Gemeinde Wengen, 2005–2015 Mitglied des Rates der Gemeinden und des Verwaltungsrates des Südtiroler Gemeindenverbandes. Veröffentlichungen u. a.: „Das Autonomiestatut von 1972 aus ladinischer Sicht“, in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen, Vol. 14, 2021.

Adina Guarnieri, geboren 1987, freischaffende Kulturpublizistin. Studium der Slawistik, Kunstgeschichte und Denkmalpflege in Innsbruck und Trient. Seit 2018 Vorstandsmitglied der Gruppe Geschichte und Region/ Storia e regione. Zahlreiche Aufsätze, u. a. „Il referendum su ‚Piazza della Pace‘ e la memoria divisa: una Never Ending Story?“ (2017), „Das Meraner Andreas-Hofer-Standbild und das Siegesdenkmal in Bozen. Spuntini mentali per una rivalutazione monumentale“ (2020).

Marianna Kastlunger, geboren 1981, freischaffend im Kulturbereich sowie im Print- und Radiojournalismus zwischen Val Badia und Innsbruck tätig. Studium der Anglistik und Romanistik mit Schwerpunkt Medien und Identitätsfragen in Innsbruck und Birmingham. Seit 2020 Leiterin des Kulturvereins Uniu Ladins Val Badia.

Arno Kompatscher, geboren 1971 in Völs am Schlern und dort wohnhaft, Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Innsbruck und Padua. 2005–2013 Bürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern, 2011–2013 Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes und des Rates der Gemeinden. 2013 Wahl in den Südtiroler Landtag, seit 2014 Landeshauptmann von Südtirol und überzeugter Verfechter der europäischen Idee.

Giorgio Mezzalana, geboren 1954, Historiker. Studium der Zeitgeschichte an der Universität Bologna, Gründungsmitglied der Gruppe Storia e regione/Geschichte und Region und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Zeitschrift „Qualestoria“ (Triest), Vizepräsident des Vorstandes der Fondazione Museo Storico del Trentino. Leitartikler des „Corriere dell’Alto Adige“ und des „Corriere del Trentino“. Wissenschaftliche Kooperationen mit Museen, Forschungsinstituten und öffentlichen Einrichtungen sowie Autor zahlreicher Publikationen zur Regionalgeschichte (Tirol, Südtirol und Trentino) des 20. Jahrhunderts.

Hans Karl Peterlini, geboren 1961, Universitätsprofessor in Klagenfurt. Studium der psychoanalytischen Pädagogik in Innsbruck, Doktorat in Bildungswissenschaften an der Universität Bozen, Habilitation an der Universität Innsbruck. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. „Feuernacht. Südtirols Bombenjahre“ (2021, 3. Aufl.), „100 Jahre Südtirol. Geschichte eines jungen Landes“ (2016, 2. Aufl.), „Capire l'altro“ (2012), „Wir Kinder der Südtirol-Autonomie“ (2003) sowie „Noi figli dell'Autonomia“ (2013).

Günther Rautz, geboren 1968, Leiter des Instituts für Minderheitenrecht von Eurac Research, Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie in Graz, Bari, Rom, Innsbruck und Brixen. Seit 1997 Leiter von EU-Menschenrechtsprogrammen in Südasien, u. a. beteiligt an der Ausarbeitung eines Autonomiestatuts für Tibet im Auftrag der Exilregierung Seiner Heiligkeit des Dalai Lama. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. gemeinsam mit Gabriel N. Toggenburg „ABC des Minderheitenschutzes in Europa“ (2010).

Esther Redolfi, geboren 1972, Philosophin und promovierte Ethikerin. Forschungs- und Hauptwirkungsbereiche an Universitäten und in der Jugend- und Erwachsenenbildung: angewandte Ethik, praktische Philosophie und Frauenforschung. Zahlreiche Publikationen u. a. im Bereich Medizin- und Altersethik.

Marc Röggl, geboren 1987, Direktor des Center for Autonomy Experience von Eurac Research. Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck. Seit 2018 Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (MIDAS). Zahlreiche Publikationen im Bereich der Südtiroler Autonomie und des Minderheitenschutzes.

Impressum

HERAUSGEBER

Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Agentur für Presse und Kommunikation
Landhaus 1, Silivius-Magnago-Platz 1
39100 Bozen
www.provinz.bz.it

AUTONOME PROVINZ
BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO - ALTO ADIGE

PROVINCIA AUTONOMA DE BULSAN - SÜDTIROL

PROJEKTLEITUNG

Claudia Messner, Elisabeth Augustin

KONZEPTION, REDAKTION, LEKTORAT UND KORREKTUR

Exlibris, www.exlibris.bz.it

PUBLISHING MANAGEMENT

Thomas Kager

ART DIRECTION UND GRAFIK

Philipp Aukenthaler, www.hypemylimbus.com

SUPERVISION DER HISTORISCHEN BEITRÄGE

Oswald Überegger, Direktor des Kompetenzzentrums für Regionalgeschichte, Freie Universität Bozen, www.unibz.it

FOTOS GESICHTER DER AUTONOMIE

Manuela Tessaro, www.manuelatessaro.it

ILLUSTRATIONEN

Philipp Klammsteiner, www.vonklammsteiner.com

ÜBERSETZUNGEN

Claudia Amor/Exlibris

DRUCKVORSTUFE

Typoplus, www.typoplus.it

DRUCK

Dialog, www.dialog.bz

© Autonome Provinz Bozen
Bozen, 2022

FOTONACHWEIS

Innenseite Klappschuber: IDM Südtirol/Andreas Mierswa; 8: Austria Presse Agentur APA, Wien; 10: Südtiroler Landesarchiv, Bozen, Sammlung Helene Oberleiter; 12: Archiv Carlo Romeo, Bozen (Originalbild Besitz Amerigo Iannuzzi); 13: Institut für Zeitgeschichte, Innsbruck; 14 oben: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, Fotoarchiv der Arbeiter-Zeitung; 14 unten: Landesamt für audiovisuelle Medien, Bozen, Bestand Franz Berger; 17: Archiv der Tiroler Tageszeitung, Innsbruck; 19: Foto Alberti, Bozen (Archivio storico Jack Alberti); 21: Fotocronache Olympia, Mailand; 24: Domenica del Corriere (Bild Achille Beltrame, 1904); 25 links: Domenica del Corriere (Bild Achille Beltrame, 1914); 25 rechts: Gotthard Andergassen, Kaltern; 26 links: Palais Mamming Museum, Meran; 26 rechts: Archiv Edition Raetia, Bozen; 27 links: Museo Storico del Trentino, Trient; 27 rechts: Südtiroler Landesarchiv, Bozen, Sammlung Option (Originalbild Besitz Franz Petermair); 28 links: Annemarie Molling, Innsbruck; 28 rechts: Archiv IVECO, Bozen; 29: Stadtarchiv Brixen, Brixen; 30: Archiv Edition Raetia, Bozen; 31: Istitut Ladin Micurá de Rù, St. Martin in Thurn; 32 links: Archiv Edition Raetia, Bozen; 32 rechts: Nachlass Peter Brugger, Bozen; 33 oben: Fotocronache Olympia; Mailand; 33 unten: Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek, Wien; 34: Informationsschrift der Südtiroler Landesregierung/Foto Tappeiner; 34 unten: Rai Südtirol, Bozen; 35 Archiv Edition Raetia, Bozen; 35: KVW, Bozen; 36 links: Archiv Karlheinz Ausserhofer, Bruneck; 36 rechts: Foto Francesca Witzmann, Bozen; 37 oben: Archiv Alcide Berloff, Bozen; 37 Mitte und unten: Seehauserfoto, Bozen; 38: UN/DPI Photo, New York; 39 links: Archiv Hans Karl Peterlini, Klagenfurt; 39 rechts: Gemeinsames Büro des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“; 40 links: Freie Universität Bozen, Bozen; 40 rechts: www.weinstrasse.com/Manuela Siller; 41 oben: Archiv der Südtiroler Volkspartei, Bozen; 41 unten: Ufficio per la Stampa e la Comunicazione della Presidenza della Repubblica/Paolo Giandotti; 44: Fotocronache Olympia, Mailand; 47: Archiv der Südtiroler Volkspartei, Bozen; 47: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, Fotoarchiv der Arbeiter-Zeitung; 48: Informationsschrift der Südtiroler Landesregierung/Foto Tappeiner; 49: Alexander Langer Stiftung, Bozen; 50: Archiv Südtiroler Schützenbund, Bozen; 53: Seehauserfoto, Bozen; 53 unten: Archiv der Tiroler Tageszeitung/Wolfgang Zoller, Innsbruck; 54: Amt für technische Gebäudeverwaltung/Oskar Da Riz; 56: Gemeinsames Büro des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“/Andreas Fischer; 57: LPA/Ivo Corrà; 103: LPA/Arno Pertl; 106: Südtiroler Landtag; 107: LPA/Ivo Corrà; 115: LPA/Ivo Corrà

Etwaige Rechteinhaber, die nicht ausfindig gemacht werden konnten, werden gebeten, sich mit Exlibris in Verbindung zu setzen.